

(Beginn: 14.16 Uhr – Ende: 20.22 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 46. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009. Nach unserem Terminplan handelt es sich um die 11. und letzte Sitzung in diesem Jahr. Ich begrüße alle Mitglieder des Rates, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, die Zuschauer auf der Tribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse ganz herzlich.

Schon jetzt möchte ich Sie alle nach Sitzungsende zu einem Glas Wein, Kölsch oder einem anderen Getränk einladen, wie es jedes Jahr zum Jahresabschluss gute Tradition ist. Den Zeitpunkt des Sitzungsendes bestimmen im Wesentlichen Sie. Auch ich als Sitzungsleiter werde das Meinige dazu tun. Im Foyer vor dem Ratssaal besteht dann auch Gelegenheit zur gemeinsamen Rückschau auf das vergangene Sitzungsjahr.

In den hinter uns liegenden Sitzungen haben wir in bislang fast 55 Stunden Sitzungszeit - die heutige Sitzung kommt noch hinzu - beinahe 500, genauer gesagt: 483 Punkte beraten und entschieden. Auch heute liegt noch ein straffes Programm mit 80 Tagesordnungspunkten vor uns.

Ich möchte Ihnen, liebe Mitglieder des Rates, an dieser Stelle dafür danken, dass mit Ihrer Unterstützung auch in 2008 wieder viele entscheidende und wegweisende Maßnahmen realisiert werden konnten. Auch in diesem Jahr haben wir wieder viele kleine, aber auch einige bedeutende Entscheidungen zum Wohle Kölns und seiner Bürgerinnen und Bürger gefasst. Alle hier im Detail aufzuführen, würde den zeitlichen Rahmen sprengen, aber erlauben Sie mir einige kurz in Stichworten zu nennen:

- Wir haben gemeinsam erstmals einen, übrigens mehrfach ausgezeichneten, Bürgerhaushalt aufgestellt. Die ersten Maßnahmen daraus werden 2009 realisiert.
- Wir haben den weiteren Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich auf 18 800 Plätze in die Wege geleitet.
- Wir haben zum 1. Juli einen Gefährdungsmeldungssofortdienst eingerichtet, der aufgrund von Fällen häuslicher Gewalt oder

Vernachlässigungserscheinungen bei Kindern und Überforderungssituationen bei Eltern dringend notwendig war.

- Dank der Großzügigkeit des Managements der Lanxess-Arena gab es doch noch pünktlich zur Fußball-Europameisterschaft ein Public Viewing auch in unserer Stadt.
- Wir haben uns auf das Konzept „Optimierte Dienstleistungen - im Bezirk und im modernen Europa“ geeinigt, ein großer Schritt in Richtung verbesserter Bürgerservice und Bürgerfreundlichkeit.
- Wir haben auch Leitlinien zum bürgerschaftlichen Engagement in Köln entwickelt und unser „Leitbild Köln 2020“ durch die „Leitlinien für ein soziales Köln“ ergänzt.
- Wir haben die Zukunft des Flughafens gesichert. Auf der Basis unseres Ratsbeschlusses vom Sommer werden wir die zukünftige Eigentümerstruktur der Flughafen GmbH, wie ich denke, sehr positiv gestalten. Das ist besonders erfreulich. Der Flughafen hat mit dem Bund einen notariellen Kaufvertrag über das Grundstück geschlossen.
- Ebenso konnten wir unsere Sparkasse und damit die Wirtschaft der Region insgesamt in schwierigen Zeiten unterstützen und stärken.
- Zur Koelnmesse liegen heute auch zwei Vorlagen auf dem Tisch, die für die Zukunft der Koelnmesse enorm wichtig sind. Ich hoffe, dass wir auch bei diesem Thema gemeinsam zu einem guten Ende kommen.
- Ein weiteres Highlight, nämlich der Rheinauhafen, strebt nach über 30-jähriger Diskussion und nur siebenjähriger Bauzeit seiner Vollendung entgegen.
- Mit Microsoft ist ein Global Player nach Köln gekommen, der bereits vor seinem offiziellen Einzug eine Menge Positives bewirkt hat und viele kleinere Unternehmen nach sich zieht.
- Zudem haben wir im Rahmen unserer kommunalen Planungshoheit 2008 einmal den Flächennutzungsplan geändert. Es gab 19 Satzungsbeschlüsse über Bauleitpläne, drei Bebauungs-, Durchführungs- und Fluchtlinienpläne wurden aufgehoben sowie fünf Veränderungssperren erlassen. Mit diesen wichtigen Entscheidungen haben wir auch die Weichen für viele große Projekte und damit die Zukunft unserer Stadt gestellt.

- Dank der Veränderung des Gestattungsvertrages für den Musical Dome werden wir ab Januar wieder ein neues Musical haben. Außerdem wird ein neues Musical-Haus in Kalk gebaut.
- Unsere Archäologische Zone hat den wichtigen A-Stempel erhalten und große Fortschritte gemacht.
- Der derzeitige Rheinboulevard zwischen Hohenzollernbrücke und Deutzer Brücke am rechten Rheinufer wird gebaut. Seit November liegt der städtebauliche Masterplan des weltweit renommierten Stadtplaners Albert Speer vor, der ein wahres Meisterstück und ein wichtiger Mosaikstein bei der Realisierung unseres „Leitbildes Köln 2020“ ist. Dazu wird auch - ich betone das - der Deutzer Hafen gehören, der auf lange Sicht nicht so bleiben wird, wie er jetzt ist.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Wir werden dort, so hoffe ich, eine große Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen können und der Kreativbranche in Köln ein neues Zuhause geben. Die Vorlage wird Ihnen noch in diesem Jahr zugesandt - hören Sie genau zu! - und nach Beratung im Stadtentwicklungsausschuss am 10. Februar dem Rat vorgelegt.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ich hoffe in zwei Alternativen!)

- Wir haben im zurückliegenden Jahr Grundsatzentscheidungen zum Haus der Kulturen der Welt in Köln getroffen sowie die Sanierung des Opernhauses und den Neubau des Schauspielhauses beschlossen. Die Ratsturmfiguren sind seit Ende November wieder an ihrem traditionellen Platz. Auch die Restaurierung des Reiterdenkmals auf dem Heumarkt macht Fortschritte.

(Beifall bei der CDU)

In 2009 wird es sicherlich einige Baustellen weniger in Köln geben, aber es werden auch wieder einige Baustellen dazukommen. Das ist, wie ich finde, gut so; denn Baustellen bedeuten Fortschritt, Investitionen und Arbeitsplätze, und nicht Stillstand. Das Ziel ist doch, Köln immer noch schöner und noch besser zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich warten auch im neuen Jahr wieder viele Herausforderungen

und Aufgaben auf uns. Angesichts der Finanzkrise und ihrer weitreichenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft wird 2009 sicherlich kein einfaches Jahr werden. Ich halte allerdings auch nichts von übertriebener Schwarzmalerei. Vielmehr sollten und müssen wir uns auf schlechte Nachrichten schon jetzt vorbereiten. Deshalb werde ich mich am 30. Januar mit den Mitgliedern des Bündnisses für Arbeit zu einer Sondersitzung treffen, um mögliche Handlungskonzepte zu diskutieren und zu erarbeiten. Außerdem glaube ich, dass es in schwierigen Zeiten wichtig ist, sich noch mehr als bisher auf seine Stärken zu besinnen. Köln ist eine starke Stadt. Gemeinsam sollten wir das Jahr 2009 mit Mut, Zuversicht und Engagement angehen und unseren Weg zielstrebig und selbstbewusst fortsetzen. Ich jedenfalls freue mich darauf.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zur Tagesordnung des heutigen Tages.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Wolter, Herr Köhler, Herr Mendorf, Herr Ünal und Herr Lierenfeld entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich die Herren Koch, Philippi und Thelen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu-beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf besonders gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wie immer beginne ich zunächst mit der Festlegung der heutigen Aktuellen Stunde. Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land“ eingereicht, den wir als TOP 01 behandeln sollten.

Darüber hinaus schlägt die Verwaltung die Zusetzung folgender Punkte vor - ich lese sie langsam vor, damit Sie das in Ihren Papieren entsprechend vermerken können -: 1.3, 3.1, 9.35, 16.2, 16.3, 16.4, 16.5, 16.6 und 16.7 - das sind Wahlen beziehungsweise Nachwahlen -, 17.1 und 17.2 sowie 24.3.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 9.29 sowie der die Liegenschaften betreffende

Punkt 23.1. Letzterer wurde im entsprechenden Ausschuss abgelehnt.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte schön, Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, dass die Antwort zu meiner Anfrage AN/1927/2008 in die Tagesordnung aufgenommen wird. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe Sie akustisch nicht verstanden. Geht es um die Beantwortung Ihrer Frage?

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Ich meine die Antwort der Verwaltung auf meine Anfrage von der vorletzten Sitzung betreffend Stifter und Mäzene. Diese soll in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Antwort darauf stand schon in der letzten Sitzung auf der Tagesordnung. Wir haben Ihnen mitgeteilt, dass sie Ihnen schriftlich zugesandt wird, und das ist passiert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja, ist eingegangen!)

Damit ist sie heute nicht auf die Tagesordnung zu nehmen.

Gibt es weitere Wortbeiträge zur Tagesordnung? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion zieht den Antrag unter Punkt 2.1.8 „Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten“ von der Tagesordnung zurück. Denn wir sehen für heute nicht die Chance, ihn durchzubekommen. Die Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen ist uns zu wichtig, als dass sie hier und jetzt verheizt werden sollte. Andere Dinge, über die sich öffentlich geäußert wurde, wir hätten sie zurückgezogen, ziehen wir nicht zurück.

Zu den Punkten 9.33 und 24.2, da geht es um den Bericht des Oberbürgermeisters zu den Beschlüssen aus dem Planungs- und dem Verkehrsbereich, schlage ich vor, sie von der Tagesordnung abzusetzen. Wir hatten vorher

hierzu geklärt - ich glaube formal wäre es richtig, dass der Rat es zuerst bekommt -, dass die Punkte zunächst in die Fachausschüssen gehen müssen. Wir sollten erst die Beratungen der Fachausschüsse abwarten und dann die Endberatung im Rat machen, wenn diese dann notwendig sein sollte.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das war ein Antrag. Gibt es hierüber im Rat Einvernehmen? -

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Frage an die Verwaltung! Uns ist das egal!)

- Ja.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn das so geht, dann machen wir mit!)

Das geht so; Sie müssten nur dazu Ihr Ja geben. Ich habe zwar die Tagesordnung gemacht, aber Sie können in dieser Diskussion noch - -

(Martin Börschel [SPD]: Verschlägt es denn in der Sache etwas! Darum geht es!)

- Das erfrage ich jetzt.

(Zuruf: Das wäre schade!)

Wäre diese Vorgehensweise problematisch?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Das hat nur formale Gründe!)

Wir können über das Thema aber dann nicht mehr im Rat diskutieren. Das ist so in der Vorlage - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen wir gar nicht!)

Das wird nicht gewünscht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Es geht um die Punkte 9.33 und 24.2.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, entsprechend!)

Okay. Wir nehmen die Punkte von der Tagesordnung. - Denn ich sehe, es gibt keine Gegenstimmen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung?

(Martin Börschel [SPD]: Ist der jetzt drauf, oder ist er nicht drauf!)

Dazu wird separat gefragt.

Ich komme jetzt zu einem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom heutigen Tag zum Thema „Ausnahmeregelung vom Verbot der Einfahrt in die Kölner Umweltzone“.

Gibt es hierzu Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? -

(Josef Müller [CDU]: Für die Dringlichkeit!)

Die Dringlichkeit ist ja begründet; das ergibt sich aus dem Antrag.

(Martin Börschel [SPD]: Ich würde die Verwaltung bitten, eine Einschätzung zu geben!)

Ja, gut. - Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag bezieht sich auf die Übergangsregelung - es handelt sich nicht um eine Ausnahmeregelung, wie in dem Antrag bezeichnet - des Handwerker-Regio-Parkausweises, der von der Handwerkskammer auch schon in der Presse sozusagen besprochen worden ist.

Zunächst möchte ich auf unsere Vorlage verweisen, die wir im gestrigen Umweltausschuss vorgelegt haben. In dieser Verwaltungsmitteilung wird schon einiges dazu berichtet. Darüber hinaus möchte ich Ihnen sagen, dass sich die Verwaltung des Problems des Auslaufens der Genehmigungen für die Handwerker-Regio-Parkausweise -

(Ralph Sterck [FDP]: Sie reden zur Dringlichkeit?)

- ja, aber ich will trotzdem kurz inhaltlich begründen, warum aus meiner Sicht die Dringlichkeit nicht geboten ist - bereits angenommen hat. Einerseits erörtern wir es mit der Bezirksregierung. Andererseits haben wir mit der Handwerkskammer Gespräche geführt und mit ihr folgende Regelung verabredet: Tatsächlich sind nur 14 Firmen vom Auslaufen dieser Genehmigung betroffen. Von diesen 14 Firmen werden höchstwahrscheinlich alle eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Bis diese Sache geregelt ist, haben wir mit der

Handwerkskammer eine Übergangszeit bis zum 15.02. verabredet. - Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Keine inhaltliche Debatte! Es geht gegen die Dringlichkeit!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es geht jetzt nur um die Dringlichkeit: Ja oder nein? Gibt es noch eine Wortmeldung zur Dringlichkeit? -

Karsten Möring (CDU): Die Dringlichkeit ergibt sich natürlich daraus, dass hinterher eine bestimmte Sachentscheidung getroffen werden soll. Deswegen würde ich gerne Frau Bredehorst noch einmal fragen: Würde das, was Sie zurzeit beabsichtigen zu vereinbaren, substantiell bedeuten, dass eine Pauschalübergangsregelung für diese Gruppe von Handwerkern bis Ende 2010 möglich ist?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Einzelfallregelung! - Beigeordnete Marlis Bredehorst: Darf ich nochmal schnell antworten?)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja, antworten Sie noch einmal schnell. Dann folgt Herr Sterck noch einmal.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Nein. Vielmehr wird im Wege einer Einzelfallregelung für jeden einzelnen betroffenen Betrieb eine Regelung getroffen werden.

Karsten Möring (CDU): Das würde dafür sprechen, dass wir bei unserem Dringlichkeitsantrag bleiben, weil sich unser Antrag davon substantiell unterscheidet.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch für unsere Fraktion etwas dazu sagen. Das, was Frau Bredehorst gesagt hat, zeigt, dass das Thema dringlich ist. Wenn wir diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen, können wir uns auch inhaltlich darüber unterhalten, ob wir das brauchen oder nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay.

Ralph Sterck (FDP): Auch die Tatsache, dass die Verwaltung gestern im Umweltausschuss mitgeteilt hat, sie arbeite gerade an einer Lösung, und der Fakt, dass das Thema schon in der Öffentlichkeit besprochen wird, zeigen, dass es dringlich ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann lasse ich jetzt über die Dringlichkeit abstimmen. Wer gegen die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist mit der Mehrheit dieser drei Fraktionen dieser Punkt als nicht dringlich abgelehnt und kommt deshalb nicht auf die Tagesordnung.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Punkt 5.1.6 aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt 5.1.2 zu behandeln; denn in beiden Vorlagen geht es um die Neufassung der Friedhofssatzung. - Ich sehe dazu Einvernehmen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bleibt die Vorlage AWB 2018, Tagesordnungspunktnummer 9.13, nun auf der Tagesordnung oder nicht? Dieselbe Frage stellt sich im Zusammenhang mit der Vorlage zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaftsbetriebe. Gedenkt die Verwaltung - Stand: diese Sekunde -, damit anders umzugehen als - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass diese Vorlage auf der Tagesordnung bleibt.

Martin Börschel (SPD): Die Verwaltung würde sie also nicht durch eine andere Vorlage ersetzen wollen?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Zum jetzigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass sie auf der Tagesordnung bleibt.

Martin Börschel (SPD): Sie glauben also nicht, dass sich das während der Sitzung noch ändern wird?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Was ich glaube, spielt hier keine Rolle.

Martin Börschel (SPD): Aber Sie sind doch der Verwaltungschef, Herr Schramma.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es geht darum, was ich weiß. - Und ich weiß, dass sie jetzt auf der Tagesordnung bleibt.

Martin Börschel (SPD): Sie wissen, dass Sie nichts wissen. - Okay.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, ich weiß, dass sie jetzt draufbleibt. Herr Börschel, Sie haben das genau verstanden.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 01:

01 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land“.
AN/2578/2008

Mir sind Wortmeldungen in folgender Reihenfolge zugegangen: Herr Dr. Heinen, Frau Schlitt, Frau Blum und Frau Gebauer. Falls weitere Wortmeldungen gewünscht werden, bitte ich, diese hier anzumelden. - Bitte schön, Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich begrüßen wir Sie, Herr Oberbürgermeister, in der

Gemeinschaft derer, die schon lange verstanden haben, dass es so nicht weitergehen kann.

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

Gerade wurde in der Nachrichtensendung des WDR ein Bericht über die Betreuung der Kleinsten gesendet. Was wurde da gesagt? NRW ist Schlusslicht in Deutschland. So darf es nicht weitergehen.

Um was geht es, meine Damen und Herren? Kernpunkt ist der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige. Länder und Kommunen haben sich im Jahr 2007 mit dem Bund gesetzlich darauf verständigt, die Kindertagesbetreuung bis 2013 bundesweit auf durchschnittlich 35 Prozent auszubauen. Das ist notwendig und wichtig, um ab dann den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr gewährleisten zu können.

Für Köln bedeutet das nach allen bekannten Erhebungen einen großstädtischen Bedarf von über 40 Prozent.

(Joseph Müller [CDU]: Was haben Sie in der vorherigen Regierung gemacht? Null!)

Ein nachfrageorientiertes Betreuungsangebot ist für eine Millionenstadt wie Köln nicht nur familienpolitisch unverzichtbar, das ist auch ein Standortfaktor von hoher Qualität. Aktuell liegt in Köln die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren bei 21 Prozent. Um dieser abstrakten Zahl einmal Ausdruck zu verleihen: 2 700 Kinder stehen in Köln zurzeit auf der Warteliste für die U3-Betreuung. Köln braucht also dringend den weiteren Ausbau der Plätze für unsere jüngsten Kinder. Es ist noch ein riesiger Kraftaufwand notwendig, um den Eltern und deren Kindern die notwendige Infrastruktur anzubieten, der gleichzeitig auch den Ausbau unserer Bildungslandschaft bedeutet.

Aber bei jedem Schritt, den Köln dorthin macht, werden uns vonseiten der Landesregierung unnötig Steine in den Weg gelegt.

(Zuruf von Johannes-Werner Hamm [CDU])

So ist nicht hinzunehmen, dass der Ausbau der U3-Betreuung in Nordrhein-Westfalen auf 11 000 Plätze begrenzt wird. Welcher Irrglaube steht wohl dahinter? Gerade auf Köln wirkt sich eine solche Politik familienunfreundlich aus.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung ist gemeinsame Sache von Land und Kommune. Allerdings ist hier eine eklatante Schieflage zulasten der Stadt Köln festzustellen, die wir alle gemeinsam nicht mehr hinnehmen können und dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell für das Jahr 2008 fehlen uns 400 U3-Plätze. Wir haben diese Plätze aber trotzdem eingerichtet, komplett auf eigene Kosten, damit Kinder und Eltern nicht im Düsseldorfer Regen stehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Auch nächstes Jahr ist keine Besserung in Sicht. Der Bund hat sich an den Finanzierungskosten beteiligt und wird sich auch weiter daran beteiligen. In 2009 wird der Bund einen Zuschuss für die Betriebskosten der Kindergärten in Höhe von 22 Millionen Euro gewähren. Aber, meine Damen und Herren, davon kommt nichts in Köln an. Das Geld des Bundes landet in der Landeskasse. Das hat zur Folge, dass das Land diese Mittel zu einem späteren Zeitpunkt auszahlen kann. Dadurch werden den Kommunen 17 Millionen Euro vorenthalten.

(Jochen Ott [SPD]: Pfui!)

Nicht umsonst sagte CDU-Finanzminister Linssen bei der letzten Haushaltseinbringung, dass auch das Kinderbetreuungsgesetz von Einsparungen nicht ausgenommen wird - das bedarf keiner weiteren Kommentierung. Sie müssen sich selbst ihren Reim darauf machen und entscheiden, wohin sie gehen wollen. Die Eltern benötigen verlässliche und flächendeckende Angebote an Plätzen und Betreuungszeiten. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln hat letzte Woche einstimmig dem Ausbau der U3-Betreuung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, inzwischen ziehen wir alle an einem Strang. Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund haben die beschriebenen Tatbestände in einem gemeinsamen Brief an die Landesregierung formuliert. Nun müssen auch wir klar und deutlich sagen: Die Bundesmittel für die Kommunen müssen auch an die Kommunen weitergeleitet werden.

(Beifall bei der SPD und Die Linke.Köln)

Die Einschränkung der Betreuungszeiten für unter Dreijährige ist ebenso wenig hinzunehmen wie die Begrenzung des Ausbaus der U3-Plätze. Bitte stimmen Sie mit uns, damit Köln auch weiterhin der Motor für eine familienfreundliche Stadt bleiben kann.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Dr. Heinen. - Frau Schlitt, bitte.

Gabriele Schlitt (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat vor nicht allzu langer Zeit, nämlich vor circa einem Jahr, gesagt:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die frühe Bildung gehören zu den Schwerpunkten der Landesregierung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Oberster Sozialdemokrat!)

Dieser Anspruch ist gut und richtig. Leider sehen aber Wirklichkeit und politisches Handeln der Landesregierung ganz anders aus.

(Winrich Granitzka [CDU]: Der Rüttgers ist der beste SPD-Politiker)

- Hören Sie gut zu! - Das Zitat geht nämlich noch weiter:

Deshalb werden wir ... alle für 2008 von den Jugendämtern beantragten U3-Plätze finanzieren.

Klammer auf - außer Köln - Klammer zu. Fakt ist nämlich - das hat Herr Dr. Heinen gerade schon ausgeführt -, dass Köln die einzige Stadt in Nordrhein-Westfalen ist, der in diesem Jahr fast 400 U3-Plätze vom Land nicht kofinanziert worden sind, sodass die Kommune diese Plätze allein finanzieren musste. Dies halte ich vor dem Hintergrund der Aussage von Herrn Rüttgers für skandalös.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Zurufe von der CDU: Ach! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ausgemachte Schweinerei!)

Die Landesregierung verspricht in ihrem neuen Gesetz noch mehr. Sie verspricht mehr Qualität und mehr Quantität im Bereich der Betreuung

und Bildung von Kindern. Auch diesen Anspruch der Landesregierung begrüßen wir. Aber die Wirklichkeit und das politische Handeln der Landesregierung sehen wiederum leider anders aus.

Fakt ist: Die Landesregierung weist die Zahl der neuen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu. Das Land sieht für Köln rund 700 Plätze für das Kindergartenjahr 2009/2010 vor. Aber: 2 700 Kinder von Eltern, die dringend einen Platz für ihr unter dreijähriges Kind brauchen, stehen im Moment auf der Warteliste. Auch das hat Dr. Heinen gerade schon gesagt.

(Josef Müller [CDU]: Wenn ihr früher schon einmal angefangen hättet, dann wären es weniger!)

Aus unserer Sicht ist es eine Unverschämtheit, dass die Landesregierung nicht die tatsächliche Zahl an Plätzen mitfinanziert, nicht nur, weil wir diese Plätze wirklich brauchen, sondern auch, weil wir sie vor dem Hintergrund, dass es ab 2013 einen Rechtsanspruch darauf geben wird, schaffen müssen; denn diesen Rechtsanspruch haben auch wir hier in Köln zu erfüllen.

(Zuruf von der CDU: 2013! Hallo!)

Aber die Krönung kommt ja noch. Der Bund stellt erstmalig nicht nur Investitionsmittel zur Verfügung, sondern will sich auch an den Betriebskosten beteiligen. Das ist ein Novum. Das begrüßen wir ausdrücklich. Natürlich ist Bildung Ländersache. Aus rechtlichen Gründen muss dieses Geld durch den Landeshaushalt fließen. Was aber macht die Landesregierung? Die Landesregierung sackt diese Mittel ein, um damit ihren eigenen Haushalt zu konsolidieren.

(Karl Klipper [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! 160 sind eingeflossen! Sie lügen doch!)

Das ist vor der Aussage von Herrn Rüttgers - ich wiederhole sie gerne noch einmal: „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die frühe Bildung gehören zu den Schwerpunkten der Landesregierung.“ - wirklich dreist. Denn mittlerweile setzen die Kommunen deutlich mehr Mittel für die Finanzierung ein als das Land. Das können Sie auch den Mitteilungen von Spitzenverbänden und Städtetagen entnehmen.

Meine Damen und Herren, das sollten wir uns nicht gefallen lassen. Unterstützen Sie unsere Resolution. Jeder U3-Platz, der aufgrund des Bedarfs geschaffen wird, muss auch vom Land kofinanziert werden. Jeder Cent, der vom Bund

für die Betriebskosten bezahlt wird, muss vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden. Lassen Sie uns dafür gemeinsam kämpfen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Schlitt. - Frau Blum, bitte.

Carola Blum (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Schlitt, lieber Kollege Heinen, Ihrem Antrag muss ich energisch und vehement widersprechen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen wie so oft, wenn es um die jetzige Landesregierung geht, in sophistischer Spiegelfechtereier

(Zurufe von der SPD: Hey!)

und aktuell über noch ungelegte Eier. Das Kinderförderungsgesetz des Bundes, KiföG, tritt am 01.01.2009 in Kraft. Die Bundesmittel in Höhe von 21,9 Millionen Euro, die über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zustande kommen, sind beim Land noch gar nicht angekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Wovon reden Sie denn, Frau Blum? Sie sind ja sowas von ahnungslos! - Gegenruf von Karl Klipper [CDU]: Das ist doch nur der Herr Steinbrück!)

Wie die Mittel im Detail eingesetzt werden, ist keineswegs abschließend geklärt, übrigens auch in anderen Bundesländern noch nicht. Das wird noch verhandelt; das wissen wir doch alle. Die CDU-Fraktion wird sich dabei konstruktiv einbringen.

Fest steht: Der Bund beteiligt sich, indem er auf seinen Anteil am Umsatzsteueraufkommen bis 2013 verzichtet. Für NRW bedeutet das - das wurde eben schon gesagt - Mehreinnahmen in Höhe von 21,9 Millionen Euro in 2009, von denen 5 Millionen Euro aufgrund des kommunalen Steuerverbands automatisch an die Kommunen zurückfließen. Prinzipiell gilt aber: Eine Zweckbindung des Umsatzsteueraufkommens ist nicht zulässig. Hier muss anders verfahren werden als zum Beispiel bei Zuschüssen, die der Bund für

Investitionsmaßnahmen gewährt. Diese fließen direkt an die Kommunen und werden dann an die Träger weitergeleitet. In Bezug auf Betriebskostenzuschüsse für die U3-Betreuung ist das allerdings irrelevant, da das Land den Kommunen und freien Trägern ein Vielfaches der Bundesbeteiligung zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sprechen von 160 Millionen Euro für 2009.

(Zurufe: Hui!)

Unter einer rot-grünen Landesregierung und vor Verabschiedung des KiBiz mussten die Städte die U3-Betreuung selbst finanzieren.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Sie verkünden hier in künstlicher Empörung, Mittel würden einbehalten oder eingesackt,

(Martin Börschel [SPD]: Es ist eine künstliche Vornehmheit, die Sie an den Tag legen!)

verschweigen aber die enormen Mittel, die bereits vom Land ausgegeben wurden. Diese werden systematisch weiter aufgestockt, um die Zielvorgabe von 144 000 Plätzen für die U3-Betreuung bis 2013 sicherzustellen.

Weiterhin sprechen Sie in Ihrem Antrag von mangelnden Wahlmöglichkeiten der Betreuungszeiten. Dieser Vorwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Es ist dreist, wenn Anlass dazu gegeben wird, dass so etwas in der Öffentlichkeit herumgeistern kann. Selbstverständlich ist in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen eine flexible Wahlmöglichkeit für die Kinderbetreuung sichergestellt. Alle wissen das.

(Beifall bei der CDU - Jochen Ott [SPD]: Herr Schramma, darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ott?

Carola Blum (CDU): Herr Ott, Sie können mich hinterher fragen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD]: Feige ist sie auch noch! Vornehm und feige!)

Nun zur Anzahl der U3-Betreuungsplätze. Es hat sich sehr schnell gezeigt, dass die von der Jugendverwaltung benannte geschätzte Bedarfszahl von rund 3 300 Plätzen dem tatsächlichen Nachfragebedarf nicht gerecht wurde. Die Nachforderung belief sich auf rund 1 500 zusätzliche Plätze, von denen die Landesregierung nochmals 750 Plätze allein für Köln bewilligt hat. Das bedeutet, dass rund 10 Prozent der im Land vorhandenen Plätze in Köln realisiert werden und wir damit überproportional gut bedacht sind.

(Beifall bei der CDU)

Für 2009/2010 hat das Land weitere rund 680 Plätze zugesagt. Richtig ist natürlich, dass gerade in einer Millionenstadt wie Köln ein immenser Bedarf an Betreuungsplätzen besteht. Ziel muss es daher sein, so schnell wie möglich so viele Plätze wie möglich für unsere Kinder zu realisieren. Das ist ein Jahrhundertwerk, was wir im Augenblick stemmen, und zwar Land und Kommune gemeinsam.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Dazu brauchen wir noch 100 Jahre, wenn das so weitergeht! - Jochen Ott [SPD]: Meine Urenkel haben etwas davon!)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist die Deckelung der Betreuungsplätze aus kommunaler Sicht zweifelsohne unerfreulich, entspricht aber der aktuellen finanziellen Realität. Land und Kommunen stehen in der Pflicht, die Bemühungen in gemeinsamer Verantwortung voranzutreiben.

(Jochen Ott [SPD]: Schön wär's!)

Dies ist in den letzten Monaten mit sehr guten Ergebnissen für Köln gelungen. Hierauf müssen wir aufbauen.

Abschließend möchte ich, wenn Sie gestatten, Herr Oberbürgermeister, die Jugenddezernentin Frau Dr. Klein zitieren, die in einem Interview mit *Radio Köln* über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesagt hat, dass aufgrund der finanziellen Mittel, die Land und Kommune beigesteuert haben, in 2008 schon viel verbessert worden sei, zum Beispiel bei der Betreuung der unter Dreijährigen.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Das sieht die CDU-Fraktion ebenso; denn es war allerhöchste Zeit, die Betreuungsmöglichkeiten unserer Kinder nachhaltig zu verbessern. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, dass NRW während der rot-grünen Regierungszeit bei der Betreuung von unter Dreijährigen bundesweit das Schlusslicht war.

(Beifall bei der CDU)

Diese Zeiten sind, anders als eben behauptet, aufgrund der Arbeit unserer derzeitigen Landesregierung zum Glück Vergangenheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie von Ralph Sterck [FDP])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Frau Blum. Für die FDP Frau Gebauer, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vorab möchte ich Ihnen allen etwas Erfreuliches mitteilen. Auf der Homepage der SPD steht nämlich jetzt schon, wann unsere heutige Sitzung beendet sein wird. Sie gibt an, dass wir heute von 14.00 bis 22.00 Uhr tagen. Ich freue mich sehr, dass Sie das so einrichten wollen. Dann fällt der Umtrunk vielleicht ein bisschen länger aus.

(Ralph Sterck [FDP]: Wahlergebnisse haben die noch nicht gebracht!)

Meine Damen und Herren, liebe Fraktionskollegen von Bündnis 90/Die Grünen, nachdem Sie bereits zum gleichen Thema einen Antrag im Landtag mit dem Arbeitstitel „Bundesmittel zum Ausbau von Krippenplätzen gehören vollständig den Kommunen - Landesregierung darf keine Mittel für den eigenen Haushalt abzweigen“ gestellt haben, möchten Sie und Ihre SPD-Kollegen die dort durch die Fraktionen von CDU und FDP erfolgte Aufklärung anscheinend jetzt noch einmal hören. Wir machen das gerne.

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht verbessert sich mal was!)

Sie wissen, dass eine direkte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen der Länder nicht

möglich ist; das hatte Frau Schlitt bereits erwähnt. Daher wurde eine Weitergabe der Betriebskostenzuschüsse zwischen Bund und Ländern vereinbart. Die dann erfolgte Verständigung von Bund, Ländern und Kommunen sieht jedoch nur vor, dass die Mittel des Bundes tatsächlich für die U3-Betreuung verwendet werden. Sie sieht jedoch ausdrücklich nicht vor, die Kommunen von ihrem Finanzierungsbeitrag in der Höhe zu entlasten, die der Höhe der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel entspricht. Mehr möchte ich zu dieser Sache nicht sagen, weil Frau Blum schon ausführlich darauf eingegangen ist. Aber Sie, Herr Heinen, will ich schon noch einmal daran erinnern: Dank jahrelanger SPD-Regierung war NRW jahrelang das Schlusslicht bei der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte Ihnen einmal Folgendes skizzieren: Erstens, aus welcher Situation kommen wir? Zweitens, wo stehen wir momentan? Drittens, wie wird es im nächsten Jahr um die U3-Plätze bestellt sein? In 2005 gab es in Nordrhein-Westfalen im U3-Bereich gerade einmal 11 800 Plätze. Nach der Regierungsübernahme durch CDU und FDP haben wir heute, 2008, im U3-Bereich 44 600 Plätze,

(Beifall bei der FDP)

ohne Tagesmütter; einschließlich Tagesmütter sind es 48 750 Plätze. Im Jahr 2010/2011 wollen wir auf 90 000 Plätze kommen, ohne Tagesmütter. Im Jahr 2013 wollen wir 144 000 Plätze bereitstellen, wiederum ohne Tagesmütter.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Was heißt das für Köln? Für Köln hieß das im Oktober 2006 1 690 Plätze, was einer Versorgungsquote von 7,1 Prozent entsprach. Im August 2007, knapp ein Jahr später, gab es bereits 2 825 Plätze. Im August 2008 waren es schon 4 223 Plätze, somit eine Versorgungsquote von 17,5 Prozent. Wie schon erwähnt, kommen im nächsten Jahr weitere knapp 700 Plätze dazu. Das heißt, im Jahr 2009 können wir hier in Köln mit 4 892 Plätzen rechnen.

(Karin Wiesemann [SPD]:
Wer finanziert die?)

Als FDP-Fraktion sprechen wir im Gegensatz zu Rot-Grün nicht von einer Deckelung, sondern von einer Aufstockung der Plätze im U3-Bereich,

und zwar um weitere 11 000 Plätze landesweit, für die das Land weitere circa 120 Millionen Euro bereitstellen wird. Im Jahr 2008 stehen für das KiBiz insgesamt 1 Milliarde 23,4 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahr 2009 werden es 1 Milliarde 134,8 Millionen Euro sein. Im Vergleich zu den Mitteln, die die rot-grüne Landesregierung im Rahmen des früheren GTK 2005 zur Verfügung gestellt hat, gibt das Land jetzt eine deutlich stärkere finanzielle Unterstützung. Das steht außer Frage.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, den Fraktionen von Rot und Grün kann ich nur den Rat geben: Übersehen Sie bei Ihrer permanenten Kritik an der Landesregierung betreffend dringend erforderlicher Reformen nicht Ihre eigenen Schwächen hier vor Ort, in der Kommune.

(Lachen von Jochen Ott [SPD]: Das ist ja ein Witz! - Gegenruf von Karl Klipper [CDU])

Ich möchte mit einem Zitat schließen, wenn Sie gestatten:

Wir sehen auch einfach den Bedarf und wir wollen hier auch unterstützen. Wir tun das, indem wir unsere Plätze verdreifachen, aber die Kommunen haben auch eine Aufgabe, hier etwas weiter zu entwickeln, sodass wir tatsächlich etwa 80 000 Plätze schaffen.

(Zuruf von Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen])

Dieses Zitat stammt aus dem Jahr 2005 und ist von Ute Schäfer, SPD. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gebauer. - Frau Demirel für Die Linke, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Zuschüsse zu den Investitions- und Betriebskosten für U3-Plätze werden aus einem kapitalverzehrenden Sonderfonds des Bundes bezahlt. Die Bundestagsfraktion Die Linke hat in den Jahren 2007 und 2008 den Antrag gestellt,

den Bundesanteil an diesem Sonderfonds aufzustocken. Die Linke ist nämlich der Meinung, dass diese Mittel nicht ausreichen.

Zum einen halten wir eine Versorgungsquote von 35 Prozent in 2013 für fragwürdig - die Verwaltung geht für Köln von 40 Prozent aus. Aber wahrscheinlich wird der tatsächliche Bedarf noch weit darüber hinausgehen; denn Angebot weckt Nachfrage.

Zum anderen muss die Qualität der Betreuung dringend verbessert werden. Darauf hat auch UNICEF hingewiesen. Qualitätsverbesserung ist aber nicht durch die Kommune allein zu schultern. Dafür ist die Unterstützung durch das Land dringend notwendig. So gibt beispielsweise Berlin, wo ein rot-roter Senat regiert, am meisten, nämlich 7 082 Euro pro Kind und Jahr, aus.

(Beifall von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Die Ausgaben von Hamburg, das auf dem zweiten Platz liegt, betragen 1 875 Euro weniger. In NRW dagegen werden mit 3 700 Euro noch nicht einmal 53 Prozent des Betrages, den Berlin zur Verfügung stellt, ausgegeben.

Von den 21,6 Millionen Euro für die NRW-Kommunen möchte das Land nur circa 5 Millionen Euro ohne Zweckbindung weiterleiten. Schon diese 21,6 Millionen Euro sind unzureichend. Durch das Vorgehen der Landesregierung ist nun sogar die Bedarfsdeckung in Gefahr, ganz zu schweigen von einer Qualitätsverbesserung.

Ein Wort noch zur Festlegung der neu zu schaffenden 25-Stunden-Plätze. Meine Damen und ganz besonders meine sehr verehrten Herren - Sie stellen ja hier die Mehrheit im Rat -: Können Sie sich vorstellen, mit einem kleinen Kind, das nur 25 Stunden pro Woche betreut wird, noch arbeiten gehen zu können? Würden Sie mit einer Wochenarbeitszeit von 15 oder 20 Stunden finanziell zurechtkommen? - Ich nicht und wahrscheinlich auch alle anderen hier nicht. Deswegen dürfen wir nicht zulassen, dass das den Eltern in Köln abverlangt wird.

Die Landesregierung saniert ihren Haushalt auf Kosten von Kindern, Berufstätigen, Alleinerziehenden und sozial Schwachen. Das ist ein Skandal. Deswegen werden wir die Resolution an das Land unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Heinen noch einmal.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Meine Damen und Herren Kollegen! Frau Blum, ich glaube, Sie haben etwas am Thema vorbei geredet.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wenn Sie die Resolution genauer lesen, werden Sie feststellen, dass sich die darin enthaltenen Forderungen komplett mit denen decken, die alle Gremien der kommunalen Selbstverwaltung, nämlich Städtetag, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag, aufgestellt haben.

Erstens hat es uns in Köln besonders hart getroffen, weil uns die Plätze, die wir brauchen, verwehrt wurden, obwohl wir den Bedarf rechtzeitig angemeldet hatten und uns diese zugesagt worden sind. Das ist ein Wortbruch, auf den wir bisher noch gar nicht eingegangen sind.

(Beifall Jochen Ott [SPD])

Zweitens. Sie haben gesagt, die Einrichtung von 25-Stunden-Plätzen hätte nie zur Diskussion gestanden. Selbstverständlich gab es dazu eine Diskussion, nämlich bei der Haushaltseinbringung. Aber am nächsten Tag wurde das wieder zurückgezogen. Bis heute ist noch keine Korrektur in den Haushaltsplänen der Landesregierung erfolgt. So ist es in vielen Bereichen.

Zu den Mitteln, die an die Kommunen durchgereicht werden sollen. Die sind bis jetzt nirgendwo im Haushalt verankert. Nein, stattdessen wird noch geschaut, was im nächsten Jahr damit gemacht werden könnte. So sieht keine vorwärts gerichtete familienfreundliche Politik aus. Für die Träger muss vielmehr Klarheit geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Geld fehlt an allen Enden, aber besonders in Köln. Ich habe bereits deutlich gemacht, dass das eine Aufgabe von Land und Kommunen ist. Die Kommunen schultern immer höhere Teile dieser Verantwortung. Ihrem Vorwurf, früher sei dahingehend nichts unternommen worden, halte ich entgegen, dass sich doch auch einiges in den Entwicklungsbiografien geändert hat.

(Widerspruch bei der CDU)

Nehmen wir beispielsweise den Ausbau der Betreuungskette im Offenen Ganztage. Früher war das kein Thema, heute wird der Offene Ganztage überall, in jedem Bundesland ausgebaut. Ich werfe auch den Bayern nicht vor, dass sie das früher nicht hatten; denn früher war es teilweise anders. Wir haben jetzt andere Anforderungen an den Ausbau. Indem die Landesregierung den Ausbau blockiert, widerspricht sie ihrer eigenen Aussage. Und das machen wir deutlich.

Köln ist bei dieser Geschichte am meisten gekniffen, weil uns das meiste Geld vorenthalten wird. Nicht umsonst hat der Oberbürgermeister in seiner letzten Pressekonferenz zum Thema Ganztageausbau ganz klar gesagt: Da fehlt aber ein dicker Batzen, den das Land noch zahlen muss. - Das Gleiche gilt für den kommunalen Anteil an der Kita-Finanzierung; denn auch in diesem Bereich ist das Ungleichgewicht unglaublich groß. Das ist nicht gerecht. Das fordern wir von der Landesregierung ein: Wir wollen Gerechtigkeit für Köln und für die Eltern und deren Kinder.

(Zurufe von der SPD: Bravo!
Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Breninek hat sich noch gemeldet.

Hans Martin Breninek (pro Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich war 21 Jahre alleinerziehend und weiß daher, wovon ich rede. Wenn Sie Kinder in einem Alter von ein bis drei Jahren fragen könnten, wo sie lieber hinwollen: zur Mutter oder zum Kindergarten, würden sie sagen: zu Mutter und Vater.

(Martin Börschel [SPD]: Jedenfalls nicht zu Ihnen!)

Wenn Sie einer Hündin ihre Welpen wegnehmen - -

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Wuff, wuff!)

- Das ist nur die Linke, die Primitiven, die Mauerbauer.

Wenn Sie einer Hündin ihre Welpen wegnehmen,

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Thema verfehlt! Zoologie kommt später!)

geraten Sie mit dem Tierschutzgesetz in Konflikt. Aber zurück zum Thema: Die ein- bis dreijährigen Kinder gehören zur Mutter, zur Familie. Wenn Sie schon einmal den Austausch von Zärtlichkeiten zwischen Mutter und Kind oder Vater und Kind in der Öffentlichkeit beobachtet haben, müssen Sie zugeben: Das kann eine Kindergärtnerin gar nicht leisten. Die Kinder gehören zur Mutter, zur Familie. Fördern Sie mehr die Familie als die Kindergärten.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Blum hat sich noch einmal gemeldet, bitte schön.

Carola Blum (CDU): Herr Dr. Heinen, im Landesvergleich steht NRW am besten da. NRW bezahlt dauerhaft 30 Prozent. Niedersachsen beispielsweise zahlt nur 20 Prozent und auch in anderen Bundesländern liegt der Anteil niedriger. Es bringt gar nichts, auf NRW dreinzuhauen.

Natürlich befindet sich das Land jetzt in einem Diskussionsprozess, an dem auch die kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind. Das habe ich ja schon erwähnt.

(Martin Börschel [SPD]: Die teilen unsere Forderungen! Das sind unsere Forderungen!)

Das ist ganz normal. Das wird auch vom Land als ein ganz normaler Prozess angesehen. So läuft das immer. Es ist nun einmal so, dass Bundesmittel, die dauerhaft eingesetzt werden wie zum Beispiel für Betriebskosten, nicht direkt fließen können.

(Martin Börschel [SPD]: Die Spitzenverbände sind ja unserer Meinung!)

Deshalb muss der Umweg über die Umsatzsteuer genommen werden. Diese darf jedoch nicht zweckgebunden sein. Also muss das Land diese Mittel zunächst einmal in seinen Haushalt nehmen, außer den 5 Millionen Euro, die automatisch abfließen, und muss sich dann überlegen, was es damit zu tun beabsichtigt.

(Widerspruch bei der SPD)

- Natürlich. Das ist normal und richtig in einer Demokratie.

(Martin Börschel [SPD]: Warum schreiben die das nicht in den

Nachtragshaushalt? Das ist schon der Dritte!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Blum. - Eine weitere Wortmeldung kommt wiederum von Frau Schlitt.

Gabriele Schlitt (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Blum, liebe CDU

(Martin Börschel [SPD]: Das nehmen Sie aber zurück, Frau Schlitt!)

- ich kann sehr freundlich sein, manchmal aber auch nicht -, Sie haben behauptet, es sei von uns aus der Luft gegriffen, dass Mittel nicht weitergegeben werden würden. Sie haben weiter behauptet, dass der Bund aufgrund der geänderten Umsatzsteuerverteilung diese Mittel zur Verfügung stellt. Außerdem haben Sie behauptet, dass das ein ganz normaler Vorgang sei: Man macht einen Vorschlag und diskutiert dann, wie das Geld am besten an die Kommunen weitergereicht wird. - Ich möchte Sie bitten, die Stellungnahme des Städtetages, des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes zu lesen und sich dann den Haushaltseinwurf anzuschauen, den die Landesregierung eingebracht hat. Anlass der Proteste vieler Kommunen, nicht nur von Köln, und Anlass dieser großen Stellungnahme war, dass der Haushalt so aufgestellt worden ist, als sei schon klar, dass die Mittel, die vom Bund kommen, zur Konsolidierung genutzt werden. Das heißt, das Land will diese Mittel einsacken.

Ich möchte dazu etwas aus dem Bericht erwähnen. Auf Seite 8 steht, dass hinsichtlich der vom Bund zur Verfügung gestellten Betriebskosten darauf hinzuweisen sei, dass die Bundesbeteiligung entsprechend der Bundesländer-Vereinbarungen ungeschmälert an die Kommunen weiterzuleiten sei. Die Bundesmittel dürften nicht dem Landeshaushalt einverleibt werden.

Ich lasse jetzt einen Teil aus, in dem es um die Umsatzsteuer geht; auch dazu gibt es eine Menge Kritik. Dann kommt ein Satz, in dem steht, dass das Land Nordrhein-Westfalen daher aufgefordert werde, die vom Bund zur Verfügung gestellten Betriebskosten vollständig an die Kommunen weiterzuleiten.

Jetzt folgt der wichtigste Satz. Hier wird ausgeführt, dass eine entsprechende

Ausweisung im Haushaltsentwurf 2009, Einzelplan 15, an dieser Stelle fehle.

Nichts anderes wollen wir mit dieser Resolution erreichen, nämlich gemeinsam dafür zu kämpfen, dass diese Mittel an uns weitergeleitet werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie etwas dagegen haben. Also: Stimmen Sie unserer Resolution zu!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Es geht um eine Resolution, die wir hier oben am Tisch des Oberbürgermeisters noch nicht kennen und die uns auch noch nicht vorliegt.

(Zuruf: Die liegt doch vor!)

- Nein, wir haben keine bekommen.

(Zuruf: Was? - Josef Müller [CDU]: Schlampige Arbeit!)

- Ich kann nur sagen, dass ich bis 15.10 Uhr keine bekommen habe und auch mein Büro nicht.

(Zurufe: Wir auch nicht! - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Nein, Herr Börschel, uns liegt sie wirklich nicht vor. Ansonsten hätte ich sie ja vorgetragen.

(Dr. Ralf Heinen [SPD] überreicht Oberbürgermeister Fritz Schramma das Schriftstück)

- Nun habe ich sie gerade erhalten.

(Karl Klipper [CDU]: Es ist natürlich wieder einmal unheimlich „schön“, dass die anderen Fraktionen nichts dazu lesen können! - Josef Müller [CDU]: Wir haben die nicht vorliegen, Herr Oberbürgermeister! Ich möchte das beanstanden! - Ralph Sterck [FDP]: Können Sie die einmal vorlesen? - Karl Klipper [CDU]: Tolles demokratisches Verständnis! - Josef Müller [CDU]: Was ist das denn für eine Arbeit in den Fraktionsgeschäftsstellen, noch nicht einmal so ein Ding vorzulegen?)

Können wir einmal klären, welche Fraktionen sie bisher noch nicht erhalten haben? Denn Sie müssen ja wissen, worüber Sie hier abstimmen.

(Zuruf von der SPD: Sie können sie ja vorlesen!)

- Das ist doch Ihre Resolution. Lesen Sie sie doch bitte vor. Das wäre doch angemessen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Resolution deckt sich komplett mit den drei geforderten Punkten des Papiers, das der Städte- und Gemeindebund, der Städtetag und der Landkreistag formuliert haben.

Punkt 1: Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, den Haushaltsentwurf der Landesregierung so zu korrigieren, dass die Bundesmittel für die Betriebskosten von Kindertagesstätten zum Ausbau von U3-Betreuungsplätzen entsprechend der Vereinbarungen aus 2007 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in voller Höhe an die Kommunen weitergeleitet werden.

- Ganz einfach. -

Punkt 2: Weiterhin fordert der Rat der Stadt Köln die Fraktionen des Landtages auf, den Haushaltsentwurf des Landtags 2009 so zu korrigieren, dass es keine Einschränkung für die von den Eltern gewählten Betreuungszeiten für Kinder unter drei Jahren gibt.

- Dazu hat Frau Blum schon entsprechend Stellung genommen. -

Punkt 3: Die Verwaltung wird aufgefordert, sich mit den Gremien des Städtetages für eine Aufhebung der Reglementierungen (Deckelungen) einzusetzen und somit den Elternwillen zu beachten und zu berücksichtigen. Wir fordern das Land auf, die Deckelung des Ausbaus auf 11 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige aufzuheben und alle Plätze mitzufinanzieren, die ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot vor Ort gewährleisten. Der Landtag und vor allem die Kölner Landtagsabgeordneten werden gebeten, dies entsprechend zu unterstützen.

So weit die Resolution.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Heinen. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die

antragstellenden Fraktionen, SPD und Grüne sowie Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Resolution so beschlossen.

(Karl Klipper [CDU]: Eine der 25, die die sowieso nicht beachten!)

Meine Damen und Herren, bevor wir zum ersten offiziellen Tagesordnungspunkt, der Annahme von Schenkungen, kommen, möchte ich Ihnen etwas zu einem anderen Geschenk sagen, das Ihnen allen eigentlich auf den Platz gelegt werden sollte, nämlich ein Exemplar des Masterplans. Nun hatte ich, bevor meine städtischen Mitarbeiter Gelegenheit hatten, die Exemplare tatsächlich auszulegen, diese in einem Karton vor den Ratssaal gestellt, damit sie die dann austeilen können. Offensichtlich haben einige dieses Geschenk missverstanden und nicht nur für sich, sondern auch gleich noch für Oma und Opa ein Exemplar mitgenommen.

(Heiterkeit)

Ich bitte also diejenigen, die jetzt vielleicht zwei oder drei Exemplare in der Tasche haben, diese wieder zurückzugeben, damit wir den Kolleginnen und Kollegen, denen wir jetzt kein Exemplar aushändigen konnten, die Möglichkeit geben können, sich das zu Hause über die Weihnachtstage anzuschauen. Das lässt sich vielleicht intern, spätestens nachher beim Umtrunk klären. Es sollte jedes Ratsmitglied ein Exemplar bekommen.

Wie Sie wissen, habe ich bereits am 27. November offiziell im Namen der Stadt Köln den Masterplan vom Verein „Unternehmer für die Region Köln e.V.“ und dem Architekten Albert Speer entgegengenommen. Wir hatten ja im Rat schon den Grundsatzentschluss gefasst, diese Schenkung quasi entgegenzunehmen. Der städtebauliche Masterplan ist ein großzügiges, ein wertvolles Geschenk der Kölner Wirtschaft und noch dazu ein herausragendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement in Köln. Der Rat der Stadt Köln dankt dem Verein für dieses zukunftsweisende Regiebuch. Besonderer Dank gilt auch Herrn Paul Bauwens-Adenauer, der den Verein „Unternehmer für die Region Köln e.V.“ ins Leben gerufen und damit den Masterplan Innenstadt überhaupt erst möglich gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich halte diesen Masterplan für eines der herausragenden Projekte auch im Zusammenhang mit dem „Leitbild Köln 2020“.

Die Stadtgesellschaft hat nämlich im Leitbild das Ziel aufgestellt, mutige, gesamtplanerische Strategien mit geeigneten Beteiligungsverfahren einzusetzen, um eine qualitätvolle Stadtentwicklung zu ermöglichen. Das ist mit dem Masterplan eingelöst worden. Im Zuge des immer stärker werdenden Wettbewerbs zwischen den Regionen und den großen Städten Europas muss und will sich auch die Stadt Köln erstklassigen städtebaulichen Ansprüchen für ihre Zukunftsgestaltung stellen. Mit dem nun vorliegenden Masterplan steht uns ein Instrument zur Verfügung, das uns hilft, die gesteckten Ziele in den nächsten 15 bis 20 Jahren konsequent und zielstrebig zu erreichen.

Der Verein „Unternehmer für die Region Köln e.V.“ hat das renommierte Frankfurter Büro Albert Speer & Partner beauftragt, den städtebaulichen Masterplan Innenstadt zu erstellen. Mit großem Engagement und bemerkenswertem Fachwissen hat dieses Büro das Planwerk erarbeitet. Die Erarbeitung des städtebaulichen Masterplans wurde durch ein intensives Moderationsverfahren begleitet. Die interessierte Fachöffentlichkeit und die qualifizierte Stadtgesellschaft wurden ebenso einbezogen wie die städtischen Fachdienststellen und stadtnahen Gesellschaften. In allen Phasen der Erarbeitung wurden Werkstattgespräche mit den relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft geführt, um das Ergebnis auf eine breite Basis zu stellen und die größtmögliche Akzeptanz zu erhalten. Im Übrigen wird der Prozess der Diskussion auch jetzt durch die Kölner Medienlandschaft intensiv sowohl online als auch mit direkten Vorortveranstaltungen weiter fortgesetzt.

Das außerordentliche ehrenamtliche Engagement der Stadtgesellschaft in den zahlreichen Werkstattgesprächen und Foren gibt dem Masterplan nochmals eine besondere Bedeutung. Dies konnte nur gelingen, weil die Stadt Köln von Anfang an einen offenen und transparenten Beteiligungsprozess bei der Erarbeitung gefordert hat und hierzu eine professionelle Prozessgestaltung beitragen wollte. Daher wurde für die Gestaltung und Moderation des Prozesses das bundesweit tätige Architektur- und Planungsbüro Freischlad + Holz beauftragt, dem es ausgezeichnet gelungen ist, die Stadtgesellschaft, lokal Handelnde und Experten und Expertinnen der Verwaltung über einen transparenten und breiten Diskussionsdiskurs in den Planungsprozess einzubinden. Damit ist der Masterplan zu einem

Werk der öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen der Stadt und der Wirtschaft im besten Sinne geworden.

Dieser Masterplan kann jedoch nur dann seine Wirkung entfalten, wenn er - auch das folgt den Zielen des „Leitbildes Köln 2020“ - jetzt umgesetzt wird. Wichtig ist, zwischen den kurzfristigen, mittel- und langfristigen sowie den perspektivischen Maßnahmen zu unterscheiden. Die Umsetzung dürfen wir nicht auf die lange Bank schieben, sondern wir müssen den Willen zeigen, sofort mit der Arbeit zu beginnen. Ich habe hier mehrfach das Versprechen geäußert, dass dieser Masterplan eben nicht in der berühmten Schublade landet, sondern in Köln in den nächsten Jahren auch weiterhin engagiert diskutiert und sicherlich in Teilen umgesetzt wird. Ich freue mich daher, dass im Stadtentwicklungsausschuss schon Anfang 2009 eine entsprechende Vorlage eingebracht wird. Ich freue mich auch, dass nun, am Ende dieses Jahres, im Hinblick auf die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ein ganz wichtiger Schritt gemacht wird. Auch am Masterplan wollen wir deutlich machen, dass unsere Stadt Perspektiven hat.

Meine Damen und Herren, wer nach Sitzungsende noch nicht im Besitz eines Exemplars des Masterplans sein sollte, den bitte ich, sich bei meinen Mitarbeitern zu melden. Wir hoffen, dass wir noch vor den Weihnachtsferien arrangieren können, dass jeder von Ihnen ein Exemplar mit nach Hause nehmen kann. Jeder ein Exemplar; das ist wichtig.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Annahme der Schenkung „ohne Titel“ von Susanne Paesler durch Herrn Dr. Holger Paesler an die Stadt Köln, Museum Ludwig 4321/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.2:

1.2 Schenkung eines PKW der Marke Ford Transit im Wert von bis zu 23 000 Euro durch die Käthe-Flöck-Stiftung

4719/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Zu Tagesordnungspunkt 1.3:

**1.3 Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes „UnoStracio“, 1956 von Mimmo Rotella durch Herrn Dr. Hans Henrici an die Stadt Köln, Museum Ludwig
5529/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht.

Ich darf im Namen des Rates und der Verwaltung der Stadt den Spendern ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Nun zu Tagesordnungspunkt 2:

2. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Zunächst rufe ich Tagesordnungspunkt 2.1.1 auf:

**2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Strategisches Flächenmanagement - Ausbau von Grünflächen“
AN/2515/2008**

Hierzu hatten sich Frau Moritz, Herr Waschek, Herr Klipper und Herr Sterck zu Wort gemeldet. - Zuerst spricht Frau Moritz, bitte schön.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Erlauben Sie mir bitte eingangs eine Bemerkung zu Ihrer beeindruckenden Erfolgsbilanz, die Sie zu Beginn dieser Ratssitzung vorgetragen haben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Bemerkung bezieht sich nur darauf, dass man mit Verwunderung feststellen muss, dass diese beeindruckende Erfolgsbilanz trotz der „Schreckensherrschaft des Kernbündnisses“ möglich gewesen ist.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, ich habe ja „mit“ gesagt.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Unter der „Schreckensherrschaft des Kernbündnisses“.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Deswegen habe ich ja auch immer „wir“ gesagt.

(Heiterkeit)

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, in diesem Sinne.

Ich komme nun zur Antragsbegründung. Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat sich im Rat für Nachhaltige Entwicklung für das „Ziel-30-Hektar“ engagiert. Das bedeutet, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, bis 2020 den täglichen Flächenverbrauch auf 30 Hektar zu reduzieren. Eingedenk der Tatsache, dass der tägliche Flächenverbrauch in den Jahren von 2002 bis 2005 über 100 Hektar betrug, ist das eine Reduzierung um immerhin zwei Drittel. Um dieser Verpflichtung der Bundesregierung nachzukommen, hat unser Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herr Uhlenberg, für das Land Nordrhein-Westfalen das Projekt „Allianz für die Fläche“ formuliert und appelliert an die Kommunen, sie sollten doch bitte ein strategisches Flächenmanagement installieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist ja sehr freundlich!)

Nun erinnere ich mich, dass unter der schwarz-grünen Schreckensherrschaft schon einmal ein solcher Ratsantrag gestellt worden ist, der die Verwaltung aufgefordert hat, ein strategisches Flächenmanagement zu initiieren.

(Ralph Sterck [FDP]: Warum schieben Sie noch einen hinterher?)

Auf die Umsetzung dieses Ratsbeschlusses warten wir noch heute. Das steht nicht in der Erfolgsbilanz, leider.

Wir haben hier in Köln ein Problem beziehungsweise - das kann man so oder so sehen - einen Zielkonflikt. Köln ist eine wachsende Stadt. Wir haben dieser Tage lesen können, dass der Geburtenzuwachs bis 2025 anhalten wird; das ist eine erfreuliche Nachricht.

Gleichzeitig besteht aber auch eine sehr große Nachfrage nach den wenigen und hier insbesondere nach innerstädtischen Flächen; denn Gott sei Dank hat sich die städtische Politik endlich von dem Thema Zersiedlung verabschiedet, und zwar zugunsten einer sinnvollen, maßvollen Nachverdichtung an Orten, wo die nötigen Infrastrukturen bereits vorhanden sind.

Mit unserem Antrag wollen wir der Liegenschaftsverwaltung nicht die Arbeit abnehmen, ein strategisches Flächenmanagement in Eigenregie zu entwickeln. Wir wollen aber einen ersten Schritt zur Erreichung dieses Ziels unternehmen, indem wir vorschlagen, dass die Stadt mit ihren Grundstücken zukünftig anders umgeht, und zwar immer dann, wenn sie aus durchaus nachvollziehbaren Gründen in eine Grünfläche eingreifen muss. Dafür gab es ja im vergangenen Jahr eine Reihe von Beispielen. Wenn sich also durch einen Eingriff der Liegenschaftswert dieser Fläche erhöht, dann soll dieser Betrag wieder für Grünflächen ausgegeben werden. Es gibt eine Reihe von Orten in dieser Stadt, wo das sinnvoll sein kann. Nehmen wir den Masterplan, das Ziel - dieses Ziel verfolgen ja alle Parteien hier -, den inneren Grüngürtel zu vollenden. Das hat auch IHK-Präsident Paul Bauwens-Adenauer als oberstes Ziel in sein Programm geschrieben.

Es gibt immer Mindernutzungen, aber wir kommen an diese Grundstücke nicht ohne weiteres heran; es sei denn, wir kaufen sie zu einem Preis, der weit über dem Grünflächenpreis liegt. Herr Sterck hat dazu auch schon einmal einen Antrag im StEA gestellt und eine ganze Reihe konkreter Beispiele genannt, wo wir innerhalb von zusammenhängenden Grünflächen einige Restgrundstücke haben, die da eigentlich nicht hingehören. Wenn wir das ernsthaft wollen, müssen wir Geld in die Hand nehmen. Wir schlagen daher vor, diesen Planungswertzuwachs dafür zu nutzen, um das auszugleichen.

Ich möchte aber auch sagen, dass das nur ein erster Schritt hin zu einem strategischen Flächenmanagement sein kann. Ich würde mir wünschen, dass uns die Liegenschaftsverwaltung bald etwas dazu vorlegt. Natürlich gehören zu einem Flächenmanagement ein Monitoring und eine Berichtspflicht, damit wir als Stadt Köln in ein paar Jahren sagen können: Wir haben unseren Flächenverbrauch in der Stadt um soundso viel Prozent reduziert, und: Wir sind auf dem

richtigen Weg, das Ziel der Bundesregierung bis 2020 zu erreichen. Ich bitte um Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Jetzt spricht Herr Waschek.

Johannes Waschek (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ob Gemeinden, Städte, Länder oder Staaten - alle haben das gleiche Problem: Die Flächen für ihren Bedarf an Wohnungen, Gewerbe, Verkehr und Grün sind begrenzt und endlich. Noch in jüngerer Zeit gab es leider selbst in Europa noch kriegerische Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Frage: Wer darf wo wie leben?

Das ist in Köln selbstverständlich anders. Aber auch die Stadt Köln muss mit den ihr zur Verfügung stehenden Grundstücksflächen sorgfältig umgehen. Köln ist Gott sei Dank eine wachsende Stadt mit deshalb wachsenden Flächenansprüchen. Die zur Verfügung stehende Grundfläche von circa 40 516 Hektar wird bereits heute zu 50,1 Prozent baulich beziehungsweise als Verkehrsfläche genutzt. Ein nachhaltiger Umgang mit der knappen Ressource Fläche ist also unbedingt angeraten.

Zum nachhaltigen Umgang gehört für mich und meine Fraktion, dass die Innenentwicklung erste Priorität hat. In diesem Sinne sind generell alle Möglichkeiten einer maßvollen Nachverdichtung für Wohnen und Gewerbe zu nutzen. Wir müssen bei den Bürgerinnen und Bürgern mit allem Nachdruck um Verständnis für diese Position werben, die auch die Wiedernutzung brachgefallener und mindergenutzter Flächen sowie ehemals militärisch genutzter Flächen miteinschließt.

Meine Damen und Herren, zum nachhaltigen Umgang mit der knappen Ressource Fläche gehört auch die Erhaltung und die Weiterentwicklung bestehender Grünflächen sowie deren Vernetzung zu städtischen Erholungs- und Bewegungsräumen für alle Kölnerinnen und Kölner. Wie schwer das ist, sehen wir an der Verwirklichung des südlichen Teils des Äußeren Grüngürtels, der einen Anschluss an den Rhein erhalten soll. Was haben wir gemeinsam im Stadtentwicklungsausschuss um jeden Quadratmeter Fläche gerungen, um dieses Ziel

zu realisieren! Und jetzt stehen wir wieder vor der Frage: Was können wir erreichen, wenn die Fachhochschule in dieses Gebiet verlegt werden sollte?

Der vorliegende Antrag setzt an dieser Stelle an. Wir möchten die Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke, die von Grünflächen in Flächen für Gewerbe beziehungsweise Wohnen umgewandelt werden, zum Erwerb von Flächen verwenden, die zur Herstellung und Vervollständigung von Grünvernetzungen und Grünzügen im Stadtgebiet notwendig sind. Dazu soll ein eigener Haushaltsansatz Grünflächen gebildet werden. Zwei prominente Flächen haben wir in diesem Jahr bereits angekauft, die diesem Anspruch genügen: eine Fläche in Mülheim zum Ausbau des Grünzugs Charlier und das Rennbahngelände,

(Lachen von Karl Klipper [CDU])

Letzteres gegen den Widerstand - meine Damen und Herren, hören Sie gut zu - der CDU, auch wenn der Herr Oberbürgermeister dann der Erste war, der als Retter des Rennbahnvereins aufgetreten ist.

(Jochen Ott (SPD): Das kennen wir ja schon!)

Diese beiden Ankäufe sollen keine Einzelfälle bleiben. An vielen Stellen in dieser Stadt gibt es Handlungsbedarf. Das Büro Albert Speer & Partner hat allein für die Innenstadt ein Grünpotenzial von 28 Hektar ermittelt.

Ziel der Antragsteller ist es, einen angemessenen Ausgleich für die in einer wachsenden Großstadt manchmal unausweichlichen Eingriffe in die Freiflächen und den Außenbereich der Stadt zu schaffen. Dazu dient dieser Antrag. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Waschek. - Für die CDU-Fraktion Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit den Zielen, die Sie eben genannt haben, stimmen wir alle überein. Wir brauchen mehr Grün; wir brauchen

mehr gestaltetes Grün; wir brauchen mehr Verbindungen. Aber: Ich glaube, dass dieser Antrag nicht zielführend ist.

Ich möchte Ihnen einmal die Situation darstellen, mit der sich der Liegenschaftsausschuss derzeit beschäftigt. Dem Liegenschaftsdezernat wurden Mittel in Höhe von 62 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, von denen in diesem Jahr für den Ankauf 20 Millionen Euro abgerufen worden sind, sodass ein disponibles Volumen von rund gerechnet 39 Millionen Euro übrig bleibt. Diese 39 Millionen Euro sind noch nicht ausgegeben. Der Verkauf betrug 35 Millionen Euro, und man hatte 40 Millionen Euro.

Das Problem ist nicht, dass wir ein strategisches Flächenmanagement haben müssten. Das Problem besteht vielmehr darin, dass wir das Geld ganz bewusst einsetzen müssen, um Grundstücke aufzukaufen. Die Grundstücke müssen nicht nur dann bezahlt werden, wenn es um Grünflächen geht, sondern auch, wenn private Investoren und private Eigentümer höhere Preise verlangen. Ich darf Sie an die beiden Grundstücke im Zusammenhang mit Charlier erinnern. Warum wird der Ankauf nicht vervollständigt? Weil sich die beiden Grundstücke in Privatvermögen befinden und sie von den Eigentümern nicht zum Grünflächenpreis verkauft werden. Dann müssen für die eben höhere Preise bezahlt werden. Es ist unser Ansatz, dass die Verwaltung, die ein Grundstück kaufen will, dem Liegenschaftsdezernenten den Auftrag, dieses Grundstück zu erwerben, gibt, und er dann eben, wenn er es nicht zum Grünflächenpreis kaufen kann - dann dauert das noch 20 Jahre -, einen höheren Preis bezahlt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja Inhalt des Antrags!)

- Das steht hier nicht drin.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Sie sagen lediglich, dass Sie die Erlöse nutzen wollen, Frau Moritz. Wir möchten etwas anderes. Wir wollen, dass, wenn der Stadtbaudezernent ein Grundstück braucht, um Grünflächen zu komplettieren oder um zusätzliche Grünflächen auszuweisen, er diesen Auftrag an den Liegenschaftsdezernenten weitergeben kann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der hat das dann zu tun!)

- Ja, genau -. Dieser hat dann das Grundstück zu kaufen und darf nicht auf dem Geld sitzen bleiben. Deswegen greift - ich sage es noch einmal - Ihr Antrag nicht weit genug. Wir hätten diese Grundstücke längst kaufen können.

Wir hätten damals auch die Grünzüge kaufen können. Wenn es heute im Zusammenhang mit der Fachhochschule und dem Pharmazieunternehmen kein Problem war, die Ankaufsverhandlungen innerhalb von zwei Monaten zu einem Ergebnis zu führen, dann kann es doch auch bei anderen Flächen wie der Mauritius-Garage, dem Bauhof oder anderen kein Problem sein, diese Grundstücke aufzukaufen, um etwas darauf umzusetzen.

Deswegen müsste der Antrag mehr beinhalten, nämlich dass die Verwaltung aufgefordert wird, an das Liegenschaftsdezernat die Forderung zu stellen, die Grundstücke aufzukaufen. Dafür braucht man keinen Plan, sondern dafür muss einfach nur dieser Antrag gestellt werden. Denn aus dem Liegenschaftsausschuss habe ich gehört, dass bisher kein einziger Antrag, den der Stadtbaudezernent gestellt hat, abgelehnt und nicht umgesetzt worden sei. Das kann nach meiner Auffassung nicht stimmen; denn dann wären wir in dem Entwicklungsgebiet Südliche Innenstadt schon erheblich weiter. Deshalb werden wir Ihrem Antrag, der uns nicht weiterführt, in dieser Form nicht zustimmen; denn das alles haben wir schon.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Klipper. - Herr Sterck für die FDP, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte dem Kollegen Klipper gerade signalisiert, dass ich sehr offen in diese Debatte gehe. Jeder Redner hatte die Chance, seine Argumente einzubringen. Wir bringen diesem Antrag schon eine gewisse Sympathie entgegen. Das Argument, das Herr Klipper genannt hat, nämlich dass 39 Millionen Euro noch nicht angetastet worden sind, fand ich schon nachdenkenswert, Herr Liegenschaftsdezernent, auch wenn mein Liegenschaftspolitiker mir gerade zugeflüstert hat, dass es gar nicht mehr so viel Geld sei, weil die festen Beträge für das große Grundstück der Messe zum Beispiel oder auch - was war das Zweite? -

(Zuruf: Rennbahn!)

die Rennbahnbebauung noch nicht eingerechnet worden seien. Von daher wäre ich Ihnen dankbar, Herr Walter-Borjans, wenn Sie hier einmal darstellen könnten, ob das wirklich so ist.

Dieses Instrument einzusetzen, kann durchaus sinnvoll sein, wenn - das hat Karl Klipper richtig festgestellt - ein wichtiges Schlüsselgrundstück anscheinend seit mehreren Jahren auf dem Markt war, nämlich die Dombrauerei. Dafür brauchen wir keinen Masterplan. Wir haben im StEA darüber gesprochen und jeder hat gesagt: Dort müsste irgendwann einmal der Grüngürtel zum Rhein durchgeführt werden. Die Dombrauerei hat das Grundstück erst an den Investor der Domgärten verkauft und jetzt - ich verrate hier kein Geheimnis; wir sind ja im öffentlichen Teil - an Bauwens-Adenauer und den BLB und möglicherweise noch an andere. Die Liegenschaftsverwaltung hat es anscheinend verschlafen, sich solche für das Grünnetz in Köln wichtigen Grundstücke zu sichern.

In Köln kann es mehr Grünflächen geben; da bin ich ganz sicher. Das zeigt ja auch der Masterplan. Kollege Waschek hat gerade erwähnt, dass 28 Hektar zusätzlich an Grünflächen geschaffen werden können. Von daher glaube ich, dass das ein erstes Instrument sein kann, um die Ziele des Masterplans umsetzen zu können. Das sollte aber nicht nur für den Bereich Innenstadt gelten, sondern auch darüber hinausgehen. Wir werden von der Verwaltung hoffentlich Anfang 2009 weitere Vorschläge bekommen, wie wir die Ziele des Masterplans umsetzen können.

Es geht natürlich auch um die Umsetzung der städtebaulichen Vorschläge. Man könnte beispielsweise darüber nachdenken, ob man einen entsprechenden Fonds im Liegenschaftsetat bildet, um städtebauliche Entwicklungen nach vorne zu bringen, die zwar unrentierlich, aber eine Investition ins Stadtbild sind. Ich denke dabei an das Wehmeyer-Haus - das Kommerz Hotel darf man hier, glaube ich, nicht mehr erwähnen -, von dessen Grundstück alle sagen, man hätte hier gerne einen Durchbruch von der Schildergasse zum Offenbachplatz. Das ist mit rentierlichen Flächen natürlich nicht zu realisieren, aber für das Stadtbild wäre das schon wichtig. Über solche Dinge sollte man einmal nachdenken.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Man sollte gar nicht darüber reden!)

- Kollegin Moritz hat zu Beginn Ihrer Rede gesagt: Ja, eigentlich gibt es schon eine Beschlusslage dazu. - Ich bin immer sehr skeptisch, wenn man bestehenden Beschlüssen des Rates immer wieder neue hinterher schiebt

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist nicht identisch!)

und hofft, dass die Verwaltung, wenn sie schon den ersten Beschluss nicht umgesetzt hat, dann aber den zweiten Beschluss umsetzt. Auch dazu hätte ich gerne vom Liegenschaftsdezernenten, Herrn Walter-Borjans, eine Aussage. Warum wird der erste Beschluss von Ihrem Dezernat nicht umgesetzt? Ich will nicht so weit gehen wie Kollege Frank, der eben gesagt hat, dass wir dann eben die Dezernenten abwählen müssten, wenn wir denn die Mehrheit hätten. Hier wird regelmäßig Rechenschaft darüber abgelegt, ob und wie die Beschlüsse des Rates umgesetzt werden. Diese Frage stellt sich schon: Warum ist dieser Beschluss nicht umgesetzt worden? Der Antrag, den Rot-Grün jetzt vorgelegt hat, beinhaltet wieder nur eine sehr allgemeine Aufforderung. Ich lese da einen Begriff wie „zeitnah“. Bei „zeitnah“ weiß man nie - angesichts unserer 2000-jährigen Geschichte -, wie die Verwaltung das auslegt. Deswegen wären Aussagen von Ihnen, Herr Walter-Borjans, zu folgenden Fragen wichtig: Was ist mit dem alten Beschluss? Wie schnell ist das von Ihnen zu schaffen? Was ist geplant, um die Ziele des Masterplans, aber auch Dinge, die über die Innenstadt hinausgehen, umzusetzen?

Daher muss ich sagen, Kollege Karl Klipper: Nach den Informationen, die ich aus meiner Fraktion bekommen habe, überzeugt mich deine Argumentation nicht. Gerade weil es die Verwaltung eben nicht geschafft hat, vorausschauende und nachhaltige Liegenschaftspolitik zu betreiben, indem sie diese wichtigen Grundstücke an der Altenburger Straße für uns sichert, glaube ich, dass da mehr notwendig ist. Vielleicht hilft uns das Konzept, das SPD und Grüne hier beantragt haben. Von daher wird unsere Fraktion dem Antrag zustimmen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Ich bin begeistert)

- Da kannst du mal sehen: Von der FDP hat keiner geklatscht, nur du gibst Beifall.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die grüne Fraktion, die FDP, Die Linke, pro Köln und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist er mit großer Mehrheit so beschlossen.

Als Nächstes rufe ich Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Umwandlung des Eigenbetriebs Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine Betriebs-gmbH als Eigengesellschaft der Stadt Köln gemäß §§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW“ AN/2242/2008

Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass der Antrag schon eine sehr lebendige Diskussion in Gang gesetzt hat und auch die SPD, wie man heute lesen konnte, zum Nachdenken über gute, ja vielleicht sogar bessere Rahmenbedingungen gebracht hat. Ich freue mich aber auch - das sage ich hier unverhohlen - über den Antrag beziehungsweise die Abstimmung darüber, weil die gleich deutlich machen wird, wer eigentlich hier im Rat für eine weitere Verselbständigung der Museen ist und wer so etwas nicht möchte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich unterstreiche noch einmal: Ich habe mich immer so geäußert, dass ich für eine Verselbständigung und für eine GmbH-Lösung bin.

Den Direktor des Museums, der viel Erfahrung mit einer solchen Rechtsform hat, die wir anstreben, schätze ich sehr. Ich glaube auch, dass das WRM das richtige Haus für ein solches Projekt ist. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist ein erster Schritt, der aber nicht wirklich die Toplösung darstellt. Hinzu kommt, dass wir beim Wallraf-Richartz-Museum einen engagierten und kompetenten Unterstützerkreis haben, der, ohne große Hürden nehmen zu müssen, jedes Mal bereit ist, in deutliche Verbesserungen des Museums zu investieren. Meine Damen und Herren, Sie alle wissen das. Viele von Ihnen waren dabei, als zuletzt das neu gestaltete Foyer eingeweiht wurde. Es ist wirklich schön geworden. Wir haben dort eine völlig neue Aufenthaltsqualität bekommen, die hervorragend angenommen wird, wie Sie jeden Tag sehen können. Aber in einer anderen Rechtsform

hätten wir schon ein paar Monate früher dieses Ambiente genießen können; darum geht es an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der letzten Sitzung über den Umgang mit Mäzenen und Sponsoren gesprochen. Ich möchte hierzu nicht mehr viel sagen, aber eines ist klar: Ihr Abstimmungsverhalten beim heutigen Beschluss des Rates zeigt letztendlich, wie wir wirklich mit engagierten und großzügigen Unterstützern umgehen. Gehen wir auf sie zu! Zeigen wir ihnen, dass wir ihre Wünsche nach einer Flexibilität schaffenden Rechtsform ernst nehmen und erfüllen wollen! Oder zeigen wir wieder einmal Zurückhaltung und verstecken uns hier hinter sicherlich derzeit noch existierenden rechtlichen Bedenken?

(Beifall von Josef Müller [CDU] und
Winrich Granitzka [CDU])

Bringen Sie aber ein klares Votum, dann ist das nicht nur eine kleine Anerkennung des bisherigen Engagements des Direktors und des Stiferrates, sondern dann beinhaltet es auch Vertrauen in die Führung des Hauses. Das möchte ich nicht unerwähnt lassen. Hier geht es um ein Signal, eine politische Rückendeckung für unser Bemühen, nämlich die GmbH als Rechtsform dieses Museums zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Als ersten Redner rufe ich Herrn Dr. Lemper auf, bitte.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jeden Satz des Oberbürgermeisters kann ich voll unterstreichen. Heute ist eine gute Möglichkeit, aus einem uns bekannten sektoralen Lippenbekenntnis kollektiv und einstimmig eine vernünftige Schlussfolgerung zu ziehen.

Die Verselbständigung der Museen wird in der Tat seit acht Jahren diskutiert

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Auch
noch ein bisschen länger!)

- sogar noch ein bisschen länger - und ist in dieser Stadt Gegenstand unzähliger Diskussionen, Entscheidungen, Entschliefungen, Vertagungen, Tagungen, pseudodialektischer Tricks, Schulterklopf-

Taktiken, bei denen hinterher in rheinischer Heiterkeit das Gegenteil dessen geäußert wurde als am Verhandlungstisch ausgemacht worden war, auch in der Absicht, argumentative Dissonanzen und Widersprüchlichkeiten für alle Beteiligten zu verschleiern. Aber wenn man den Nebelschleier beiseiteschiebt - wahrscheinlich werden wir nachher wieder vernebelnde Reden hören -, kommt man zu einer ganz anderen Feststellung: In Wahrheit spielt sich nämlich in Sachen Verselbständigung der Museen und insbesondere des Wallraf-Richartz-Museums ein markantes, peinliches Muster der taktierenden Janusköpfigkeit, nicht mehr weit entfernt von politischer Unehrllichkeit, ja Verlogenheit ab - das sage ich ganz unmissverständlich in Richtung SPD.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich werde das auch belegen.

Es gibt auch eine subtil auftretende Phalanx der Verweigerungsstrategie in manchen Arbeitsebenen der Verwaltung mit einer ständig hervorgeholten Detailversessenheit, die zwar besorgt tut, aber lediglich den Zweck hat, in den sperrigen Aufbau von Verhinderungen zu investieren, anstatt die Frage zu lösen: Wie kann man die Verselbständigung des Wallraf-Richartz-Museums und die Einrichtung der gGmbH schlicht und einfach ermöglichen? Es hat sich auf diesen Arbeits- und manchmal auch Dezernatsebenen das fragwürdige Spiel breitgemacht, das Thema Wallraf-Richartz-Museum im Wesentlichen als hochjuristisches Seminarprogramm zu verstehen, manchmal im Austausch gegen den gesunden Menschenverstand.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Vielfach geht es nach der Palströmschen Logik: Was nicht sein kann, was nicht sein darf.

Die CDU und der Oberbürgermeister wollen ein System neuer Selbständigkeit unserer Museen mit verschiedenen pluralen Formen, und zwar im Einklang mit deren Leitungen.

(Beifall bei der CDU)

Wir, die CDU, und der Oberbürgermeister wollen im konkreten Fall eine Rechtsform der GmbH für das Wallraf-Richartz-Museum als erstes ernsthaftes Pilotprojekt, das auch ermöglicht, Mäzenatentum und bürgerschaftliches Engagement mit der Verantwortung, die diese Stadt für die Museen hat, vernünftig zu

verbinden. Möglicherweise werden wir in die Situation geraten, wo uns die nicht unerhebliche Einschränkung finanzieller Ressourcen ohnehin zu ganz anderen Schlussfolgerungen führt.

Ich stelle fest: Die SPD ist im Zusammenhang mit der Verselbständigung des Wallraf-Richartz-Museums in ihren Reden zwar sehr inbrünstig dafür, aber sie will es nicht. Ich zitiere aus dem ausdrücklich mit der Politik abgestimmten Protokoll der Verhandlungskommission des Stifterrates.

(Zuruf: Herr Lemper, das ist aber nichtöffentlich!)

Herr Börschel spricht von einem hochinteressanten Modell - gemeint ist das des Wallraf-Richartz-Museums - auch angesichts der langen Tradition bürgerschaftlichen Engagements in Köln. Er plädiert dafür, die Vorteile einer veränderten Betriebsform klar herauszustellen, besonders unter finanziellen und museal-fachlichen Aspekten. Herr Börschel wirft die Frage auf, inwieweit die vorgeschlagene Betriebsform mit der Gemeindeordnung konform geht. Kämmerer Soénius erklärt und bestätigt ausdrücklich, dass das Modell kommunalverfassungsrechtlich zulässig sei. Ich zitiere aus dem Protokoll des Stifterrates vom 13.07.2004

(Zuruf von Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD])

- ja, solange diskutieren wir das -: Der Kämmerer erklärt, dass er sich für dieses vorgesehene Modell des Stifterrates ausdrücklich einsetze.

Es gibt ein weiteres Protokoll des Stifterrates vom 9. Mai 2004: SPD, CDU und FDP erklären, dass sie im Grundsatz einverstanden sind mit einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung des Stifterrates an der städtischen Tochter-GmbH.

Meine Damen und Herren, ich könnte hier noch mehr Bekenntnisse vortragen, will aber dazu nur Folgendes sagen: Wir haben nunmehr vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen die eindeutige Zustimmung erhalten, das Wallraf-Richartz-Museum als eine selbständige GmbH einzuführen. Der Innenminister hat erklärt: Eine Entscheidung des Rates kann den Ausschlag dafür geben, dass eine Zustimmung des Landes sowie der Bezirksregierung für die Einrichtung einer solchen gGmbH möglich ist. Deswegen kann ich nur sagen: Die rechtlichen Dinge spielen im Moment überhaupt keine Rolle. Zunächst einmal muss der Rat in seiner Mehrheit

eine solche positive Entscheidung treffen. Mit einer solchen positiven Entscheidung sind wir dann auch in der Lage, diese Verselbständigung zu ermöglichen. Das haben wir heute in der Hand.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Herr Repgen für die FDP.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Langsam macht sich hier vorweihnachtliche Stimmung breit. Man könnte meinen, dass alles gut ist. Denn wir haben doch seit dem 01.07. eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Was wollen wir mehr? - Nein, meine Damen und Herren, auch hier gilt: Köln kann mehr.

Kollege Lemper hat hier schon einige sehr hilfreiche Zitate vorgetragen, die ich noch um einige Ereignisse in Chronologie anreichern möchte. Die sind für jeden hier auch nachprüfbar.

Wir haben am 20.09.2005 hier im Rat einen Beschluss mit sehr großer Mehrheit, auch mit den Stimmen der SPD, gefasst, mit dem der Rat seinen Willen bekundet hat, dem Wallraf-Richartz-Museum eine andere Rechtsform, nämlich die der gGmbH, zu geben. Danach passierte lange Zeit nichts. Erst am 19.02.2008 teilte der Kulturdezernent in einer Kulturausschusssitzung mit, dass die vorgesehene Ausgründung auf rechtliche Bedenken der Kämmererei und der Bezirksregierung stoße. In der Sitzung des Kulturausschusses am 08.04.2008 legte die Verwaltung dann eine Synopse vor, die eine Gegenüberstellung der verschiedenen möglichen Rechtsformen enthielt, und gab die lapidare Begründung, ein wichtiges Interesse, das notwendig wäre, sei hier nicht gegeben.

Zum Thema dieses wichtigen Interesses gab es einen Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium, Herrn Palmen, vom 07.10.2006 an den Kulturausschussvorsitzenden. In einem weiteren Brief des Staatssekretärs vom 17.10.2008 bekräftigte er erneut, es sei lediglich erforderlich, der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde die Gründe für eine Umwandlung in plausibler und nachvollziehbarer Form darzulegen; denn von

der Bezirksregierung könne nur das beurteilt werden, was auch angezeigt werde.

Nun hat es aber keine Anzeige einer beabsichtigten Gründung einer Museums-GmbH seitens der Stadt Köln gegeben. Meine Damen und Herren, das finde ich vor dem Hintergrund des Beschlusses, den wir hier am 20.09.2005 gefasst haben, bedenklich. Der Rat - ich sage es noch einmal - hat mit großer Mehrheit seinen Willen bekundet, eine gGmbH für das Wallraf-Richartz-Museum zu gründen. Der Beschluss vom 20.09.2005 enthielt auch die Aufforderung: Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausgründung vorzubereiten. - Dazu hätte im ersten Schritt die Anzeige bei der Bezirksregierung gehört.

(Beifall bei der FDP)

Bis heute hat es keine stichhaltige juristische Begründung für die Haltung der Verwaltung gegeben, zumal - der Oberbürgermeister hat dankenswerterweise am Anfang sinngemäß darauf hingewiesen - die Hürden für die Darlegung eines wichtigen Interesses im Sinne von § 108 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 2 der Gemeindeordnung NRW nicht unüberwindbar hoch sind.

Die Kollegen der SPD möchte ich darauf hinweisen, dass ein wichtiges Interesse anders zu beurteilen ist als ein wichtiger Grund. Heute wurde ja in der Zeitung kolportiert, es gäbe keinen wichtigen Grund und deswegen könnten Sie das nicht machen. - Ein wichtiger Grund ist etwas anderes als ein wichtiges Interesse, meine lieben Kollegen.

Was muss jetzt passieren? Die Bezirksregierung kann nur im Rahmen einer Plausibilitätskontrolle hierzu Stellung nehmen. Das heißt, die Stadt muss die Gründe in plausibler und nachvollziehbarer Form gegenüber der Bezirksregierung als Kommunalaufsichtsbehörde darlegen. Interessant ist - das für alle am Rande -, dass mehrere Kommunen in Nordrhein-Westfalen schon Museen in der Rechtsform der gGmbH betreiben. Insofern wäre auch zu erklären, warum das hier juristisch nicht möglich sein soll. Vielleicht gibt es ja ein Sonderrecht für Köln. Das wissen wir nicht. Wenn dem so sein sollte, möchten wir das zumindest dargelegt bekommen.

Auch der Stifterrat hat mehrfach darauf hingewiesen, dass er auch dann bereit ist, das Wallraf-Richartz-Museum mit einem jährlichen Zuschuss von 200 000 Euro zu unterstützen, wenn es eine hundertprozentige Tochter der

Stadt Köln ist. Wir sind ja schon über die Diskussion zu den Varianten 51-prozentige, 49-prozentige oder 100-prozentige Tochter hinaus; das Thema haben wir schon abgearbeitet. Ich sage das an die Adresse der Grünen, die in ihrem Änderungsantrag am 20.09.2005 gefordert hatten, dass sie die Variante der 100-prozentigen Tochter wollen: Es besteht für Sie also heute kein Hindernis, unserem Antrag zuzustimmen. Im Lichte des Beschlusses vom 20.09.2005 - noch einmal: jährlicher Zuschuss von 200 000 Euro seitens des Stifterrates - sind seit 2005 im Prinzip schon summa summarum 800 000 Euro am Wallraf-Richartz-Museum vorbeigegangen.

Damit wären wir wieder beim Thema - der Oberbürgermeister hat es am Anfang schon genannt - des Umgangs der Stadt Köln mit Stiftern und Mäzenen. Inzwischen haben sich alle kulturpolitischen Sprecher, auch Herr Dr. Bögner, im Rahmen der Veranstaltung zur Neugestaltung der Eingangshalle des Wallraf-Richartz-Museums dafür ausgesprochen. Jetzt ist es also an der Zeit diese Frage, so sie denn tatsächlich juristisch strittig sein sollte - der Nachweis fehlt hier; ich sagte es schon -, endlich zu klären. Unseres Erachtens ginge das wie folgt - wir können es ja mal eskalieren lassen -: Wir beschließen das heute mit Mehrheit, auch mit den Stimmen der SPD. Der Oberbürgermeister müsste das, wenn er denn der Meinung ist, das sei juristisch nicht in Ordnung, beanstanden - das, was er eingangs heute gesagt hat, spricht dagegen. Wenn der Rat daraufhin bei seinem Beschluss bliebe, dann müsste das letztendlich die Kommunalaufsichtsbehörde klären. Es wäre sehr hilfreich, wenn das endlich passieren würde. Dann wären wir nämlich an dieser Stelle einen Schritt weiter. Deswegen bitte ich darum, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. - Jetzt spricht für die SPD Herr Professor Dr. Bögner.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Oberbürgermeister! Bevor ich das Wort ergreife, würde ich gerne, da wir hier ja von ganz unterschiedlichen Rechtspositionen hören, den Beteiligungsdezernenten dieser Stadt um eine Stellungnahme bitten; denn mir liegt ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses vom 10. November dieses

Jahres vor. Dort hat der Ausschussvorsitzende den von mir jetzt um eine Stellungnahme gebeten Stadtkämmerer und Beteiligungsdezernenten in diesem Sachverhalt um eine Aufklärung gebeten. Das Fazit dieser Auskunft im Finanzausschuss lautete: keine neue Rechtslage. - Ich würde jetzt gerne hören, was Herr Soénius heute dazu sagt.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das ist doch uninteressant! – Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]: Ich will das jetzt hören! - Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das kennen wir doch schon seit sechs Jahren!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Stadtkämmerer, haben Sie dazu im Moment eine Stellungnahme abzugeben?

Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Ich habe jederzeit eine Stellungnahme, wenn ich darum gebeten werde. - Lassen Sie mich aber zunächst einmal meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, dass hier privatschriftliche Korrespondenz eines Staatssekretärs behandelt wird.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Was?)

Ich hätte erwarten können, dass der Staatssekretär die Bezirksregierung anschreibt, wenn er weiß, wie die Bezirksregierung - -

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist doch keine privatschriftliche Korrespondenz!)

- Entschuldigen Sie bitte; lassen Sie mich einmal ein Wort dazu sagen. Das ist doch etwas merkwürdig; denn der Staatssekretär weiß ja offensichtlich um die Rechtsansicht der Bezirksregierung. Ich hätte erwartet, dass man das zunächst einmal im landesbehördeninternen Verkehr regelt.

(Karsten Möring [CDU]: Schreiben Sie ihm das doch einmal!)

- Nein, das schreibe ich ihm nicht. Das habe ich nicht nötig.

Kurz und knapp: Es gibt keinerlei Änderung der Situation. Wir haben mit der Bezirksregierung - wie man das eben tut, wenn man sich nicht bewusst eine Ablehnung einfangen will - Kontakt gehabt. Wir haben diesen Kasus in

ausreichender Tiefe erörtert. Dabei ist die Rechtsansicht der Bezirksregierung geäußert worden. Ich sehe auch überhaupt keinen Anlass dafür, dass diese sich geändert haben sollte.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Nach Auffassung der Bezirksregierung ist das Erfordernis des „wichtigen Interesses“ hier nicht erfüllt. Das ist ja nicht eine Ausführung von mir. Verstehen Sie?

(Zuruf von Josef Müller [CDU])

Sie müssen Folgendes bedenken: Wenn sich jemand hier maßgeblich für die Verselbstständigung dieses Museums eingesetzt hat, dann war das - das nehme ich für mich in Anspruch - der Beteiligungsdezernent. Ich bin in dieser Angelegenheit ja völlig unverdächtig.

Ich muss aber zur Kenntnis nehmen, dass hier eine Rechtsansicht der Kommunalaufsicht besteht, die mir mit einiger Sicherheit entgegengehalten werden wird. Daran muss ich mein Verhalten natürlich ausrichten. Das tut mir auch leid. Die Kommunalaufsicht hat an dieser Stelle Rechte, und die Kommune hat Pflichten, die ich zu beachten habe. So einfach ist das.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Kämmerer, darf ich noch je eine Frage von Herrn Dr. Lemper und von Herrn Sterck an Sie richten lassen? - Bitte.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Kämmerer, Ihnen ist doch sicherlich zum Beispiel die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 2. November 2006 bekannt. Zu Ihrer Erinnerung darf ich daraus zitieren. Dort heißt es:

Museumsreferent Fischer weist darauf hin, dass aufgrund der negativen Tendenz des Schreibens Nachverhandlungen mit der Bezirksregierung mit einem positiven Ergebnis geführt worden seien.

... Weiterhin führt er aus, dass die Bezirksregierung ihr erstes Schreiben auf die Unterlagen gestützt habe, die ihr seitens der Kämmerei zur Verfügung gestellt worden seien.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Durch Zutun der Kulturverwaltung konnte die daraus resultierende negative Haltung positiv geändert werden.

(Zurufe von der CDU und der FDP:
Aha!)

Zweitens darf ich Ihnen etwas aus einer von Herrn Quander unterzeichneten „Unterlage zur Sitzung“ vorlesen. Bitte nehmen Sie nur folgenden Satz zur Kenntnis - ich zitiere, Herr Oberbürgermeister -:

Die Finanzverwaltung hat im internen Schriftverkehr mit der Kulturverwaltung die Vorteile der Umwandlung der Betriebsform in Zweifel gezogen. Diese an die Öffentlichkeit gelangte Äußerung der Finanzverwaltung zeigt lediglich einen argumentativen Ausschnitt aus einer verwaltungsinternen Diskussion.

Danke schön.

(Jochen Ott [SPD]: Was war jetzt die Frage?)

- Die Frage hat er schon verstanden. Sie lautet, wieso es innerhalb der Verwaltung zu sehr unterschiedlichen Auffassungen kommt und weshalb der Kämmerer ganz im Gegensatz zu dem Kulturdezernat immer zu einer negativen Beurteilung der Möglichkeit der Verselbstständigung der Museen gekommen ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wir nehmen die Frage von Herrn Sterck noch dazu.

Ralph Sterck (FDP): Herr Kämmerer, ich möchte das aufgreifen, was Herr Reppen zum Schluss gesagt hat. Sie haben ja dargestellt, dass es hier möglicherweise unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt. Das ist auch nichts Ungewöhnliches - zwei Juristen, drei Meinungen. Hier liegen auf verschiedenen Ebenen solche unterschiedliche Rechtsauffassungen vor. Deswegen hat Herr Reppen vorgeschlagen, doch diesen Beschluss zu fassen, um die Sache einmal auf einen offiziellen Weg zu bringen.

Dann brauchen Sie diese Frage auch nicht unter der Hand und mit Briefwechsel - weder mit dem Staatssekretär noch mit der Bezirksregierung - zu klären; denn dann gibt es einen offiziellen Beschluss. Von den Gremien, die damit nicht einverstanden sind, kann dieser Beschluss

beanstandet werden. Dann bekommen wir das Ganze rechtlich geklärt und sind am Ende beim Innenminister.

Sind Sie nicht mit Herrn Reppen der Auffassung, dass es sinnvoll ist, zur Klärung dieser rechtlichen Frage genau den von mir gerade geschilderten Weg einzuschlagen und heute diesen Beschluss zu fassen?

(Beifall bei der FDP und der CDU -
Winrich Granitzka [CDU]: Ganz genau!
Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Stadtkämmerer noch einmal, bitte.

Stadtkämmerer Peter Michael Soénus: Erstens. Lassen Sie mich zur absoluten Klarstellung Folgendes versichern: Wenn Sie mich hier im Rat etwas fragen, dann erfahren Sie von mir die Meinung des Finanzdezernenten. Die Einheitlichkeit der Verwaltungsmeinung herzustellen, ist nicht meine Aufgabe. Danach müssen Sie mich nicht fragen. Sie haben hier die Antwort des Finanzdezernenten bekommen.

Zweitens. Herr Sterck, Sie können als Rat alles beschließen.

(Josef Müller [CDU]: Natürlich!)

Entweder bekommen Sie eine Mehrheit für Ihre Anträge oder nicht, und entweder ist das beanstandenswert oder nicht. Sie können hier beschließen, was Sie wollen. Ich bin nicht derjenige, der Sie daran hindern wird.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich habe ja etwas anderes gefragt! - Weiterer Zuruf von der FDP: Frage nicht beantwortet!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt ist Herr Dr. Bögner an der Reihe.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang meiner Ausführungen in dieser Debatte einmal fragen: Wer ist hier denn eigentlich Verwaltung? Der Oberbürgermeister schafft es mit Bravour, immer entweder Verwaltung oder nicht Verwaltung zu sein - je nachdem, wie es ihm gerade passt.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, nein, nein!)

Das ist weiß Gott ein Kunststück.

Meine Damen und Herren, vor dem Beschluss, den wir am 24. April 2008 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung gefasst haben, haben der Oberbürgermeister und der Kulturbeigeordnete dem Vorstand des Stifterrates in einem Privatissimum lang und breit erklärt, warum juristisch zu diesem Zeitpunkt keine GmbH möglich ist.

(Josef Müller [CDU]: Zu diesem Zeitpunkt!)

Dann kamen sie mit den ehrwürdigen Herren des Vorstandes heraus wie die Eltern aus dem Schlafzimmer und erzählten uns Damen und Herren des restlichen Stifterrates und der Kulturpolitik,

(Josef Müller [CDU]: Alt?)

dass das alles nicht gehe und dass man sich jetzt geeinigt habe, in eine dreijährige Pilotphase des Eigenbetriebes einzusteigen.

(Jochen Ott [SPD]: Aha!)

Meine Damen und Herren, diesen Beschluss haben wir in diesem Rat am 24. April 2008 auch mit den Stimmen der CDU und der FDP einstimmig gefasst. Das ist gerade einmal ein halbes Jahr her.

Jetzt kommen Sie hier wie Phönix aus der Asche daher und bringen in den ganzen Prozess wieder die Unruhe hinein, indem Sie die alten Kamellen von damals auspacken und heute eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, die gerade einmal angefangen hat zu arbeiten, wieder infrage stellen. Wir haben im Moment noch keinen verabschiedeten Wirtschaftsplan. Wir haben noch keine Eröffnungsbilanz. Alle diese Dinge müssen erst einmal erarbeitet werden. Und dann kommen Sie um die Ecke und wollen die GmbH einführen, die wir noch im April dieses Jahres erst einmal für die Pilotphase des Eigenbetriebes einvernehmlich hintangestellt haben.

Meine Damen und Herren, Herr Sterck hat vorhin in anderem Zusammenhang die interessante Aussage getroffen, wir könnten bestehende Beschlüsse doch nicht permanent immer wieder hin- und herschieben.

(Ralph Sterck [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Herr Sterck, vor einigen Monaten haben wir das Thema Eigenbetrieb auf den Weg gebracht. Da ist noch überhaupt keine Fahrt aufgenommen worden. Es gibt gar keine Erfahrungswerte.

(Ralph Sterck [FDP]: Dann sagen Sie dem Stifterrat doch nicht ständig, dass Sie es wollen! Sie wollen es doch nicht!)

- Nein, das sagen wir nicht. Herr Sterck, wir haben in der Sitzung mit dem Stifterrat genau dieses Verfahren besprochen und haben gesagt:

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:
Nein, das haben wir nicht gemacht!)

Nach dieser Pilotphase werden wir schauen, ob unser Ziel erreicht ist, nämlich - und da sind wir überhaupt nicht auseinander, Herr Lemper - eine Verselbstständigung und größtmögliche Freiheit für die Museen.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:
Nein, das haben wir nicht gesagt!)

Herr Lemper, ich schätze Sie ja sehr; das wissen Sie. Aber was soll ich davon halten, dass Sie Aussagen meines Fraktionsvorsitzenden aus Protokollen von internen Sitzungen zitieren, bei denen es um einen ganz anderen Sachverhalt ging? In der Sitzung am 30. April 2004, aus der Sie zitiert haben, ging es um das Ausschreibungsverfahren einer GmbH - 49 Prozent Stifterrat, 51 Prozent Stadt Köln.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Ausschreibungsverfahren haben wir hier gemeinsam mit der CDU auf den Weg gebracht. Letztendlich ist das Ausschreibungsverfahren gescheitert. Und woran? Nicht an der Stadt, sondern daran, dass sich letztlich auf die Ausschreibung niemand, auch nicht der Stifterrat, beworben hat.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Dieses Modell - da muss ich jetzt auch den Beteiligungsdezernenten in Schutz nehmen - hat gerade Herr Soénius damals verteidigt, wie aus dem von Ihnen zitierten Protokoll auch hervorgeht; denn - und das ist der juristische Punkt - in dem Moment, in dem Sie zwei Gesellschafter haben - entweder zwei Städte wie bei der Deutschen Oper Düsseldorf-Duisburg oder eine städtische Beteiligung und eine private Beteiligung wie in diesem Fall -, besteht kommunalrechtlich überhaupt kein Grund für

eine Ablehnung, weil dann das sogenannte „wichtige Interesse“ vorhanden ist.

In dem Moment, in dem Sie eine zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt stehende GmbH einrichten, müssen Sie nachweisen, dass Sie die entsprechende Aufgabe innerhalb der Stadtverwaltung nicht sinnvoll lösen können und auch nicht wirtschaftlicher lösen können.

Meine Damen und Herren, innerhalb der dreijährigen Pilotphase sind wir in der Lage, diesen Nachweis - entweder positiv oder negativ - zu erbringen.

Ich sage Ihnen heute an dieser Stelle - das steht dann auch im Protokoll, Herr Sterck, und ist insofern richtig zitierbar -: Wenn wir nach dieser Pilotphase feststellen, dass wir das Ziel nicht erreicht haben, ist das Thema GmbH für uns nicht vom Tisch; dann diskutieren wir es ernsthaft neu.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Sie haben aber etwas anderes gesagt! Stifterratt!)

Wir können aber nicht einige Monate später alle unsere Beschlüsse über den Haufen werfen. Wir waren am 20. April dieses Jahres weiter, als wir heute sind, Herr Lemper.

(Beifall bei der SPD - Ralph Sterck [FDP]: Das Schöne ist, dass wir jetzt ein Protokoll haben, das wir auch dem Stifterratt geben können!)

- Ja. Das kann ich gerne sagen. Es gibt übrigens ein Schreiben - -

(Ralph Sterck [FDP]: Dann ist es mit der Doppelzüngigkeit vorbei!)

- Es gibt keine Doppelzüngigkeit, überhaupt keine.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister, darf ich Herrn Kollegen Bögner aufklären, dass ich aus dem Protokoll einer Sitzung zitiert habe, an der weder er noch ich überhaupt teilgenommen haben? Deswegen hat die Ausschreibung auch gar nicht Gegenstand sein können. Ich habe Herrn Kollegen Börschel richtig zitiert, wie ich das eben getan habe. Das bezog sich genau nicht auf diese Ausschreibung, sondern auf ein schon im Jahre 2004 vom Stifterratt vorgelegtes Verselbstständigungsmodell im Zuge der gGmbH. Zu diesem neuen Anforderungsprofil hat

Herr Börschel seine sehr positive, umfassende und den Stifterratt besonders bewegende und motivierende Stellungnahme abgegeben. - Punkt eins.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Sie haben aus dem Protokoll vom 30. April 2004 zitiert, ja?

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Dort ging es gar nicht um die Ausschreibung. Das war nämlich erst in der jetzigen Wahlperiode.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Nein, überhaupt nicht.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Doch. Schauen Sie sich das an.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Ich kann es Ihnen zeigen. Ich habe es hier.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Zweitens. Herr Kollege Bögner, Sie erinnern sich sicherlich noch an die letzte Sitzung des Stifterrattes aus diesem Jahr, deren genaues Datum ich jetzt nicht präsent habe, in der Sie und ich und die FDP gegenüber dem Stifterratt und gegenüber dem Vorsitzenden des Stifterrattes erklärt haben, dass wir, wenn das rechtlich möglich sei, für eine gGmbH seien.

Drittens. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die Einrichtung eines Eigenbetriebes beim Wallraf-Richartz-Museum nicht als Alternative für die Einrichtung einer gGmbH gedacht worden ist, sondern aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nolens volens die einzige Möglichkeit war, beim Wallraf-Richartz-Museum eine mindestens annähernd eigenbetriebliche Struktur zu schaffen, nachdem Sie die gGmbH abgelehnt haben?

Viertens. Würden Sie noch einmal das zur Kenntnis nehmen, was Herr Repgen hier vorgeschlagen hat und was sich logischerweise aus dem Briefwechsel - der kein Privatbriefwechsel ist, sondern ein Briefwechsel des Staatssekretärs mit einem engagierten Bürger, Herr Kämmerer; darauf habe ich auch einen Anspruch - ergibt? Danach ist nämlich die Möglichkeit gegeben, durch einen mehrheitlichen Beschluss des Rates die Bezirksregierung zur

Prüfung der Möglichkeit einer gGmbH zu veranlassen. Wenn es in der Tat rechtliche Bedenken aus der Verwaltung gibt, hat der Oberbürgermeister nach der Gemeindeordnung die Möglichkeit, einen solchen Beschluss anzuhalten. Gleichzeitig kann der Rat sich über die Anhaltung des Beschlusses durch den Oberbürgermeister hinwegsetzen. Dann haben wir die wunderbare Möglichkeit, genau auf Ihre rechtlichen Bedenken konzentriert das Ganze einmal sauber überprüfen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es wird auch Zeit, dass es endlich einmal überprüft wird. Bisher überprüfen wir nämlich überhaupt nicht, sondern erklären ständig, es gebe rechtliche Probleme, und deswegen geschieht nichts.

(Beifall bei der CDU)

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Ich habe jetzt ja die Gelegenheit, noch einmal auf zwei Dinge zu antworten, Herr Lemper.

Erstens. Sie zitieren aus einem Protokoll vom 30. April 2004. Ist das richtig? Sie haben es jedenfalls vorhin so gesagt.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:
Nein! 16. Juni!)

- 2004?

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Ja!)

- 2004. Das ist doch wichtig.

Am 28. April 2005 haben wir hier gemeinsam die GmbH beschlossen. Das heißt, dass Herr Börschel damals überhaupt nichts Falsches gesagt hat. Wir haben am 28. April die GmbH beschlossen. Wir haben das Ausschreibungsverfahren beschlossen - und das ist gescheitert. Insofern weiß ich überhaupt nicht, warum Sie mir das jetzt noch einmal erzählen.

(Jochen Ott [SPD]: Großes Kino!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Wieso haben Sie denn am 24. April 2008 die eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit beschlossen, wenn sie für Sie nur ein Kompromiss oder die schlechteste Lösung war?

(Josef Müller [CDU]: Das andere haben Sie verhindert!)

- Wir haben überhaupt nichts verhindert. Sie haben damals doch gar keinen Antrag zur GmbH gestellt.

(Karl Klipper [CDU]: Natürlich!)

- Nein, haben Sie nicht.

Insofern ist festzuhalten: Wir sind in die Pilotphase eingetreten. Diese Pilotphase hat noch überhaupt nicht Fahrt aufgenommen. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund, diese Pilotphase zu verlassen oder abzukürzen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Jetzt hat Herr Sörries das Wort.

Peter Sörries (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann Herrn Bögner nur bestätigen. Die Ausschreibung hat stattgefunden. Es gab aber auch ein Ergebnis. Der Stifterrat hat nämlich die damalige Ausschreibung gewonnen. Später hat er sich allerdings wieder davon zurückgezogen,

(Karl Klipper [CDU]: Das ist aber etwas anderes!)

weil er im Nachhinein nämlich nicht die 51 Prozent bekommen hat, sondern wir hier im Rat 49 Prozent Beteiligung beschlossen und ausgeschrieben hatten.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das hat doch nichts mit der gGmbH zu tun!)

- Das hat etwas mit der GmbH zu tun.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das hat mit dem Gesellschafter zu tun!)

- Es war der Beschluss des Rates, die GmbH europaweit auszuschreiben - weil wir das auch müssen, Herr Lemper. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Die Ausschreibung hat stattgefunden. Der Stifterrat hat sich beworben. Wie auch zu erwarten war, hat er die Ausschreibung gewonnen. Im Nachhinein hat er sich dann zurückgezogen. Er hat es nicht mehr gemacht. Das ist einfach so.

Mittlerweile stellen Sie hier gebetsmühlenartig immer wieder die gleichen Anträge. Einmal dreht die FDP an der Mühle, einmal die CDU;

manchmal drehen Sie auch beide, wie das heute der Fall ist.

Wir haben die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beschlossen. Jetzt fehlen natürlich noch die Eröffnungsbilanz und der Wirtschaftsplan. Wir sollten auch einmal schauen, warum das noch nicht vorhanden ist. Bei den Bühnen hat es ziemlich lange gedauert. Das Museum ist natürlich kein so großer Apparat wie die Bühnen. Wir müssen also einmal schauen, woran es liegt. Vielleicht kann die Verwaltung gleich auch einmal zu der Frage Stellung nehmen, warum dies so ist.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Weil der Eigenbetrieb überhaupt nicht funktioniert!)

- Herr Lemper, hören Sie einfach einmal zu. - Per Satzung können Sie dem Eigenbetrieb die gleichen Rechte geben wie einer GmbH. Wenn sich herausstellt, dass es in der von uns beschlossenen Satzung noch irgendwelche Punkte zu korrigieren gibt, können wir das tun. Herr Quander kann eine wunderbare Vorlage erarbeiten, und dann können wir diese umsetzen.

(Josef Müller [CDU]: Das steht doch in dem Antrag drin!)

Darüber hinaus haben wir hier einen weiteren Ratsbeschluss gefasst, und zwar dahin gehend, die Vergaberichtlinien bei den Vergaberichtlinien, bitte schön, an die höchstmöglichen Grenzen des Landes anzupassen. Dazu haben wir bis heute noch keine einzige Verwaltungsvorlage bekommen. Dieser Beschluss betraf übrigens nur die Museen. Es ist bald an der Zeit, dass die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag vorlegt, damit wir den Museen auch in diesem Punkt weitere Freiheiten geben können. Im Moment ist die Verwaltung da im Verzug. Dieses Defizit muss sie irgendwann korrigieren.

Lassen Sie mich nun auf das Mäzenatentum zu sprechen kommen. Unter Tagesordnungspunkt 17.2 werden wir heute noch eine Verwaltungsvorlage zur Errichtung einer Kunststiftung im Museum Ludwig Köln behandeln. Auf diese Art und Weise können Sie wunderbar Mäzene etc. an die Museen binden. Schaffen Sie solche Stiftungen, wenn sich das als gut erweist, auch für die anderen Museen.

(Josef Müller [CDU]: Das müssen Sie den Leuten überlassen!)

- Dadurch werden doch keine Leute überlastet, Herr Müller; ich bitte Sie. - Über solche Stiftungen können Sie das genauso gut hinbekommen.

Der Eigenbetrieb kann wirklich genauso gut arbeiten wie eine GmbH. Das wird Ihnen der Kämmerer gleich auch noch einmal bestätigen, vermute ich.

Warum der Wirtschaftsplan und die Eröffnungsbilanz noch nicht vorliegen, werden wir sicherlich auch noch hören. Es wäre doch sehr nett, das jetzt zu erfahren. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Auf die Kölner CDU ist meines Erachtens überhaupt kein Verlass.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Sie haben ja in der Presse - in der Presse, nicht im Rahmen der Tagesordnungsdebatte - angekündigt, dass Sie Ihren Antrag zurückziehen wollen.

(Josef Müller [CDU]: Nein!)

- So ist das in der Presse auf jeden Fall herübergekommen. Dort hieß es, Sie wollten die Diskussion dieses Themas in den Januar 2009 verschieben. Von daher hat es mich gewundert, dass Sie es heute doch diskutieren wollen.

Herr Lemper, Sie haben mich hier an ein quengelndes Kind - nach dem Motto: Ich will die Süßigkeit aber doch haben! - erinnert. Die Frage ist ja, um welche Süßigkeit es sich denn handelt. An dieser Stelle geht es immer um die gGmbH. Das ist ja die Frage.

Herr Bögner, vor einem halben Jahr habe ich Sie auf Folgendes aufmerksam gemacht: Wenn die CDU ihr Pilotprojekt bekommt, wird sie das wieder zum Thema machen. - Genau das tun Sie ja.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Also zuverlässig.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sie sind doch nicht dazu in der Lage, eine Sache in vernünftige Bahnen zu bringen. Sie sind nicht zuverlässig - um Ihre Worte zu gebrauchen, Herr Oberbürgermeister; danke für die Sprechvorlage.

Meine Damen und Herren, deswegen ist Herr Lemper auch immer in gewisser Weise offen. Sie sind aber auch ein bisschen verräterisch, Herr Lemper.

(Winrich Granitzka [CDU]: Er ist verräterisch offen!)

Sie haben den Begriff Verselbstständigung in die Debatte um die Museen eingebracht. Wir haben in dieser Debatte immer gesagt, dass wir für Eigenständigkeit sind. Eigenständigkeit führt auch zu Selbstständigkeit. Das ist gar keine Frage. Diese Aussage kann ich unterstützen; auf diesem Weg kann ich mitgehen. Verselbstständigung ist aber noch etwas anderes. Dieser Begriff bezeichnet eine abgehobene, von dem Rat und von der Stadt Köln entfernte Politik. Eine solche Politik wollen wir nicht.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben das in gewisser Weise auch deutlich gesagt. Sie haben es freundlich umschrieben - Flexibilität schaffen, neue Rechtsformen schaffen. Genau dies wollen wir nicht, weil es genau zu dem führt, was Herr Lemper offen gesagt hat, nämlich zur Verselbstständigung, zu einer von der normalen öffentlichen Kulturpolitik abgehobenen Politik. Das wollen wir nicht.

Herr Lemper, im Übrigen schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass die Alternative der Bildung einer Anstalt des öffentlichen Rechts noch nie betrachtet worden sei. Das stimmt überhaupt nicht. Die Gewerkschaft ver.di hat die Frage der Schaffung von Anstalten des öffentlichen Rechts für alle Kulturbetriebe schon einmal thematisiert und seinerzeit einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt. Das war vor Ihrer Amtszeit. Aufseiten von ver.di war damals meine Kollegin Ulla Lötzer, die jetzt Bundestagsabgeordnete ist, dafür zuständig. Diesen Vorschlag hat es gegeben.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich möchte Sie auch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Ich habe die ganze Zeit überlegt, was die CDU eigentlich treibt. Ist es der Stiferrat? Hat der Stiferrat hier besondere Interessen? Im Moment ist mir aber nichts eingefallen. Ich kenne den Stiferrat ja und verfolge das Ganze. Ich bin auch nicht unbedingt ein Freund des Stiferrates; gar keine Frage.

Aber ich habe den Eindruck, dass Sie die Stifter an dieser Stelle missbrauchen, um Wahlkampf zu machen. Das ist auch nicht die feine Art, muss ich sagen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.Köln und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, nur noch einmal zur Korrektur - manchmal verstehen wir uns ja nicht ganz richtig, habe ich den Eindruck -: Sie kamen hierhin und sagten, die CDU sei nicht zuverlässig. Anschließend haben Sie aber ausgeführt, Sie hätten zu Herrn Bögner gesagt, die CDU werde ihren Antrag bestimmt wieder bringen. Von daher finde ich, dass die CDU hier sehr zuverlässig ist. Das habe ich Ihnen auch gesagt. - Quod erat demonstrandum; so viel dazu.

(Götz Bacher [SPD]: Dafür braucht man kein Hellseher zu sein!)

- Nein. Aber Herr Detjen setzt ja auch nur auf sichere Wetten. - Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir abstimmen. - Herr Professor Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne zu den aufgeworfenen Fragen nach dem Wirtschaftsplan, der Eröffnungsbilanz und den Vergaberichtlinien Stellung nehmen.

Auch die Ausgründung in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung bedeutet einen grundlegenden Systemwechsel gegenüber dem, was wir vorher als Verwaltungseinheit hatten. In der Zwischenzeit mussten wir beispielsweise auch mit den anderen Fachverwaltungen viele Fragen - Verwaltungskostenerstattung für erbrachte Dienstleistungen etc. - klären. Ich gehe davon aus, dass wir den Wirtschaftsplan zur nächsten Sitzung des Betriebsausschusses im Januar 2009 vorlegen können.

Die Eröffnungsbilanz werden wir spätestens im ersten Quartal nächsten Jahres vorlegen können, denke ich. Herr Sörries, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das bei den Bühnen lange gedauert hat; ich glaube, dort waren es zwei Jahre. Eine Eröffnungsbilanz für die Stadt Köln liegt ja auch noch nicht vor, obwohl wir seit Januar dieses Jahres einen NKF-Haushalt haben. Natürlich ist das Ganze bei uns

kleiner. Es wird auch schneller gehen - erstes Quartal 2009, denke ich einmal.

Den Beschluss bezüglich der Vergaberichtlinien werden wir dabei mit berücksichtigen. Das ist noch in der verwaltungsinternen Abstimmung - auch was die anderen Häuser angeht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, darf ich fragen, wer für den Antrag von CDU und FDP ist. - Das sind die CDU, die FDP, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von SPD, Grünen, Linken, pro Köln und Frau May. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

2.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Milli Görüs stoppen!“ AN/2493/2008

Es spricht Frau Wilden.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Wandervögel, je mehr von Ihnen jetzt den Saal verlassen, umso lieber ist es mir; denn umso weniger von Ihnen muss ich sehen.

(Beifall bei pro Köln - Dietmar Repgen [FDP]: Herr Oberbürgermeister, dafür müssten Sie eigentlich eine Rüge aussprechen!)

- Sie dürfen gerne hierbleiben. Ich rede auch für Sie.

Meine Damen und Herren, vor etwa zwei Jahren sollte in Chorweiler - offensichtlich weitgehend unbemerkt - eine große Moschee der DITIB gebaut werden. Nun ist es wieder so weit; die nächste Moschee soll weitgehend unbemerkt gebaut werden - diesmal von Milli Görüs.

Wer ist das? 1970 gründete Necmettin - ich kenne den Namen nicht; er steht hier so - Erbakan in der Türkei die erste Partei der Milli-Görüs-Bewegung. Diese wurde allerdings bereits ein Jahr später verboten. Jede von ihm neu gegründete Partei wurde immer wieder von türkischen Gerichten oder durch Intervention des türkischen Militärs verboten - bis heute insgesamt fünf.

Erbakan war zwei Jahre lang Ministerpräsident der Türkei und hat dies dazu genutzt, innen- und außenpolitisch die Islamisierung voranzutreiben.

Er will die türkischen Bürger unter dem Dach von Nationalismus und Islamismus einen und in der Türkei ein islamistisches Staatswesen errichten. Dies hat Erbakan in seiner Schrift *Gerechte Ordnung* mitgeteilt. Er geht darin von einer zweigeteilten Weltordnung aus, einer sogenannten gerechten. Diese gründet sich bei ihm auf den Islam. Die westliche Politik, also auch unsere, bezeichnet er als eine nichtige und eine falsche Ordnung.

Erbakan steht ferner in Verdacht, Antisemit zu sein. Er soll Juden als „Bakterien“ und „Krankheiten“ bezeichnet haben. Die Welt werde, so Erbakan, beherrscht von einem rassistischen Imperialismus, nämlich dem Zionismus. Gemäß dieser Ideologie sollen die westliche Zivilisation überwunden und eine als islamisch bezeichnete Herrschaft errichtet werden.

Erbakan wird mit dem Ausspruch zitiert:

Wir werden ganz sicher an die Macht kommen, ob dies jedoch mit Blutvergießen oder ohne geschieht, ist eine offene Frage.

Zwielichtiges Finanzgebaren führte zuletzt Ende August dieses Jahres zu bundesweiten Razzien in rund 20 Büros von Milli Görüs.

Die Organisation Milli Görüs verfolgt Ziele, die mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes unseres Landes nicht zu vereinbaren sind.

Erbakan äußerte bei einer Versammlung in Deutschland:

Die Europäer glauben, dass die Muslime nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. Aber Allah hat einen anderen Plan.

Meine Damen und Herren, welchen Plan Allah hat, weiß ich nicht. Milli Görüs jedoch hat diesen Plan. Das ist bei Islamisten auch durchaus nachvollziehbar.

Es ist aber ein Skandal, dass hier in Deutschland islamistische Extremisten ihren Einfluss ausbauen dürfen, was ihnen nicht einmal in der Türkei möglich ist. Zunächst haben wir die Posse des Kalifen von Köln erlebt. Kürzlich tummelten sich wochenlang Vertreter der verbotenen PKK

bei uns auf dem Neumarkt. Und nun soll Milli Görüs hier an Einfluss gewinnen.

Auch die meisten in diesem Hause treiben die Islamisierung Deutschlands voran. Das ist mir unverständlich.

Der Herr Oberbürgermeister hat sich bis heute nicht für seine unglaublichen und menschenverachtenden Entgleisungen im September dieses Jahres gegenüber denen, die der Islamisierung Einhalt gebieten wollen, entschuldigt. Herr Oberbürgermeister, wann treten Sie der Antifa bei?

Falls Milli Görüs an Stärke gewinnt, verfestigt sich die türkisch-islamische Parallelgesellschaft in Deutschland. Daran können kein vernünftiger Mensch und kein Demokrat ein Interesse haben.

Meine Damen und Herren, treten Sie dem ausländischen Extremismus in Köln endlich entschlossen gegenüber, und stoppen Sie Milli Görüs. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Umsetzung von Empfehlungen des ‚Kölner Netzwerk Bürgerengagement‘ für Rat und Verwaltung“ AN/2523/2008

Da dieses Thema in meinem Dezernat angesiedelt ist, erlaube ich mir dazu eine Stellungnahme.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hey!)

- Ja, Herr Detjen; natürlich mit freundlichen Grüßen an Sie.

Wie Sie wissen, hat die Geschäftsführung des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement im April dieses Jahres die geforderte Ratsvorlage mit Vorberatungen in den Fachausschüssen vorbereitet.

Da die zunächst vorgeschlagenen Maßnahmen in 2008 und 2009 Kosten in einer geschätzten Höhe von 1 498 000 Euro verursacht hätten, musste diesbezüglich nach einer Lösung gesucht werden.

Die Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement, die für die Umsetzung verantwortlich ist, wie Sie auch wissen, hat daraufhin am 10. Juni 2008 beschlossen, gemeinsam an der Beschlussvorlage zu arbeiten und nach Möglichkeiten zu suchen, die dargestellten Kosten zu reduzieren.

Die Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement vertritt die Auffassung, dem Rat eine Auswahl von Vorschlägen zu unterbreiten, die auch unter Kostengesichtspunkten eine realistische Chance auf Umsetzung haben.

Ich schätze die Arbeit dieser Steuerungsgruppe sehr. Meine Ausführungen machen deutlich, lieber Herr Detjen, dass das Kölner Netzwerk Bürgerengagement in keiner Weise Aufträge verschleppt, sondern diese nur sehr verantwortungsvoll erfüllt. Ich halte die Vorgehensweise des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement für vorbildlich und zielführend.

Deshalb lehne ich den Antrag der Linken natürlich ab.

Jetzt hat Herr Kellner für die Antragstellerin das Wort.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 2. Dezember dieses Jahres fand in Köln eine interessante Veranstaltung zum Thema „Die Bürger reden mit - wir diskutieren mit“ statt. Anwesend waren vor allem Bürger und Bürgerinnen aus dem Kölner Netzwerk Bürgerengagement. Von den Parteien waren neben der Linken auch die Grünen und die SPD vertreten, Letztere mit ihrem Oberbürgermeisterkandidaten. CDU und FDP hatten erst gar nicht auf die Einladung geantwortet.

Schon in der ersten halben Stunde kam man an diesem Abend auf den Kernpunkt der Diskussion zu sprechen, nämlich das Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und seine mögliche Umsetzung. Dieses Konzept war in wesentlichen Teil vom Kölner Netzwerk Bürgerengagement mitverfasst worden.

Insgesamt waren neben Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft circa 70 Dachorganisationen beteiligt. Vier Arbeitsgruppen hatten sich mit jeweils circa 500 ehrenamtlich geleisteten Stunden beteiligt.

Das Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements wurde im Rat übrigens nicht erst im Herbst 2006 vorgelegt, wie es in der Begründung unseres Antrages heißt, sondern bereits mehr als ein Jahr früher, nämlich im Februar 2005, vorgestellt und beschlossen. Das korrigiere ich hiermit.

Das Konzept enthält auf 46 Seiten detaillierte Handlungsempfehlungen zu verschiedenen Bereichen des Bürgerengagements. Außerdem findet man dort die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen, die Auflistung von Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung und Prüfsteine für am Ehrenamt interessierte Einrichtungen.

Dieses Paket von Vorschlägen ist der Beweis dafür, welches Potenzial im ehrenamtlichen Engagement der Kölner Bürger und Bürgerinnen liegt. Mit diesem Konzept könnte Köln sich an die Spitze der Kommunen in NRW, wenn nicht sogar in der Bundesrepublik setzen. Aber die Umsetzung ließ und lässt auf sich warten.

Im Dezember 2006 wurde im Rat noch einmal nachgelegt. Die Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement hatte Empfehlungen für Rat und Verwaltung entwickelt. In seiner Sitzung am 14. Dezember 2006 begrüßte der Rat diese Empfehlungen und beauftragte die Verwaltung,

bis zur Sommerpause 2007 zu prüfen, welche Empfehlungen umsetzbar sind, wie und in welchem Zeitraum eine Realisierung möglich ist und welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind ...

Wohlgemerkt: Der Auftrag ging nicht direkt an die Lenkungsgruppe, sondern ganz allgemein an die Verwaltung.

Meine Damen und Herren, diese Prüfung hat offensichtlich bis heute nicht stattgefunden; denn der Rat wartet immer noch auf diese Vorlage - seit zwei Jahren.

Kann man es den Bürgerinnen und Bürgern verdenken, dass sie ein solches Verhalten als Missachtung des bürgerlichen Engagements ansehen und eine bewusste Verschleppung

vermuten? Entsprechende Äußerungen waren an diesem Abend auf der Veranstaltung zu hören.

Ich will nicht verhehlen, dass in einigen Bereichen durchaus etwas geschehen ist. Das Bürgerengagement hat in der Öffentlichkeit mehr Beachtung gefunden - auch durch die Aktivitäten vonseiten der Verwaltung und des Rates. Ich erinnere an die öffentlichen Bürgeranhörungen im Rahmen der Planung der Moschee in Ehrenfeld oder an den Bürgerhaushalt, der mit großem Engagement vonseiten der Verwaltung vorangetrieben und auch durchgeführt worden ist.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass über 60 Prozent der Beteiligten dem sogenannten Bildungsbürgertum angehörten. Seniorinnen und Senioren sowie Migrantinnen und Migranten waren kaum beteiligt.

Am letzten Beispiel zeigt sich, dass längst noch nicht genug getan ist.

Meine Fraktion beantragt deshalb, die Verwaltung aufzufordern, den Ratsbeschluss vom 14. Dezember 2006 umzusetzen und damit den Fachausschüssen noch vor der Osterpause 2009 die Ergebnisse der geforderten Prüfung als Übersicht mit Vor- und Nachteilen und finanziellen Auswirkungen vorzulegen.

Herr Oberbürgermeister, die Kosten spielen dabei erst einmal keine Rolle. Man kann die Kosten ja tabellarisch mit auführen.

Der frühe Termin soll verhindern, dass das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zum Spielball der Parteien im Wahlkampf wird und unter Umständen einer neuen Mehrheit in der kommenden Ratsperiode zum Opfer fällt.

Wir sind der Meinung, dass der Rat der Stadt Köln noch vor der Kommunalwahl ein deutliches Zeichen gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern setzen muss und die Parteien sich noch vor der Wahl klar positionieren sollen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Da Herr Kluth von der SPD-Fraktion nicht im Saal ist, hat jetzt Herr Helling das Wort.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kellner, weil Sie nicht ganz auf den Bericht des Oberbürgermeisters eingegangen sind, muss ich tatsächlich noch einmal auf die derzeitige Situation bezüglich der Beschlussfassung hinweisen.

Ich möchte mich zunächst einmal auf die Begründung des Antrags der Linken beziehen. Ich darf zitieren:

Diese Prüfung ist offensichtlich nie zu Ende gekommen, und bis heute liegt weder einem Ausschuss noch dem Rat eine Vorlage zur Umsetzung der Empfehlungen vor. Dies wird von Außenstehenden als Missachtung des bürgerlichen Engagements angesehen und als eine bewusste Verschleppung gedeutet.

Es geht hier überhaupt nicht - das ist eben schon einmal gesagt worden; ich muss es noch einmal wiederholen - um eine Missachtung der Menschen, die sich für bürgerschaftliches Engagement interessieren. Es geht auch nicht um eine Missachtung der Kölner Bürger. Ganz im Gegenteil! Gerade die geforderte Vorlage der Verwaltung ist ja eben nicht als Vorlage der Verwaltung geplant, sondern als Vorlage der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, die die Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement geschaffen hat.

Diese Arbeitsgruppe ist zu Ergebnissen gekommen, die in der Steuerungsgruppe insgesamt nicht auf uneingeschränkte Zustimmung gestoßen sind. An dieser Stelle hat man natürlich die Geldfrage und auch die Frage eines Betretens von Neuland bei der Bürgerpartizipation zu behandeln und diesbezüglich Einigungen zu erzielen. Das kann nicht nur einige Wochen, sondern, wie man in diesem Fall sieht, durchaus auch einige Monate dauern.

Über die bisherigen - sozusagen provisorischen - Ergebnisse wird weiter diskutiert. Diese Arbeitsgruppe ist intensiv dabei, in einem sehr kooperativen Prozess zwischen nicht kommunalen Trägern und der Verwaltung selber entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Wie gesagt, dauert das allerdings seine Zeit.

Um noch einmal auf die Kosten zurückzukommen: Es bringt doch auch nichts, eine Vorlage in den Rat einzubringen, die mit Kosten für eine verbesserte Bürgerbeteiligung in

Höhe von 1,5 bis 2 Millionen Euro verbunden ist. Jeder hier weiß doch, dass so etwas nicht durchkommen wird. Insofern muss man sich Summen überlegen, die einigermaßen realistisch sind, um nicht zu riskieren, dass eine Ratsmehrheit die entsprechenden Vorschläge ablehnen wird.

Insofern ist dieser Prozess im Gange. Ich denke auch, dass wir in den nächsten Monaten zu einer Beschlussfassung kommen werden.

Lassen Sie mich nun auf den Antrag selber eingehen, der darauf abzielt, den damaligen Beschluss des Rates umzusetzen. Wenn die entsprechende Vorlage der Verwaltung ohnehin in den nächsten Monaten vorgelegt wird, ist dieser Antrag der Linken natürlich völlig überflüssig.

Gleichzeitig sind bei einzelnen Bürgern aber offenbar Vermutungen vorhanden, dass irgendjemand irgendetwas zurückgehalten hat oder etwas verschleppen wollte.

Insofern denke ich, dass es auch nicht schädlich ist, eine Selbstverständlichkeit heute noch einmal zu beschließen und damit deutlich zu machen, dass tatsächlich in den ersten vier Monaten des Jahres 2009 eine Vorlage zu erwarten ist.

Ganz wichtig für den hier zu fassenden Beschluss ist allerdings, dass wir die Begründung dieser Beschlussvorlage uneingeschränkt zurückweisen und ablehnen.

Ansonsten kann diesem Beschluss ohne Einschränkungen zugestimmt werden, weil er weder nützt noch schadet. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke. - Herr Kluth ist immer noch nicht hier. Dann Herr Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem uns Herr Kellner seinen Artikel aus dem *Platzjabbeck* vorgetragen hat, ist mir noch klarer geworden, dass das von seiner Fraktion unter diesem Tagesordnungspunkt Vorgelegte überhaupt kein Antrag ist.

Wir haben eben schon einige Male gefragt, warum wir immer dasselbe beschließen sollen.

Da waren die Grünen dagegen. Jetzt ist Herr Helling dafür. Man muss ja auch seine Streicheleinheiten an die Linken verteilen.

(Beifall bei der FDP und bei pro Köln)

Bei dem, was in diesem Papier steht, handelt es sich aber natürlich um eine Anfrage. Wenn man glaubt, die Verwaltung arbeite nicht schnell genug, stellt man eine Anfrage. Mir scheint es so zu sein, dass den Linken kein Antrag für diese Ratssitzung eingefallen ist und sie deshalb kurz vorher beschlossen haben, aus der Anfrage einen Antrag zu machen.

Die Antwort haben Sie gegeben, Herr Oberbürgermeister. Im ersten Teil seiner Ausführungen hat Herr Helling das auch gesagt. Dieser Antrag ist Quatsch. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Wolf. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken sowie Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von CDU, FDP und pro Köln sowie meine Stimme. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Es nützt nichts und schadet auch nichts, wie Herr Helling eben gesagt hat.

Wir kommen zu:

**2.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Entwicklung eines ‚Ausstiegsprogramms‘ aus der extremen ‚rechten‘ und ‚linken‘ Politszene“
AN/2372/2008**

Zunächst hat sich für die antragstellende Fraktion der CDU Herr Granitzka zu Wort gemeldet.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt heute ein Antrag von CDU und FDP vor. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir alle demokratischen Fraktionen hätten dafür gewinnen können, diesen Antrag gemeinsam zu stellen. Daher bedaure ich es außerordentlich,

dass die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sich gegen eine solche gemeinsame Antragstellung gewendet haben und damit auch ausdrücklich ein Zeichen gegen die extreme rechte und linke Politszene in Köln verweigert haben. Das ist wirklich bedauerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dennoch ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die ursprüngliche Idee in Bezug auf diesen Antrag von einem ehemaligen Kölner Streetworker kommt, den Sie alle kennen; denn Franco Clemens war viele Jahre sehr erfolgreich in Porz und Poll als Streetworker tätig. Heute ist er Leiter einer großen Jugendeinrichtung in Südtirol und dort ebenfalls als Streetworker tätig, aber immer noch außerordentlich an Köln interessiert.

Die Zielsetzung unseres Antrages, auf den er uns aufmerksam gemacht hat, ist die Erarbeitung eines Ausstiegsprogramms aus den extremen rechten und linken politischen Szenen.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Hierbei sollten alle zur Verfügung stehenden Erfahrungswerte und Kompetenzen herangezogen werden, um eine nachhaltige Unterstützung bei der Distanzierung von dem linken bzw. dem rechten politischen Milieu sicherzustellen.

Auf eines möchte ich nämlich deutlich hinweisen - da können Sie mir ja einmal widersprechen, Herr Detjen -: Politisch extreme Gruppen und Parteien, egal ob extrem rechts oder extrem links, haben eines gemeinsam; sie erkennen unseren Staat und dessen demokratische Grundordnung nicht an oder akzeptieren ihn nur vordergründig und lediglich als Mittel zum Zweck. Dieses lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, zudem wissen wir, dass sie sich oftmals außerhalb der verfassungsrechtlichen Grundwerte unserer Gesellschaft bewegen.

Das haben wir alle gesehen. Sie haben es alle mitgemacht und auch alle in diesem Rat dazu gesprochen. Wir erinnern uns sehr gut an den Anti-Islam-Kongress im September dieses Jahres, bei dem die Bürgerbewegung pro Köln ihr rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut öffentlich entlarvt hat. Ebenso in Erinnerung geblieben sind uns aber die

gewalttätigen Ausschreitungen teilweise aus dem ganzen Bundesgebiet angereister, teilweise aus Köln stammender sogenannter Linksautonomer.

Meine Damen und Herren, beide politischen Lager haben damals ihr wahres Gesicht gezeigt.

Gemeinsames Ziel der Politik muss es daher sein, die Türe für potenzielle Aussteiger aus beiden extremen Lagern zu öffnen und ihnen eine Rückkehr in die demokratische Legitimität zu gewähren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dabei ist das Ausstiegsprogramm natürlich auf die jeweiligen Gruppen abzustellen. Während sich der Zugang zu diesen extrem rechts oder links orientierten Gruppen grundsätzlich einfach gestaltet, ist der Ausstieg aus der Szene - ähnlich wie bei Sekten - erfahrungsgemäß mit erheblichen Problemen verbunden; denn die soziale und mentale Abhängigkeit der Menschen von diesen politischen Gemeinschaften ist nicht zu unterschätzen.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Die Betroffenen sind sehr oft in diesen Strukturen und in kleinen Gruppen außerordentlich fest verwurzelt.

Vorrangiges Ziel eines solchen Ausstiegsprogramms muss es daher sein, Bedrohungskulissen abzubauen, soziale Härtefälle bei der politischen und gesellschaftlichen Neuorientierung aufzufangen oder auch die seelische Aufarbeitung der potenziellen Vergangenheiten zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, diese Zielsetzung gilt keineswegs für Köln allein; denn auf Bundesebene existiert bereits ein solches Ausstiegsprogramm. Für April 2009 hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herr Scholz von der SPD, bereits die Finanzierung neuer bedarfsorientierter Konzepte angekündigt. Auch in anderen Bundesländern wie zum Beispiel Hessen stehen solche Ausstiegsprogramme zur Verfügung. Von deren Inhalten und den diesbezüglichen Erfahrungen können wir hier in Köln profitieren.

Natürlich ist auch das Land insgesamt aufgefordert, bedarfsgerecht auf politisch extreme Kräfte zu reagieren.

Unabhängig davon sollten wir aber hier in Köln in eigener Verantwortung aktiv werden und die Chance ergreifen, mit hierfür geeigneten

Ausstiegsprogrammen passgenau auf die rechte und linke Politszene in unserer Stadt zu reagieren.

Immens wichtig dabei ist eine umfassende Vernetzung der in der Stadt vorhandenen Erfahrungswerte und Kompetenzen, die wir in der Verwaltung, bei der Polizei und bei der Jugendhilfe haben. Hier sollten wir in enger Abstimmung reagieren und diesen Strukturen entgegentreten.

Meine Damen und Herren, diese Verantwortung müssen wir Demokraten gemeinsam wahrnehmen. Wir müssen uns dieser Aufgabe gemeinsam stellen. Von daher bitte ich alle demokratischen Fraktionen um die Unterstützung unseres Antrages und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! CDU und FDP haben es mittlerweile zum Sport gemacht, in jeder Sitzung einen Antrag zum Thema „Rechts- und Linksextremismus“ zu stellen - vollkommen undifferenziert über einen Kamm schierend, als wäre eine gleiche Lösung für alle -ismen möglich. Dabei sind die meisten dieser Anträge - wie auch der heute vorliegende - rein populistisch und inhaltlich daneben.

Allerdings ist das Thema „politischer Extremismus“ viel zu ernst, als dass man so unqualifiziert damit umgehen darf. Ich erinnere nur an die zahlreichen Diskussionen über die Einrichtung der Info- und Bildungsstätte im NS-Dokumentationszentrum und die ständigen Versuche, ein weiteres daneben zu setzen.

Diese Anträge sind deshalb unqualifiziert, weil sie oft inhaltlich unausgereift sind, nicht umsetzbar sind, wie zum Beispiel heute, oder Rechts und Links in einen Sack geschmissen werden.

Wenn wir uns gegen den Extremismus wenden wollen, ist das einfach zu kurz gegriffen. Dieses Thema ist ernst; denn Extremismus ist ein gesellschaftspolitisches Problem, das staatliches Handeln erfordert - in allen Bereichen von der

Kommune über das Land bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Darum sind wir daran interessiert, vernünftige Lösungen zu erarbeiten. Wir brauchen aber keine populistischen Schnellschüsse aus der Hüfte.

(Beifall bei der SPD)

Hier in Köln haben wir uns seit langem im Kampf gegen Extremismus und Gewalt engagiert. Beispielsweise sind unter anderem das im Interkulturellen Referat angesiedelte Aktionsprogramm gegen Extremismus und Gewalt, die Förderung von Projekten und nicht städtischen Stellen wie dem AntiDiskriminierungsbüro der Caritas oder dem Verein Öffentlichkeit gegen Gewalt, die Einrichtung der Info- und Bildungsstelle im NS-Dokumentationszentrum, die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, die Durchführung von Antirassismustrainings sowie gezielte Jugendarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus - das ist der entscheidende Punkt, denke ich - gibt es Programme und Einrichtungen auf Landes- und Bundesebene, zum Beispiel das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit in Nordrhein-Westfalen. Ihm ist ein Beratungsnetzwerk angeschlossen, sodass Menschen, die tatsächlich unter Druck geraten, auch eine Perspektive entwickelt bekommen. In der Kölner Jugendarbeit hat sich nämlich gezeigt, dass es nicht ausreicht, Jugendarbeiter oder Streetworker einzusetzen. Für wirklich in die Szene gerutschte Jugendliche sind sie kein Halt. An dieser Stelle braucht man auch darüber hinausgehende Polizeistrukturen.

Hier sind das Programm STEP - Staatsschutz gegen Extremismus durch Prävention - der Kölner Polizei und das bundesweite Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten geeignete Instrumente. In diesem Zusammenhang gibt es Beratungs- und Hilfsangebote - bis hin zur Unterstützung bei Arbeits- und Wohnungssuche. Im Zweifel gehört dazu auch, Menschen eine neue Identität zu ermöglichen.

Bei allem Verständnis für die Vorstellung, dass die Kölner alles für sich regeln können: Einen Kölner Verfassungs- oder Staatsschutz werden wir in diesem Rat in den nächsten Wochen und Monaten und Jahren auch nicht schaffen. Auf Landes- und Bundesebene gibt es Stellen, die viel besser zur Wahrnehmung dieser Aufgaben geeignet sind.

Neben den staatlichen Aussteigerprogrammen existiert seit 2000 ein Aussteigerprojekt mit dem Namen EXIT-Deutschland. Es richtet sich an Szeneangehörige, die aussteigen wollen. Besonders interessant ist, dass die CDU auf Bundesebene die Verlängerung dieses Projekts seit Monaten verhindert. Ausgerechnet die CDU, die hier diesen Antrag stellt! Beispielsweise die FDP ist auch auf Bundesebene für dessen Verlängerung. Leider kommen wir an dieser Stelle nicht weiter, weil die CDU sich nicht bewegt. Wir kennen es aber schon, dass man auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich agiert.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir sollen das im April 2009 machen, habe ich gesagt!)

Last but not least gibt es einen Beschluss des Landtages zum Stichwort „mobile Bekämpfung des Rechtsextremismus“. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist aber nicht erfolgt. Die Landesregierung hat bisher keine Umsetzung erreicht.

Von daher erkläre ich ganz deutlich: Es ist besonders wichtig, bei diesem Programm sehr seriös das umzusetzen, was wir haben.

Noch wichtiger ist Folgendes - das sagen alle Fachleute -: Wenn man Menschen den Ausstieg ermöglichen will, muss man die komplette Palette an der Hand haben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das habe ich gesagt!)

Jugendhilfe ist ein Teil. Wir brauchen aber zusätzlich auch den Staatsschutz, den Verfassungsschutz und die Polizei. Das können wir auf kommunaler Ebene nicht organisieren -

(Winrich Granitzka [CDU]:
Selbstverständlich können wir es organisieren!)

es sei denn, wir Kölner bezahlen wieder dafür, dass die anderen sich ausruhen. Und das ist mit uns nicht zu machen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir fangen genauso an wie beim Kindergartengeld!)

Verehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen Appell. Wir alle wissen, dass Prävention ein wichtiger Bestandteil ist. Wir haben hier auch immer wieder festgehalten, dass wir die Aufmerksamkeit

insbesondere den Ursachen schenken sollten. Wir haben auch - so schrieb es der Oberbürgermeister in einer Mitteilung an den Rat - analysiert,

dass soziale Verunsicherung, Ängste, prekäre Lebenslagen und die Auseinandersetzung mit den Themen Gewalterfahrung innerhalb und außerhalb der Familien, soziale Benachteiligung, Beziehungslosigkeit, problematisches Sozialverhalten, ungleiche Zukunftschancen, besonders im Bereich Schule und Übergang in die Arbeitswelt,

die Dinge sind, die Rechtsextremismus besonders begünstigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass wir gemeinsam in der Prävention deutliche Akzente setzen können, um in Zukunft Extremismus in alle Richtungen zu vermeiden. Dabei geht es zunächst um ein Köln für alle - Stichwort: soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt weiter nach vorne bringen. Wir brauchen gute und gleiche Bildungschancen - darüber haben wir heute schon diskutiert -, um verbindliche und gute Zukunftsaussichten für viele Kinder in dieser Stadt zu schaffen.

Es geht auch darum - um am Ende noch ein paar deutliche Worte zu sagen -, eine Politik zu betreiben, die nicht wie in der Vergangenheit dazu führt, dass in wenigen Stadtteilen - um es genau zu sagen: zwei - über zwei Drittel sämtlicher Flüchtlinge in dieser Stadt untergebracht werden, so wie es die CDU betrieben hat. Dazu gehört auch, dass wir nicht, wie es die CDU betrieben hat, städtische Strukturen wie zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften privatisieren. Dazu gehört auch, dass man Themen wie den Moscheebau nicht in die Wahlkampfauseinandersetzung zieht. Dazu gehört auch, dass man sich an Bürgerbündnissen gegen den Anti-Islam-Kongress beteiligt und mitmacht, wie die Kirchen und alle anderen Gruppen in dieser Stadt das auch getan haben.

Dazu gehört im Übrigen auch - das will ich an die doch so „tolle“ Landespolitik gerichtet einmal ganz klar sagen -, dass Politikunterricht in den Schulen nicht, wie es in den letzten Jahren zunehmend passiert, von den Stundentafeln gestrichen wird, weil er ökonomisch nicht verwertbar ist. Wer Werte will, wer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit will, der muss dafür

sorgen, dass unsere Kinder und Jugendlichen dort, wo sie vom Staat betreut werden, nämlich in Kindergärten und Schulen, vernünftig Demokratie erlernen können und auch Werte und soziale Empathie vermittelt bekommen.

Unter diesen Voraussetzungen haben wir eine gute Chance, den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Im gleichen Zug werden wir dann auch den Linksextremismus in dieser Stadt besiegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Helling von den Grünen, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der heutige Antrag reiht sich in eine Kette von Diskussionen im Rat ein, die von CDU und FDP genutzt werden, um SPD und Grünen vorzuwerfen, auf dem linken Auge blind zu sein. Das haben wir heute auch wieder gehört. Wir würden die eminenten Gefahren des Linksextremismus verkennen und seien damit keine aktiven Verteidiger der Demokratie; so hat uns Herr Breite schon mehrfach in Ratsreden gezeißelt.

Laut FDP und CDU sei es eine Jahrhundertaufgabe, Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen zu bekämpfen. Bemüht werden in diesem Zusammenhang direkt oder indirekt die Erfahrungen der Weimarer Zeit sowie eine krude Abwandlung der Totalitarismuskonzepte.

Meine Damen und Herren, eigentlich sind wir es wirklich leid, auf diesem Niveau den dritten oder vierten Aufguss dieser Debatte zu führen. Eigentlich ist diese Debatte auf dem Niveau, das uns CDU und FDP vorgeben, dieses Rates überhaupt nicht mehr würdig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Heute also noch ein allerletztes Mal erneut eine Erklärung! Natürlich erklären wir, dass Links- und Rechtsextremismus eine Gefahr für die Demokratie sind. Natürlich sind Links- und Rechtsextremismus - auch das sagen wir zum wiederholten Male - aber auch unterschiedlich. Das heißt, dass sie auch mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden bekämpft werden müssen. Das kann man nicht oft genug sagen, meine

Damen und Herren. Und heute haben wir wieder die Situation, dass die Methoden des Kampfes gegen Links- und Rechtsextremismus in einen Topf geschmissen werden.

Ich komme kurz auf den Antrag zu sprechen. Es ist ja schon einiges gesagt worden. Meine Damen und Herren, es reicht nicht, auf dem linken Auge nicht blind zu sein. Es reicht auch nicht, stets öffentlich herauszuposaunen, dass man mit beiden Augen sehend ist. Wenn man sieht, muss man auch mit Geist und Verstand die Sachlagen durchdringen. Hier ist politische Analyse gefragt. Daran mangelt es FDP und CDU aber - auch nach der Begründung des heutigen Antrags.

Bei dieser Problemlage sind nämlich zunächst einmal die richtigen Fragen zu stellen - Fragen wie zum Beispiel: Wie und in welchem Umfang existiert in Köln selber Rechtsextremismus? Wo sind die Kreise von rechtsextremistischen und linksextremistischen Gewalttätern zu verorten? Haben wir in dieser Stadt etwa so etwas wie extremistische Intensivtäter? Diese Fragen stellen Sie überhaupt nicht. Sie haben keine Anstrengungen unternommen, dies auch nur ansatzweise zu untersuchen.

Weiter ist zu fragen: Wo haben wir in Köln verfestigte rechts- und linksextremistische Szenen und Strukturen? Auffällig ist hier zum Beispiel - ganz im Gegensatz zu dem, was Herr Kollege Granitzka gerade erzählt hat -, dass bei dem besagten linksautonomen Einwirken im Zuge des Anti-Islamisierung-Kongresses die Polizei festgestellt hat, dass von allen Jugendlichen aus dem linksautonomen Spektrum, die nach Brühl verfrachtet worden sind, kein einziger aus Köln stammte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Aber die Eltern aus Köln haben sich beschwert!)

Das muss Ihnen doch zu denken geben. Sie müssen erst einmal analysieren, wo die Herde von Links- und Rechtsextremismus in dieser Stadt überhaupt vorzufinden sind, bevor Sie hier solche Schauanträge abliefern.

Außerdem ist zu fragen - auch das ist schon angedeutet worden -, ob Aussteigerprogramme für Extremisten tatsächlich von Köln aus initiiert und gesteuert werden können. Wir wissen alle, dass das so überhaupt nicht möglich ist, sondern dass es sich um eine Bundesangelegenheit handelt, die zentral wahrgenommen werden muss.

Schließlich ist auch die Frage zu stellen: Wo und wie sind die Übergänge von einem rechten und einem linken Extremismus hin in die Mitte der Gesellschaft? Wo sind die ideologischen Nährböden für Extremismus in Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und mangelnder Toleranz auch in der Mitte der Gesellschaft?

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, mit diesen komplizierten Fragen beschäftigen Sie sich überhaupt nicht. Sie haben einfach die Idee in die Welt gesetzt: Wir machen jetzt mal ein Kölner Ausstiegsprogramm.

Ein wirklicher Kampf gegen Extremismus - sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite - sieht völlig anders aus. Zu Recht - das prognostiziere ich Ihnen - wird Ihr Antrag deshalb heute versenkt werden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für pro Köln hat sich Herr Rouhs gemeldet.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich muss gegen politischen Extremismus in jedweder Form, komme er von rechts oder von links, etwas unternommen werden.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben gerade in Köln guten Grund, in diesen Kanon auch noch den religiös begründeten Extremismus aufzunehmen; denn die bei weitem größte Zahl von Extremisten in dieser Stadt, insbesondere auch die bei weitem größte Zahl zumindest potenziell auch gewaltbereiter Extremisten, ist nicht etwa laizistisch rechts oder links orientiert, sondern entstammt dem islamistischen Milieu. Dort verfügt man über Strukturen, die ein weit höheres Maß an Festigkeit haben, als das bei den kleinen rechts- oder linksextremen Zirkeln der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich habe aber große Zweifel daran, dass das Institut eines solchen Ausstiegsprogramms geeignet ist, auf diese Kreise in konstruktiver Art und Weise einzuwirken.

Immer dann, wenn wir darangehen, öffentliche Mittel aufzuwenden, um uns mit religiösen oder

politischen Phänomenen auseinanderzusetzen, müssen wir uns natürlich auch fragen: Wo setzen wir mit dieser staatlichen Aktion an? Wo schaffen wir das entscheidende Kriterium, von dem wir es abhängig machen, ob gegen bestimmte Personenzusammenhänge, wie auch immer sie organisiert sein mögen, die Staatsgewalt eingesetzt werden kann?

In einem demokratischen Rechtsstaat ist eigentlich offensichtlich, dass der Bruch strafrechtlicher Normen die entscheidende Schwelle für das Tätigwerden des Staates und seiner Organe sein muss.

In dem Fall, in dem ein Bruch gesetzlicher Normen stattfindet, zum Beispiel und insbesondere durch die Anwendung physischer Gewalt, sind zweifellos nicht derart relativ zahnlose Institutionen, wie sie hier bemüht werden sollen, geeignet, um zu intervenieren und dem entgegenzuarbeiten, sondern die dafür bereits bestehenden und vorgesehenen Einrichtungen, allen voran die Geheimdienste und die Polizei.

Die Geheimdienste hätten eine Möglichkeit, sich wirklich um das Gemeinwohl und den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verdient zu machen, indem sie in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzen - und nicht im Bereich der sogenannten reinen Gesinnungstäter, deren „verwerfliches“ Verhalten darin besteht, dass sie in der Öffentlichkeit irgendwelche politischen Auffassungen vertreten.

Wir müssen uns auch fragen, inwiefern hier die vom Verfassungsschutz bislang geschaffenen Instrumentarien tauglich sind.

Im Verfassungsschutzbericht wird die Linkspartei beispielsweise als linksextremistisch eingeschätzt - nach meiner Auffassung zu Recht. Im Rahmen des von CDU und FDP beantragten Ausstiegsprogramms für Extremisten sollen Streetworker eingesetzt werden. Meine Damen und Herren, habe ich mir das so vorzustellen, dass Sie allen Ernstes beabsichtigen, einen Streetworker zu Jörg Detjen zu schicken, um aus ihm einen besseren Menschen zu machen und ihn in den Schoß der demokratischen Gesellschaft zurückzuholen?

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Das ist doch aus zwei Gründen absurd.

Zum einen ist das, was die Linksextremisten - sei es hier im Rat oder sei es in der Öffentlichkeit - tun, prinzipiell allein dadurch legitimiert, dass sie

in den Rat gewählt worden sind und sich insofern auf einen gewissen Anteil der Bevölkerung berufen können. Es kann doch nicht sein, dass als Ergebnis einer demokratischen Wahl Leute in ein Gremium einziehen und mit staatlichen Mitteln ausgestattet werden und dann von einer anderen staatlichen Institution ein Ausstiegsprogramm für sie ins Leben gerufen wird. Das ist schlicht und ergreifend absurd und in sich widersprüchlich.

Zum anderen ist die Frage zu stellen, aus welchem Grund CDU und FDP überhaupt solche Anträge vorlegen. Sie wissen, dass dieser Antrag nicht angenommen wird. Und wenn er angenommen würde, wäre die Wirkung annähernd null. De facto würde also ohnehin nicht allzu viel passieren.

Sie schaffen es damit natürlich - das ist aus den Reihen der Grünen hier angeschnitten worden -, eine Diskussion über Rechts- und Linksextremismus - die mir prinzipiell und grundsätzlich überhaupt nicht unsympathisch ist - auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen.

Auf diese Art und Weise werden Sie aber nicht wirklich Ihr Ziel einer Eindämmung extremistischer Positionen erreichen, weil Sie in diesem Fall die inhaltliche Auseinandersetzung komplett vermissen lassen - und weil Sie eines nicht erkennen: Die Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden - seien sie extrem orientiert oder seien sie gemäßigt - ist Sache der politischen Akteure und nicht Sache der staatlichen Organe. Die staatlichen Organe haben in den politischen Auseinandersetzungen neutral zu sein.

Meine Damen und Herren, das ist auch der Grund, warum wir nicht die Schaffung einer Institution für Aussteiger zum Beispiel aus Vereinigungen wie der Kölner CDU in Antragsform auf die Tagesordnung der Ratssitzung setzen. Stattdessen haben wir ein CDU-Aussteiger-Telefon eingerichtet,

(Beifall bei pro Köln)

bei dem sich auch bereits etliche Vertreter der Union gemeldet haben, die eine neue politische Heimat suchen.

(Lachen bei der SPD)

Vonseiten der Antragsteller wurde hier darauf hingewiesen, dass Leute, die aus sektenartigen Strukturen aussteigen wollen, des Öfteren unter Druck gesetzt werden. Ich kann Ihnen nur

Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Das haben Jörg Uckermann und zuletzt Gereon Breuer durchaus auch erlebt. Sie sind öffentlich beschimpft worden, als sie sich für den Wechsel von der CDU zu pro Köln entschieden haben.

Dafür können wir aber keine staatlichen Institutionen schaffen. Damit müssen sich die politischen Akteure auseinandersetzen. Pro Köln hat das mit dem CDU-Aussteiger-Telefon getan.

Wenn Sie meinen, dass Leute irgendwo aussteigen sollen und dabei Hilfe und Begleitung bekommen sollen, dann richten Sie doch ein eigenes Aussteiger-Telefon ein. Das ist Ihnen ja völlig freigestellt. Dafür brauchen Sie einen solchen Antrag nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Mit den Worten - Zitat - „Du linkes Bullenschwein, du trampelst nimmer auf den Gräbern unserer Kameraden rum“ stieß ein Neonazi dem Polizeichef von Passau, Herrn Mannichl, ein Messer in den Bauch. Herr Mannichl ist im Prinzip ein Kollege von uns, ist er doch Mitglied der Gemeindevertretung einer kleinen Kommune bei Passau. Herr Mannichl gehört den Freien Wählern an. Herr Mannichl ist auch ein konsequenter Polizist. Er hat nämlich - darauf bezieht sich das Zitat, das ich eben vorgelesen habe - das Grab eines Neonazis öffnen lassen, weil bei dessen Beerdigung eine Reichskriegsflagge auf den Sarg gelegt worden war. So sieht die Realität im Bereich des Rechtsextremismus aus.

(Josef Müller [CDU]: Und des Linksextremismus!)

- Das ist die Realität, Herr Müller. So etwas findet im Moment statt. - Wenn ich die öffentliche Diskussion dazu verfolge, dann habe ich den Eindruck, dass sich der Staat das diesmal so nicht gefallen lassen wird. Es gibt eine neue Diskussion über das NPD-Verbot. Das finde ich vernünftig und auch richtig.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, wenn Sie überlegen, was Sie dagegen unternehmen können, kann ich Ihnen Folgendes

empfehlen: Auf Landesebene ist es sehr wohl möglich, den Kameradschaften, also den Vereinen, Verbote zu erteilen. Schauen Sie sich einmal die Situation in Pulheim an, Herr Granitzka. Dort gibt es Kameradschaften. Das sind solche wie diejenige, die Ihrem Kollegen, Herrn Mannichl, ein Messer in den Bauch gestochen hat. Solche Kameradschaften kann man auf Landesebene verbieten. Ich würde dringend empfehlen, diesen Weg zu gehen.

Herr Granitzka, dem Aussteigerprogramm EXIT der Bundesregierung sind gerade die Mittel gekürzt worden. Sie fordern hier Sachen, obwohl Ihre Bundesregierung gerade anders reagiert.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, Sie haben gerade den Auftritt von Herrn Rouhs hier erlebt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Fürchterlich!)

- Ja, fürchterlich. - Aber was ist die Realität? Realität ist, dass es in Ihren Reihen Leute gibt, die von der CDU zu pro Köln gewechselt sind.

(Winrich Granitzka [CDU]: Gott sei Dank – Beifall bei pro Köln)

Das ist so. Das ist Realität. Das ist bitter für Sie.

(Widerspruch bei der CDU)

- Doch. Das ist immer bitter. - Ich finde es überhaupt nicht schön, wenn solche Leute wechseln. Aber hätten Sie sich diese Personen genauer angeschaut, dann hätten Sie diese gewissen Charaktere frühzeitig erkennen können. Wenn man den Charakterkopf von Herrn Uckermann sieht und weiß, dass er vor zwei Jahren eine Strafanzeige

(Widerspruch bei der CDU)

- lassen Sie mich doch ausreden - gegen pro Köln gestellt und diese Partei ihn dafür übelst beschimpft hat, muss man sich doch, wenn Herr Uckermann hinterher zu ebendieser Partei geht, fragen: a) Was für ein Mensch ist Herr Uckermann? und b) Was für ein Verein pro Köln ist, der jemanden aufnimmt, der gegen ihn schon einmal eine Strafanzeige gestellt hat? Man muss sich doch fragen: Wo sind wir denn hier gelandet?

(Josef Müller [CDU]: Wenn Kommunisten zu den Linken gehen, was ist das denn?)

Im Übrigen wäre es gut, wenn Sie, Herr Granitzka, sich über das, was in Sachen Rechtsextremismus real stattfindet, ein bisschen besser informieren würden. Ich kann mich sehr gut daran erinnern - es ist noch nicht lange her -, dass ein Mitglied Ihrer Fraktion der Neonazi-Zeitschrift *Junge Freiheit* ein Interview gegeben hat.

(Jochen Ott [SPD]: Allerdings!)

Ich habe diese Person aus freundschaftlicher Kollegialität angerufen und gefragt: Wissen Sie eigentlich, wem Sie da ein Interview gegeben haben? Die Person hat mir - das klang in meinen Ohren ehrlich - mitgeteilt, dass ihr das nicht klar war und sich mehr oder weniger dafür entschuldigt. Dabei habe ich es bewenden lassen. Aber: Was zeigt das? Das zeigt, dass Sie überhaupt nicht durchblicken, was Rechtsextremismus ist. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei Die Linke.Köln
und der SPD)

Deswegen mein heißer Tipp: Erkundigen Sie sich! Machen Sie sich fit zu diesem Thema! Dann werden Sie auch diejenigen erkennen, die eigentlich nicht in Ihre Reihen gehören.

Im Übrigen, Herr Granitzka: Die Mail von Franco Clement habe ich auch bekommen. Wissen Sie, was in dieser Mail stand? Überlegt doch mal, ob ihr nicht ein Aussteigerprogramm für Rechtsextremismus machen könnt.

(Josef Müller [CDU]: Und Linken!)

- Nein, das stand eben nicht in dieser Mail, Herr Müller. Sie müssen Ihre Mails mal lesen und sie nicht nur einfach wegeklicken und sich lediglich dabei etwas denken.

Liebe Kollegen von der CDU, im Amt für Kinder, Jugend und Familie ist Frau Erika Wagner-Rixius für das Aussteigerprogramm für Rechtsextremismus zuständig; wir haben das also schon. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Breite von der FDP hat sich zu Wort gemeldet.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schade, Herr Detjen, dass Sie Ihre Abgeordnete von der Landesliste Niedersachsen nicht

angesprochen haben, die die Stasi-Methoden verteidigt hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU
und bei pro Köln)

Schade, dass Sie Ihren ersten Spitzenkandidaten der Landesliste Hessen nicht angesprochen haben, der zurücktreten musste, weil er die Mauer verteidigt hat. Auch das muss man in diesem Zusammenhang sehen. Sie sagten, die CDU müsse dazulernen. Ich glaube, Herr Detjen, Sie haben auch noch einiges dazulernen.

(Zuruf von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Im Übrigen gibt es auch genügend Sozialdemokraten und Grüne, die zu den Linken übergetreten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beraten heute einen nach meiner Meinung sehr weitsichtigen Antrag von CDU und FDP. Dank der Recherche von Frau Moritz weiß ich nun, wie weitsichtig dieser Antrag wirklich ist. Köln soll die erste Stadt sein, die sich des Phänomens des erstarkenden politischen Extremismus in Deutschland, unabhängig ob von Links oder von Rechts, mit einem Aussteigerprogramm aus dieser demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Politikszene präventiv annimmt. Bedauerlicherweise fehlt SPD und Grünen diese Weitsicht noch. Vielmehr wollen Sie gegen diese Aussteigerinitiative zusammen mit dem linken und rechten politischen Rand in diesem Rat stimmen. Diese Mehrheit mit dem linken und rechten politischen Rand im Kölner Rat steht Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, nicht gut zu Gesicht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Finde ich schon!)

Sie gehören dort nicht hin. Lassen Sie Vernunft walten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auffällig ist: Immer, wenn der politische Extremismus in all seinen politischen Schattierungen in einem Ratsantrag behandelt wird, bekommen SPD und Grüne Zuckungen. Wen meinen Sie schützen zu müssen? Auch wenn Sie uns Christdemokraten und Liberalen Gleichmacherei von Rechts- und Linksextremismus ausladend vorwerfen: Niemand will den unterschiedlichen politischen Ansatz, die Historie und die Folgen des politischen Extremismus in Deutschland

relativieren. Schmerzlich wahr ist und bleibt, dass wir Deutsche uns als eine der wenigen Nationen dem Rechts- und Linksextremismus schon einmal unterworfen haben beziehungsweise unterworfen wurden. Beides führte zur Diktatur. Beides ließ keinen Raum für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie.

Die nationalsozialistische Diktatur war grausamer, unmenschlicher, gnadenloser, ohne Einschränkung moralisch perverser. Aber macht das die andere Diktatur, die SED-Diktatur, in den Augen eines Demokraten rechtfertigender und entschuldbarer, meine Damen und Herren?

(Zurufe: Nein!)

Verliert eine rote Diktatur ihren totalitären Makel,

(Jochen Ott [SPD]: Nein! Aber der ist verrückt! Der hat doch alles eingesackt! Schimpfen und dann das Vermögen einsacken! Heuchler!)

nur weil auf gleichem Boden schon einmal eine braune, viel verheerendere Diktatur herrschte? - Ich meine: Nein.

(Unruhe)

Wer relativiert eigentlich hier in dieser Debatte, frage ich Sie. Wir Liberale und Christdemokraten haben erkannt, welche Gefahr von extrem Links und von extrem Rechts für unsere Demokratie ausgeht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

So unterschiedlich die beiden extremistischen politischen Pole auch sein mögen, ihre Feindschaft gegenüber dem demokratisch-rechtsstaatlichen und auch marktwirtschaftlich verfassten Staat eint sie. Darum werden diese beiden politischen Ränder in diesem Rat auch kein Problem haben, diesem Antrag gemeinsam nicht zuzustimmen.

Der Ausstieg wird bei politisch Extremen als ideologische Fahnenflucht, als Verrat angesehen und oftmals mit psychischer und physischer Verfolgung bestraft. Wir Liberale und Christdemo-kraten wollen mit dem Antrag eine Ausgangstür schaffen. Wir wollen ein niederschwelliges Angebot bereitstellen, das der Verfassungsschutz so nicht anbieten kann. Köln ist eine Stadt, in der die beiden politischen Ränder Fraktionsstatus im Rat haben. Daher ist es nicht mehr weit, dass ganz andere politisch gewaltbereite und extreme Landschaften

entstehen. Was liegt also näher, als dass Köln ein kommunales Ausstiegsprogramm initiiert?

Wir wollen präventiv wirken. Wir wollen der Ausbreitung des politischen Extremismus entgegenwirken. Wir wollen ihnen - ob nun extrem Links oder extrem Rechts - die Zweifelnden und Ausstiegsbereiten entreißen. Was kann daran aus Sicht der Demokraten falsch sein, meine Damen und Herren?

(Beifall Manfred Wolf [FDP])

Nein, der Antrag ist richtig und sollte hier im Rat eine Mehrheit finden. Geben wir demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Strömungen in Köln keine Chance! Halten wir Demokraten zusammen, wie es sich anständigerweise gehört, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ott, lieber Herr Granitzka, hier wurde eben kritisiert, der Antrag sei undifferenziert begründet und schere Rechts und Links über einen Kamm; wobei mit Rechts wir gemeint waren. Dem kann ich nur zustimmen. Das ist vollkommen richtig. Es wird über einen Kamm geschoren, und hier wird absolut undifferenziert argumentiert.

Man erinnere sich nur einmal an den 20. September. Von wem ging denn damals die Gewalt aus? Von mir, von Herrn Rouhs, von Herrn Breninek oder von Frau Wolter? Nein, es waren die bekannten Linksextremisten. Auch wenn sie herangekarrt wurden, macht das die Sache nicht besser. Denn es gab ja Leute, die ihnen die Steigbügel gehalten haben. Diese Leute gehören nun einmal zur extremen Linken. Die Gewalt hatte nichts mit denjenigen zu tun, die hier immer als die extremen Rechten tituliert werden. So gesehen, ist es natürlich vollkommen richtig, wenn hier kritisiert wird, das sei undifferenziert und man schere alles über einen Kamm. Denn hier werden Äpfel und Birnen verglichen. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Wir stehen im Gegensatz zu den bekannten extremen Linken zur Demokratie mit ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Oder

haben Sie schon einmal erlebt, dass einer von uns versucht hat, eine CDU-Veranstaltung, eine PDS-Linke-Veranstaltung oder eine Veranstaltung der Grünen zu verhindern?

(Zuruf: Das schaffen Sie gar nicht!)

Nein, das ist nicht unser Ding. Nach unserer Meinung kann jeder seine Veranstaltungen so abhalten, wie er sie für richtig hält, solange sie sich im gesetzlichen Rahmen bewegen. So soll es sein; das gehört zu einer Demokratie. Wir fordern nicht dazu auf, eine Veranstaltung zu blockieren oder zu verhindern. Darin unterscheiden wir uns von vielen hier. Diese Aufforderungen darf es in einer gesunden Demokratie nicht geben. Das hat weder etwas mit Versammlungsfreiheit noch mit Meinungsfreiheit noch mit unserer demokratischen Grundordnung zu tun.

Der Kritik bezüglich des Politikunterrichts kann ich mich nur anschließen. Die ist vollkommen richtig; denn dort werden keine Werte vermittelt. Dort erfährt man nichts über unser demokratisches parlamentarisches System. Wer lernt denn schon in der Schule, wie ein Stadtrat funktioniert? Wir haben hier im Rathaus zwar den Tag der Jugend. Wunderbar, alles schön und gut. Aber darüber hinausgehende Begriffe wie zum Beispiel Direktkandidaten oder Unterstützungsunterschriften werden im Politikunterricht leider nicht vermittelt. Das Thema Unterstützungsunterschriften wäre Ihnen, die Sie hier sitzen, allerdings unangenehm. Das ist vorstellbar; denn Sie mögen ja keine Konkurrenz. Wenn ein Schüler wüsste, was es mit einer Unterstützungsunterschrift auf sich hat, wäre das natürlich nicht gerade angenehm für Sie. Das kann ich nachvollziehen.

Nun noch zu Ihrer Antragsbegründung, wo mit der ablehnenden Haltung der Gesellschaft gegenüber der politischen Gesinnung usw. argumentiert wird. Das ist keine Begründung für ein solches Aussteigerprogramm; es tut mir leid, das sagen zu müssen. Sie scheren damit wieder alles über einen Kamm, womit wir wieder beim Thema sind.

Ich kann mich über ablehnende Haltungen der Gesellschaft nicht beklagen. Ich fühle mich vollkommen in die Gesellschaft integriert, selbst wenn es um Taxifahrten geht. Man hatte ja groß postuliert, uns würde keiner fahren wollen. Natürlich muss ein Taxifahrer, wenn ich in sein Taxi einsteigen will und dieses von Linken umringt ist, die dem Taxifahrer nach dem Leben trachten, wenn er mich denn fahren will, viel

Courage an den Tag legen, um mich zu fahren. Das ist vollkommen logisch. Aber es gibt auch Taxifahrer, die diese Courage haben. Dass ein Taxifahrer jemals zu mir gesagt hätte: „Nein, Herr Schöppe, Sie fahre ich nicht“, habe ich noch nie erlebt und ist absoluter Humbug. Eine solche ablehnende Haltung gibt es nicht. Und selbst wenn es sie geben sollte - es gibt ja leider auch Linksextremisten, Antidemokraten, will ich mal brutal sagen, die darauf Wert legen, Menschen aufgrund ihrer Gesinnung abzulehnen und deren Veranstaltungen zu verhindern -, kann ich nur sagen: Eine solche Verhaltensweise kann doch kein Argument für ein solches Aussteigerprogramm sein.

Zu guter Letzt möchte ich noch die Kritik an unserem Verein aufgreifen. Sie haben gefragt, was wir denn für ein furchtbarer Verein seien, der solch schlimme Menschen wie Jörg Uckermann aufnimmt, obwohl der uns doch angezeigt habe und wir ihn dafür beschimpft hätten. - Ich sage Ihnen, was wir für ein Verein sind: Wir können vergeben. Wir sind barmherzig.

(Heiterkeit)

Wir reichen jedem offen die Hand, jedem Demokraten, jedem, der es gut meint mit dieser Stadt, jedem, der aussteigen will aus Klüngel und Korruption und jedem, der aussteigen will aus der Islamisierung dieser Stadt. So ein Verein sind wir. Wir können vergeben. Wir sind barmherzig. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von SPD, Grünen, pro Köln und Linken. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit der Mehrheit so abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.6 auf:

**2.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Nutzung städtischer Plätze durch die PKK“
AN/2505/2008**

Es spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das hohe Maß an Narrenfreiheit, das die Kurdische Arbeiterpartei PKK in Köln genießt, ist bemerkenswert. Zweimal konnte die PKK im städtischen Südstadion Großveranstaltungen durchführen, Veranstaltungen, auf denen ausdrücklich auch bewaffnete Kämpfer rekrutiert worden sind, auf denen die einschlägigen Ansprachen für die militärische Auseinandersetzung zwischen Kurden und Türken auf türkischem und irakischem Gebiet gehalten worden sind. Zuletzt konnte die PKK auf dem Kölner Neumarkt über Wochen hinweg ein Zeltlager aufbauen. Es waren dort Transparente zu sehen von Abdullah Öcalan, dem Führer dieser verbotenen Partei, der wegen diverser terroristischer Aktivitäten in der Türkei strafrechtlich verurteilt worden ist und der im Übrigen auch ganz offiziell von den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland als Terrorist eingestuft wird.

Stellen Sie sich einmal vor, es würden dort die Konterfeis von RAF-Terroristen oder das Konterfei des Täters aus dem rechtsextremen Spektrums gezeigt, der in Passau versucht hat, den dortigen führenden Polizeibeamten umzubringen. Stellen Sie sich vor, die Rechtsextremisten fertigen, sobald diese Person identifiziert ist, ein Plakat mit dessen Gesicht und richten dann auf dem Neumarkt ein Zeltlager ein, um diesen Mann hochleben zu lassen. Zumindest hinsichtlich der strafrechtlichen Bewertung ist das, was hier unter der Fahne der PKK passiert ist, mit einer solchen Vorgehensweise gleichzusetzen. Aber die Kölner Stadtverwaltung reagiert auf derartige Dinge überhaupt nicht.

Die Zeltgestaltung ist eine Angelegenheit, die einer Genehmigung bedarf. Das Zurverfügungstellen eines Fußballstadions setzt den Abschluss entsprechender Verträge voraus. Obwohl Veranstaltungen der PKK in Köln nun schon zum wiederholten Male stattfanden und dieses Thema von uns auch immer wieder hier im Stadtrat auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, ist die Verwaltung unverändert blind auf diesem Auge und einfach nicht bereit, öffentliche Aktivitäten der PKK als Problem anzuerkennen und als eine Angelegenheit, die vonseiten der Stadt Köln auf gar keinen Fall unterstützt werden darf.

Warum darf eine Unterstützung der PKK nicht stattfinden? Zum einen hat das natürlich ganz offensichtliche rechtliche Gründe. Es kann doch nicht richtig sein, dass der Bundesinnenminister

eine Organisation in Deutschland als kriminelle Vereinigung verbietet, diese aber ihre PR-Aktivitäten einfach so fortsetzt, als hätte es dieses Verbot nie gegeben. Stellen Sie sich vor, Sie verbieten eines schönen Tages auf Bundesebene die NPD, die NPD aber macht weiter und tritt in ähnlicher Form in der Öffentlichkeit auf. Das wäre in sich nicht schlüssig. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass das in anderen Zusammenhängen wie denen der Ausländerkriminalität, um die es hier geht, in der Bundesrepublik Deutschland toleriert werden würde.

Hier ist eine absolute Blindheit der Verwaltung zu diagnostizieren, der unser Antrag abhelfen will. Das bedeutet nicht, dass ich den Kampf der Kurden, so er denn politisch geführt wird, für Selbstbestimmung, für einen eigenen Nationalstaat und für die Unabhängigkeit von der Türkei in irgendeiner Form diskreditieren will. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass es vonseiten der bundesdeutschen Politik unter bestimmten Umständen ausdrücklich ein Mandat geben könnte, das Engagement für ein freies und unabhängiges Kurdistan zu unterstützen. Dies indessen wäre aber eine politische Richtungsentscheidung, die in den dafür zuständigen Gremien fallen müsste. Falls dann im Rahmen dessen irgendwelche kurdischen Organisationen, so sie sich denn inhaltlich und von der Art ihres Vorgehens her verändern, neu bewertet werden müssten, wäre das nach meinem Dafürhalten eine Angelegenheit, über die man zumindest in der Lage sein müsste zu diskutieren. Das könnte zu Neubewertungen führen.

Solange aber eine Organisation wie die PKK der Gewalt nicht abschwört, solange es einen militärisch geführten Konflikt mit unzähligen Toten jedes Jahr in Kurdistan gibt, solange kann es nicht sein, dass bestehende und rechtsstaatlich saubere Organisationsverbote im politischen Leben, zumindest hier in der Domstadt, überhaupt keine Wirksamkeit entfalten und das Abbild des Abdullah Öcalan auf dem Neumarkt über Wochen hinweg in aller Öffentlichkeit gezeigt wird. Überprüfen Sie doch bitte einmal, wie widersprüchlich und unsinnig Ihr Verhalten ist. Das, meine Damen und Herren, kann so wirklich nicht weitergehen. Jedem, dem am Erhalt des demokratischen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland gelegen ist, wird bei der jetzt folgenden Abstimmung unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

**2.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend
„Auswirkungen der Finanzmarktkrise
auf die Stadt Köln“
AN/2503/2008**

Man muss natürlich vorsichtig von möglichen Auswirkungen sprechen, die ein wichtiges Thema im Hinblick auf das Jahr 2009 sind. Angesprochen sind hier im Wesentlichen zwei Aspekte: Welche Konsequenzen ziehen wir angesichts eventuell sinkender Steuereinnahmen? und: Wie nutzen wir angekündigte Sonderkonjunkturprogramme des Bundes und/oder des Landes?

Zum ersten Aspekt darf ich Ihnen sagen, dass wir das Thema im Stadtvorstand bereits ausführlich behandelt haben. Unabhängig von den Auswirkungen der Finanzkrise, die im Laufe des Jahres 2009 ja in allen Fachbereichen zu erwarten sind, mussten und müssen wir uns ohnehin vor dem Hintergrund des bereits jetzt erkennbaren Haushaltsdefizits in 2009 in Höhe von 102 Millionen Euro ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen. Aus diesem Grund wurde auch schon durch den Stadtkämmerer eine Verfügungsbeschränkung für das Haushaltsjahr 2009 erlassen. Über die Einzelheiten werden Sie in Kürze schriftlich informiert.

(Karl Klipper [CDU]: Haben wir schon!)

- Aber die Einzelheiten kennen Sie noch nicht. Es kommen noch einige Details dazu. - Die Verwaltung hat somit bereits jetzt die ersten gebotenen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, sodass eine zielgerichtete, aber vorsichtige Haushaltsbewirtschaftung in 2009 möglich ist, die unsere Handlungsfähigkeit erhält und aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt.

Zum zweiten Aspekt, Nutzung der angekündigten Konjunkturprogramme: Wir sollten jeden Euro, den wir von Berlin und/oder Düsseldorf bekommen können, sinnvollerweise in die Förderung unserer Wirtschaft und in die Sicherung der Arbeitsplätze stecken. Es kommt darauf an, wie die Programme dann konkret aussehen werden. Aber wir haben eine Reihe

von sehr unterschiedlichen Projekten mehr oder minder fertig in den Schubladen, die wir mit zusätzlichen Geldern auch schneller angehen können. Ich würde mich freuen, wenn wir entsprechend kürzere Verfahren bekommen könnten, sowohl was die Vergabe als auch was die Ausschreibungen betrifft, damit wir schnell handeln können und der Bürger merkt, dass das Geld in der Wirtschaft ankommt und eine Konjunkturbelebung entsteht.

Ich habe deshalb den Bau- und Planungsdezernenten ebenso wie den Wirtschaftsdezernenten gebeten, umgehend alle vorgeplanten Projekte daraufhin durchzusehen und sie so zu strukturieren und weiterzuentwickeln, dass wir dann schnell agieren können, immer vorausgesetzt, die Konjunkturprogramme passen dazu. Aber in ersten Ankündigungen hieß es ja, dass in die Bereiche Infrastruktur, Straßenbaumaßnahmen, Schulsanierungen usw. investiert werden soll.

Noch ein letzter Hinweis, meine Damen und Herren: Wir brauchen dann allerdings in der Verwaltung auch das Personal dafür - das ist sehr wichtig -, um solche Aufträge konkret abwickeln zu können. Insbesondere sind hier Techniker und Ingenieure vonnöten, aber auch Betreuungspersonal, wenn wir an die Schulen und Kindergärten denken. Wir sollten es dann im Rat - das ist meine Bitte an Sie - nicht an der Bereitstellung von Personalstellen scheitern lassen, wenn wir auf der anderen Seite damit sinnvolle Millioneninvestitionen in Köln ermöglichen können. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte nun Herrn Klipper, zu diesem Antrag zu sprechen.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nur ergänzend zu dem, was der Oberbürgermeister schon dazu gesagt hat,

(Beifall von Josef Müller [CDU])

möchte ich noch einige Anmerkungen machen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Oberbürgermeister ist aber nicht Antragsteller! - Gegenruf: Doch!)

Spaß beiseite! - Vor circa zwei Monaten stand ich hier vorn am Rednerpult im Zusammenhang mit der Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft für die MesseCity.

Schon damals habe ich gesagt: Hoffentlich erreicht uns die virtuelle Finanzkrise nicht bald auch im realen Bereich. Das ist mittlerweile längst passiert. Es gibt Insolvenzen bei den Autozulieferern, es gibt Entlassungen in den Callcentern, und es gibt Entlassungen bei Zeitarbeitsfirmen. Das alles führt dazu, dass die Belastungen für die Stadt größer werden. Gleichzeitig hatte die Finanzkrise erhebliche Auswirkungen auf die Sparkasse. Wir wissen noch nicht - das sage ich ganz deutlich -, wie sich die Einnahmensituation auf Dauer gestalten wird.

Deswegen müssen wir vorher, und zwar jetzt Instrumente entwickeln und ausarbeiten, wie wir dieser Finanzkrise entgegentreten können.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir haben Rücklagen in Höhe von ungefähr 600 Millionen Euro, die wir in den nächsten Jahren ausgeben können, wenn wir Defizite haben, bevor wir wieder unter ein Haushaltssicherungskonzept geraten. Und ich möchte auf keinen Fall in den nächsten zwei, drei Jahren - mehr kann man zurzeit nicht übersehen - wieder unter das Haushaltssicherungskonzept geraten, weil das wegen der eingeschränkten Handlungsfähigkeit die größte Strafe wäre. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir neben der Haushaltsführung 2009 und der jetzt in vielen Bereichen angeordneten Kontingentierung auf 35 Prozent bis zum 30.06. gleichzeitig auch darüber sprechen müssen, in welchen Bereichen wir Einsparungen vornehmen können.

In der letzten Finanzausschusssitzung wurde gesagt, dass es im Dezernat von Frau Bredehorst derzeit einen Überschuss von ungefähr 20 bis 25 Millionen Euro gibt. Man muss die Frage stellen, ob wir diese 25 Millionen Euro nicht auch als Ertrag im Jahr 2009 perpetuieren können.

(Beifall von Josef Müller [CDU])

Damit wäre schon ein Drittel unseres Defizits in 2009 beseitigt. Wir müssen jeden Bereich untersuchen, und zwar jetzt, wo es uns noch einigermaßen gutgeht, und nicht erst in einem halben Jahr, wenn wir wie das Kaninchen vor der Schlange hocken. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, den ich als viel wichtiger erachte, ist: Sollte es ein Konjunkturprogramm geben, ob nun in Berlin oder in Nordrhein-Westfalen, müssen wir die Fähigkeit haben,

dieses Investitionsprogramm auch in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Das heißt, wir müssen Projekte in der Schublade haben, die wir sofort umsetzen können. Deswegen fordere ich die Dezernenten, die damit etwas zu tun haben, auf, schon heute Projekte so weit voranzutreiben, dass sie in der Schublade liegen und umsetzbar sind, selbst wenn sie jetzt noch nicht begonnen werden können, sondern erst, sobald wir die Mittel dafür bekommen.

Ich will Ihnen hierzu ein paar Beispiele nennen. Wir könnten ein Programm auflegen, unsere Kreisverkehre auszubauen. Wir könnten die öffentlichen Gebäude mit einer besseren Wärmedämmung ausstatten. Wir könnten die Vergabeverfahren - jetzt spreche ich ein ganz besonderes Thema an - verkürzen beziehungsweise deren Grenzen nach oben setzen. Es kann doch nicht sein, dass wir bei einer Vergabe in Höhe von 5 001 Euro eine öffentliche Ausschreibung machen müssen. Es müsste doch auch möglich sein, eine öffentliche Vergabe in Höhe von 200 000 oder 300 000 Euro ohne ein kompliziertes Vergabeverfahren zu erteilen.

(Beifall bei der CDU)

Das würde zwei oder drei Monate schneller gehen, und wir würden damit nicht nur der Wirtschaft helfen, sondern könnten auch die Arbeitslosenzahlen senken und den Finanzetat unserer Stadt ein wenig entlasten.

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang auch sagen: Wenn wir das nicht heute schon machen, werden einige Projekte erst im Jahr 2010 umgesetzt werden können. Derzeit brauchen wir bei größeren Ausgaben neun bis zehn Monate für die Vergabe. Deswegen habe ich die Bitte an den Finanzausschuss und an Herrn Kahlen, der für die Vergabe zuständig ist, zu überlegen, zumindest zeitweise, das heißt, für zwei Jahre, bis Ende 2010, die Vergaberichtlinie zu ändern. Wenn wir höhere Werte ansetzen würden, könnten wir die Vorhaben schneller umsetzen, weil wir dann nicht den Weg, diesen Kreislauf über Vergabeausschuss, Rechnungsprüfungsamt usw. nehmen müssten.

(Michael Zimmermann [SPD]:
Bundesgesetze, Europagesetze!)

- Ja, wir haben die Bundesgesetze noch nicht ausgenutzt. Wir könnten viel höher herangehen.

Für die europaweite Ausschreibung liegt die Grenze bei circa 5 Millionen Euro. Aber für andere Vorhaben, die unter 300 000 Euro liegen, könnten wir das Vergabeverfahren vereinfachen. Ich bitte Sie darum, das in diesem Bereich umzusetzen. Denn dann erhöhen wir unsere Chancen.

Lassen Sie mich noch einige Beispiele dafür nennen, wie wir schneller reagieren könnten. Gemäß einer Vorlage werden wir uns mit den Reparaturen der Schwimmbäder erst wieder ab 2011 beschäftigen. Warum können wir die Reparaturen der Schwimmbäder, die ja zur Grundversorgung gehören, nicht vorziehen?

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/
Die Grünen])

Damit würden wir einerseits den Bürgern etwas zurückgeben und gleichzeitig etwas für die Wirtschaft unseres Landes tun. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken und unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. - Herr Neubert für die SPD-Fraktion, bitte.

Michael Neubert (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Inzwischen wissen alle Menschen in Deutschland, bis auf eine Dame in Berlin, dass sich die sogenannte globale Finanzkrise auch auf Deutschland nicht nur als ein laues Lüftchen auswirken wird. Auch bei uns wird es eher einen handfesten Sturm geben. Wie in einer solchen Situation üblich, rüsten sich alle Betroffenen gegen dieses drohende Unwetter. Das machen sicherlich auch alle Verantwortlichen unserer Stadtverwaltung, an der Spitze Herr Oberbürgermeister Schramma und der für Finanzen zuständige Kämmerer, Herr Soénius.

(Karl Klipper [CDU]: Bravo!)

- Klatschen Sie am Ende, Herr Klipper; warten Sie doch ab. - Ich gehe auch davon aus, dass sie die Ergebnisse ihrer weiteren Überlegungen - wir haben eben gehört, sie haben die ersten schon angestellt - nicht für sich behalten, sondern uns diese in den Ausschüssen und hier im Rat mitteilen werden, woraus wir dann die richtigen Konsequenzen für Köln ziehen können.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wenn die CDU-Fraktion jedoch diese Selbstverständlichkeiten noch durch einen Beschluss des Rates untermauern möchte, werden wir diesem Antrag zustimmen, nicht zuletzt, weil der Geist des nahenden Weihnachtsfestes schon durch diesen Saal weht.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Neubert. - Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Frank, bitte.

(Zuruf von Dr. Lothar Theodor
Lemper [CDU])

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrter Herr Lemper! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich bitte, die Reihenfolge zu beachten.

(Heiterkeit)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herrn Lemper muss ich natürlich besonders hervorheben, macht er doch ab und an ganz witzige Zwischenrufe.

(Herbert Gey [CDU]: Herr Professor, so viel Zeit muss sein!)

Ich finde es zunächst einmal sehr vorteilhaft, dass nun auch die Verwaltung - der Oberbürgermeister hat es eben zusammengefasst - erkannt hat, dass wir uns in einer Finanzmarktkrise befinden und es deutlich rezessive Tendenzen gibt; denn sowohl die Mitteilungen im Oktober und November im Finanzausschuss als auch die dortigen Äußerungen hatten bei mir den Eindruck hinterlassen, dass die Welt völlig in Ordnung sei und allenfalls einige aufgeregte Ratsmitglieder dunkle Wolken sähen, obwohl schon damals klar war, dass wir auf eine große Krise zusteuern.

Man kann das auch an den Überschriften in der Presse ablesen. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* titelt: „Lanxess und Bayer drosseln ihre Produktion“. Die *Financial Times Deutschland* empfiehlt am 10.12.: „Warm anziehen und ausharren. Noch

geht es dem Mittelstand gut. Kredite sind zwar teurer geworden, aber zu haben. Trotzdem stellen viele Firmen ihre geplanten Investitionen zurück. Die Devise heißt: Abwarten“.

Insofern war es begrüßenswert, dass im Finanzausschuss am Montag einige Fakten dargelegt worden sind. Eine erste Einschätzung der Steuerschätzung November belegt, dass wir etwa 60 Millionen Euro weniger Einnahmen in 2009 haben werden. Die Mittelfristige Finanzplanung, die wir in der letzten Ratssitzung verabschiedet haben, weist bereits jetzt mit über 100 Millionen Euro ein relativ hohes Defizit für 2009 aus. Begrüßenswert ist deshalb auch die Verfügungsbeschränkung, die der Herr Stadtkämmerer uns nach der Finanzausschusssitzung ins Haus geschickt hat. Diese Maßnahme halte ich für richtig.

Auch wir Grüne haben dazu beigetragen - wir sind froh, dass wir dafür im Haushaltsbündnis gemeinsam mit SPD und CDU eine Mehrheit erreichen konnten -, dass der Stellenplan nicht völlig ausufert. Durch die Prüfung im Juni, die gerade von unserer Seite initiiert worden ist,

(Dr. Ralf Elster [CDU]: Rede mal zum Thema!)

hat die Verwaltung erkannt, dass sie einen zu großen Schluck aus der Pulle genommen hat. Der Stellenplan ist jetzt noch einmal ein Stück weit zurückgefahren worden. Und da sind wir beim Thema, werter Kollege:

(Dr. Ralf Elster [CDU]: Aha, jetzt nach fünf Minuten!)

Dadurch sparen wir Geld ein.

(Dr. Ralf Elster [CDU]: Wir wollen nicht Geld einsparen! Wir wollen Geld ausgeben!)

Personal ist nun einmal nicht umsonst zu haben. Wenn Sie eine Verwaltung finanzieren wollen, brauchen Sie dafür Geld, und dieses Geld wird Ihnen nicht Frau Merkel spendieren.

(Dr. Ralf Elster [CDU]: Nein! Der Geldmarkt!)

Wir werden wahrscheinlich von einigen Elementen des Konjunkturprogramms profitieren können. Der Hinweis des Oberbürgermeisters, man bräuchte dafür mehr Personal, um das umzusetzen zu können, mag vielleicht auf den ersten Blick richtig sein, auf den zweiten aber nicht. Der Unterschied ist nämlich folgender:

Diese Programme sind ein zeitlich vorübergehendes Phänomen. Sie werden in einigen Monaten wie ein Feuerwerk abgebrannt sein. Wenn Sie dafür unbefristet Personal eingestellt haben, werden Sie es weiter bezahlen müssen. Insofern muss man sich etwas Intelligenteres einfallen lassen. Von daher sind wir froh, dass der AVR in seiner Sondersitzung das nun endgültig gedeckelt hat. Damit wird die Ausuferung der Personalkosten durch Stellenausweitung eingedämmt. Das ist, denke ich, ein Erfolg.

Richtig ist, dass alle Dezernate ihre Aufwendungen auf den Prüfstand stellen müssen, also nicht nur das Dezernat Soziales, Herr Klipper, auch wenn das ihr Lieblingsthema ist. Das gilt für alle Dezernate. Die Verwaltung kann die Weihnachtspause nutzen, sich Gedanken zu machen, inwieweit die zum Teil ja nur angekündigten, also noch nicht beschlossenen Konjunkturprogramme wirklich nutzbar sind. Hier ist meines Erachtens in erster Linie die Gebäudewirtschaft gefragt, die sehr viel Akribie und Fantasie aufbringen muss, um den Sanierungsstau abzubauen. Ich bin gespannt, ob das möglich ist. Es gibt ja einige, die sagen, die Gebäudewirtschaft sei nicht mehr reformierbar. Ich hoffe, sie behalten nicht recht. Dazu wird ein Programm erwartet. Ich denke, dass insbesondere die vielen Infrastrukturmaßnahmen, die wir im Bürgerhaushalt beschlossen haben - es sind ja vor allem Infrastrukturmaßnahmen - dann finanzierbar werden.

Zu dem Antrag der CDU, den Herr Klipper hier vorgestellt hat, ist zwar schon alles im Finanzausschuss gesagt worden, aber, wie mein Vorredner schon sagte, auch wir von den Grünen möchten die vorweihnachtliche Stimmung nicht trüben und werden deshalb diesem Antrag zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. - Herr Breite für die FDP-Fraktion, bitte.

Ulrich Breite [FDP]: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann muss ich wohl die Aufgabe übernehmen, die vorweihnachtliche Stimmung ein wenig zu trüben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Frank hat ja schon das Stichwort Haushaltsbündnis genannt. Ich glaube, jetzt wird mir die CDU nicht so applaudieren wie bei dem anderen Antrag eben.

Der Antrag der CDU-Fraktion besteht aus zwei Teilen. Der erste Absatz behandelt in einer entwaffnenden Ehrlichkeit, welchen finanzpolitischen Murks Sie mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 verabschiedet haben.

(Beifall bei der FDP)

Dieser weist nämlich ein Defizit von über 102 Millionen Euro aus. Den zweiten Absatz könnte man so interpretieren, dass Sie Ihrem eigenen Oberbürgermeister misstrauen, die richtigen Planungen durchzuführen. Aber der Oberbürgermeister hat ja gerade klargestellt, dass er auch selbst daran denkt. In beiden Punkten geben wir der CDU recht. Wegen dieser schonungslosen Ehrlichkeit stimmen wir diesem Antrag auch gerne zu.

Beginnen will ich bei dem zweiten Absatz des Antrages. Krisen haben auch immer die Chance, etwas Richtiges zu tun. Investitionen in Infrastruktur, ob nun wirtschaftliche Krise oder nicht, sind immer richtig. Konjunkturprogramme in konsumtive Ausgaben - da hat Finanzminister Steinbrück, ein Sozialdemokrat, man mag es kaum glauben, völlig recht - sind Bullshit. Sie verpuffen, weil ihnen die langfristige Wirkung fehlt. Wer die Inlandsnachfrage nachhaltig fördern will und dabei insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge hat, muss ihnen mehr Netto vom Brutto lassen und die Steuern und Lohnnebenkosten senken.

(Beifall Ralph Sterck [FDP])

Es bleibt das Geheimnis der beiden Volksparteien und insbesondere der SPD, früher einmal die Partei des kleinen Mannes beziehungsweise der der kleinen Frau, warum sie die Abschaffung der kalten Steuerprogression ablehnen und diese Forderung freigiebig uns Liberalen überlassen. Die kalte Steuerprogression bedeutet das Auffressen der Lohnerhöhungen, weil die Steuersätze seit Jahren nicht der Inflationsrate angepasst wurden. Die kalte Steuerprogression belastet alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außergebührlich und ist schlichtweg unanständig. Sie gehört deshalb abgeschafft. Wir übernehmen dankbar diese Aufgabe. Schade, dass die CDU auf ihrem Bundesparteitag Herrn Merz und seinen Ausführungen nicht gefolgt ist.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Köln kann mehr. Wir übernehmen auch ausgesprochen gern die Forderung der CDU, perspektivisch zu denken und Projekte in der Hinterhand zu halten, sodass sie, wenn die Mittel für Infrastrukturmaßnahmen von Land und Bund vergeben werden, sofort umgesetzt werden können. Auch hier gilt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben beziehungsweise Köln. Herr Oberbürgermeister, übernehmen Sie. Sie sind der Chef der Verwaltung.

Kommen wir zum ersten Absatz. Hätten wir im Doppelhaushalt 2008/2009, den wir bei guter Konjunktur und besten Steuereinnahmen beraten haben, nachhaltiger vorgesorgt, bräuchten wir die Dringlichkeit dieses Absatzes gar nicht zu beschließen, meine Damen und Herren. Gute Haushaltspolitik sorgt in guten Zeiten für schlechte Zeiten vor. Wem das zu intellektuell ist, der soll sich ein Beispiel an den Winterschlaf haltenden Tieren wie Igel oder Bär nehmen. Die fressen sich in den warmen, sprich guten Zeiten eine Fettschicht an, um in den kalten, sprich schlechten Zeiten davon zu zehren und zu überleben. Das funktioniert sehr gut.

Doch was haben die drei haushaltspolitischen Kumpels von CDU, SPD und Grünen gemacht? Sie haben trotz guter Konjunktur und Steuereinnahmen richtig einen draufgemacht, sie haben sich auf die guten Zeiten zugestrotzt, sie haben alles auf den Kopf gehauen und, als ob das nicht schon reichen würde, sie haben auch noch Schulden in Höhe von 102 Millionen Euro für das Jahr 2009 gemacht. Jetzt ist der Kater groß. Jetzt fragt die CDU die Verwaltung, wie sie trotz des angerichteten Schadens und bei sinkenden Steuereinnahmen sowie steigenden Ausgaben die Leistungsfähigkeit der Stadt sichern kann. Höre ich da die CDU etwa nach der Mutti rufen?

Eine fulminante Ausrede für das haushaltspolitische Gelage von CDU, SPD und Grünen habe ich im Finanzausschuss gehört, nämlich, dass auch wenn der Haushalt 2009 mit einem Defizit von 102 Millionen Euro nicht so ganz richtig aufgestellt gewesen sei, sei es jetzt, in dieser schlechten wirtschaftlichen Lage, schlaue gewesen, finanzpolitisch so richtig die Sau rauszulassen. - Sie hören, ich bin wieder in der Tierwelt gelandet. Ich weiß nicht, was Igel oder Bär dazu sagen würden. Ich sage: Nach Adam Riese wäre unser finanzpolitischer Spielraum größer in dieser Wirtschaftskrise, hätten wir dieses Defizit von 102 Millionen Euro

nicht. Herr Klipper, dann könnten wir nämlich mehr klotzen, anstatt wie jetzt nur zu kleckern.

(Karl Klipper [CDU]: Herr Breite, darf ich eine Frage stellen?)

- Können Sie gleich am Ende meiner Rede machen.

Jede und jeder von Ihnen kann einmal bei einem Sparkassenberater - das Wort „Bankberater“ kommt mir angesichts der Finanzkrise jetzt nicht über die Lippen - nachfragen, welche Finanzstrategie die richtige ist: die Strategie der FDP, die ich eben vorgetragen habe, oder das verabschiedete Schuldenmachen. Ich kenne die Antwort. Jetzt müssen die Kölnerinnen und Kölner die Suppe auslöffeln, die uns diese haushaltspolitischen Leichtmatrosen eingebracht haben. Der Antrag ist der richtige Weg zur Erkenntnis. Wir stimmen darum diesem Antrag zu. - Herr Klipper, jetzt dürfen Sie gern Ihre Frage stellen.

Karl Klipper (CDU): Ich danke dem Sautreiber oder Bärenreiber.

(Ulrich Breite (FDP): Winterschlaf haltende Tiere!)

Herr Breite, Sie sind ja Mitglied des Finanzausschusses. Daher ist Ihnen auch die letzte Mitteilung des Kämmers bekannt, die besagt, dass wir aus dem Jahr 2008 einen Überschuss von knapp 100 Millionen Euro haben. In dem vom Haushaltsbündnis SPD, Grüne und CDU gibt es einen Überschuss von ungefähr 100 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU)

Also gibt es kein Defizit, sondern ein Überschuss von nahezu 100 Millionen Euro.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: 82!)

- 82 plus 10, Herr Kämmers. Warten wir einmal die Abrechnung ab. Dann werden es über 100 Millionen Euro sein.

Herr Breite, Sie werden mir bestimmt meine Frage beantworten können, mit wie viel Kassenkrediten diese überschuldete Stadt arbeitet. Nach den mir vorliegenden Informationen betragen die Kassenkredite 0 Euro. Wir haben ein Festgeld, wenn ich es richtig im Kopf habe - Herr Breite, Sie werden das bestätigen können -, von zurzeit

160 Millionen Euro. Es handelt sich um keine Kassenkredite, sondern um Festgeld.

Herr Breite, ist Ihnen trotz Ihrer Kritik an der „miserablen“ Haushaltsführung von SPD, Grünen und CDU auch bewusst, dass wir seit 2005 ungefähr 0,5 Milliarden Euro an langfristigen Schulden getilgt haben? Stimmen Sie mir zu, dass dieses Haushaltsbündnis in 2007, 2008 und 2009 eine sehr solide Haushaltsführung gemacht hat? Ich gehe davon aus, dass wir auch in 2009 die problematische Situation hervorragend bewältigen werden. Stimmen Sie darin mit mir überein?

(Beifall bei der CDU)

Ulrich Breite (FDP): Herr Klipper, vielen Dank für die Frage. Das Plus, das Sie gerade angesprochen haben, ist nicht das Ergebnis guten Haushaltes von CDU, SPD und Grünen. Das haben die Kölner Bürgerinnen und Bürger zuzeiten guter Konjunktur erwirtschaftet.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] - Heiterkeit)

Aber Sie haben für das Jahr 2009 ein Defizit von 102 Millionen Euro beschlossen, weil Sie meinten, es würde mit den Steuereinnahmen immer so weitergehen. Das war schlichtweg falsch. Darum haben wir das auch abgelehnt.

Sie haben gesagt, Sie wollten jetzt mehr Geld ausgeben, weil das gut für die Konjunktur sei. Der Herr Kämmers sagt in seiner Mitteilung etwas anderes, nämlich a) dass Sie zu viele Schulden gemacht haben und b) dass neue Belastungen auf uns zukommen. Er sagt der Verwaltung, dass nur noch 35 Prozent der Haushaltsansätze für 2009 ausgegeben werden können. Das ist kein Konjunkturprogramm. Ihm fehlt jetzt, da er Vorsorge treffen muss, das Geld. Hätten Sie diese 102 Millionen Euro nicht ausgegeben, hätten wir dieses Geld in der Rücklage, könnten es nutzen und könnten mehr tun.

(Karl Klipper [CDU]: Das geht eben nicht! Das wissen Sie doch!)

- Herr Klipper, Sie müssen lernen - das werden Sie hoffentlich -, wenn es nach der Kommunalwahl eine andere Mehrheit hier im Rat gibt, dass Schuldenmachen der falsche Weg ist und dass das nicht seriös ist. Selbstverständlich brauchen wir Konjunkturprogramme. Hätten Sie nicht diesen Haushalt für 2009 beschlossen,

würde es uns hier in Köln jetzt besser gehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. - Die Linke hat sich nun zu Wort gemeldet. Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir können in diesem Antrag nichts Neues erkennen. Aber zu unserer großen weihnachtlichen Vorfreude haben wir festgestellt, dass darin auch nichts Falsches steht. Insofern können auch wir diesem Antrag zustimmen.

Die CDU ist vielleicht ein bisschen spät dran, aber sie hat es ja noch rechtzeitig gemerkt. Ihre Formulierungen klingen allerdings ein wenig harmlos. Man kann nicht mehr davon reden, dass die Finanzmarktkrise Auswirkungen auf die sogenannte Realwirtschaft haben könnte. Denn das ist nicht nur eine Finanzmarktkrise, sondern eine ausgewachsene Rezession. Auch der Crash auf den Finanzmärkten hatte letztendlich seine Wurzeln im Produktionssektor, also in der sogenannten Realwirtschaft.

Ohne Frage wird diese Krise gewaltige Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben. Ohne Frage können Kommunen - sie allein schon mal gar nicht -, aber auch Bund und Länder nicht bei weltweiter Rezession vollständig gegensteuern. Aber einiges kann getan werden. Diese Rezession wird vor allem die sogenannten kleinen Leute betreffen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter insbesondere die Kolleginnen und Kollegen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die befristet oder in Billigjobs arbeiten. Es wird der Druck auf die Löhne steigen, und es werden Arbeitsplätze vernichtet werden.

Wir als Linke sehen es als vordringliche Aufgabe an gegenzusteuern, indem qualifizierte und nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden und das Einkommen der unteren Einkommensschichten gestärkt wird. Das entscheidet nicht die Stadt Köln; das ist richtig. Aber die Einführung eines bundesweit geltenden Mindestlohns sowie die Erhöhung der Regelsätze des ALG II und damit dessen Umwandlung in eine vernünftige Grundsicherung sind notwendige Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die Auswirkungen dieser Krise abzumildern. Das wird das Leben von

Millionen Menschen einfacher und besser machen. So kann eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage verhindert werden.

Wir fordern bundesweit ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Wir fordern, a) solche Programme auch auf kommunaler Ebene umzusetzen, wenn sich da Ansätze bieten, und wir fordern b) auch eigene Aktivitäten der Kommune. Wir halten auch in der jetzigen Zeit Investitionen für nötig, und zwar nicht nur, wie es Herr Klipper hat anklingen lassen, für den Straßenbau, sondern auch Investitionen, die dazu beitragen, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Wir halten vor allem Wohnungsbauprogramme für nötig. Sie würden zum einen dafür sorgen - Sie haben die Berichte in der Zeitung gelesen -, dass der Druck wegen der hohen Mieten gemildert würde, zum anderen könnten Arbeitsplätze im Bausektor geschaffen beziehungsweise gesichert werden. Auch Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Bildung, öffentlicher Nahverkehr und Gesundheitswesen sind nach unserer Ansicht sinnvoll.

Wir möchten die bürgerlichen Parteien davor warnen, diese Krise dafür zu nutzen, weitere Kürzungen vorzunehmen und so den Menschen noch mehr zu nehmen. Die Mehrheit der arbeitenden, aber auch der erwerbslosen Menschen in diesem Land hat schon nichts vom sogenannten Aufschwung der letzten Jahre gehabt. Die Geduld ist arg strapaziert. Wenn es jetzt zu neuen Attacken auf öffentliche Dienstleistungen oder auch auf Transferleistungen kommt, werden die Leute das nicht mehr ohne Widerstand hinnehmen.

Ein weniger versöhnliches Wort zur FDP zum Abschluss. Herr Breite, wenn Sie komplexe weltwirtschaftliche Zusammenhänge auf den Lebenszyklus eines Murmeltiers oder Braunbären reduzieren, zeigt das schon ein bisschen Ihren ökonomischen Sachverstand. Gerade die FDP möchte sich ja immer als *die* Ökonomin, als *die* Wirtschaftsfachleute darstellen. Tatsache jedoch ist, dass Sie die Dinge nicht verstanden haben, wenn Sie zu Beginn einer schweren Rezession sagen, Schuldenmachen sei immer der falsche Weg und man müsse ausgeglichene Haushalte haben. So funktioniert das nicht. Jetzt sind gesellschaftliche Investitionen nötig in vernünftige Arbeitsplätze und damit in die Stärkung der Massenkauftkraft, weil das die Auswirkungen dieser schweren Krise auf die Menschen abdämpfen und letztendlich dazu führen wird, dass auch die

Stadt Köln besser aus dieser Situation wieder herauskommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass die CDU endlich da angekommen ist, wo wir schon längst hätten sein können, wenn Sie in der letzten Ratssitzung dem Antrag des Kölner Bürger-Bündnisses zum Abbau der Schulden nicht widersprochen hätten.

(Karl Klipper [CDU]: Danke schön, Herr Dr. Müser!)

In der letzten Ratssitzung habe ich mich vehement für die Einführung eines Analyse-Instrumentariums eingesetzt, das Krisen voraussieht und die Handlungsfähigkeit in der Zukunft sicherstellt. Dafür bin ich damals ausgelacht worden, zum Beispiel von Herrn Möring und auch von Herrn Klipper, die das Ganze eher als Zauberei angesehen haben. Das Kölner Bürger-Bündnis hatte ein Programm vorgeschlagen, das vor allem das Thema Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt. Nachhaltigkeit durch Sparen und nachhaltige Investitionen für die Kölner Bürger. Das ist aber mit breiter Mehrheit hier abgelehnt worden.

Jetzt kommt ein Antrag, der genau das zum Gegenstand hat. Wie heißt es so schön: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist aber in Köln kein Thema. Hier heißt Wirtschaften nicht Umgang mit knappen Gütern. Vielmehr wird im Antrag der CDU nebulös von „Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen und gleichzeitig Förderprogramme des Bundes nutzen“ gesprochen, obwohl natürlich klar ist, dass das die Quadratur des Kreises darstellt. Der Schwarze Peter wird jetzt erst einmal der Verwaltung zugeschoben, die, wie von Herrn Frank hier dargestellt, in der Weihnachtspause erarbeiten soll, wie das funktionieren kann. Das wird das Vertrauen der Bürger nicht steigern. Die Finanzkrise, von der wir hier reden, ist vor allem auch eine Vertrauenskrise.

Es würde schon ausreichen, wenn bei städtischen Investitionsobjekten Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit stärker in den Vordergrund gestellt und insbesondere Großprojekte, die jetzt

angeschoben werden, auch einmal dahingehend evaluiert würden. Es werden hier Großprojekte wie zum Beispiel die Flora oder die Oper in den Raum gestellt, die weder gesellschaftlich, sozial noch wirtschaftlich irgendeine Nachhaltigkeit erzeugen. Hier geht es einfach nur darum, Geld auszugeben.

(Jürgen Koch [CDU]: Quatsch!)

Investieren Sie lieber in Projekte, bei denen die Nachhaltigkeit nachgewiesen ist. Schaffen Sie das Instrumentarium dazu. Sorgen Sie dafür, dass in den Vorlagen der Verwaltung stets auch die Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen wird. Dann werden die Bürger Ihnen auch wieder folgen. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich sehe große Zustimmung. Deswegen frage ich jetzt bei der Abstimmung zu diesem Antrag zuerst nach den Gegenstimmen. Wer ist gegen den Antrag? - Dagegen ist keiner. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Dr. Müser ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Antrag, dem Tagesordnungspunkt 2.1.9:

2.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ AN/2521/2008

Es spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dort, wo wir unsere Mitglieder rekrutieren, ruht natürlich in Teilen auch unsere Aufmerksamkeit. Deshalb haben wir den letzten Bundesparteitag der CDU sehr sorgfältig verfolgt. Was da alles debattiert und beschlossen worden ist, hatte zwar nicht immer uneingeschränkt Hand und Fuß und fand auch nicht in allen Sachfragen unsere Zustimmung. Aber einiges war doch bemerkenswert, insbesondere eine Resolution für die Verankerung von Deutsch als Sprache der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz, die von der CDU-Basis kam und die von dieser Basis auch gegen die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel durchgesetzt worden ist. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang; denn er belegt, dass in der früheren Volkspartei CDU ein paar basisdemokratische Mechanismen durchaus

noch funktionieren und dass in dieser Partei doch noch der eine oder andere aktiv zu sein scheint, der sein Herz am richtigen Fleck hat.

Den Inhalt dieses Beschlusses des CDU-Bundesparteitages bringen wir hier nun als Antrag ein. Unser Antrag thematisiert eine Angelegenheit, die für die Zukunft unseres Landes in ihrer Bedeutung überhaupt nicht überschätzt werden kann. Diejenigen, die einwenden, die Aufnahme von Deutsch als Sprache der Bundesrepublik ins Grundgesetz sei in diversen Verfahrensregelungen ohnehin bereits erwähnt und es sei doch offensichtlich, dass Deutsch die Amtssprache in der Bundesrepublik Deutschland ist, verkennen, dass das zwar gegenwärtig durchaus noch den Tatsachen entspricht, sich aber in den Großstädten der Bundesrepublik Ghettos herausgebildet haben, in denen Deutsch eben nicht mehr uneingeschränkt die Umgangssprache ist. Sie verkennen, dass es Schulen in diesem Land gibt, in denen Deutsch nur die Unterrichtssprache, nicht aber die Sprache ist, die hauptsächlich auf den Schulhöfen gesprochen wird, dass es Lehranstalten gibt, in denen Lehrer ihre Schüler in den Pausen zum Teil ausdrücklich dazu anhalten müssen, sich in deutscher Sprache zu unterhalten und nicht in Türkisch oder Arabisch.

Aufgrund dessen ist es Ausdruck einer vorausschauenden Haltung, dass politische Akteure feststellen: Es besteht ein Bedarf, schon jetzt im Grundgesetz festzulegen, dass Deutsch die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist. Denn über kurz oder lang wird es dazu kommen, zumindest stadtteilbezogen, in Köln, in Hamburg, in Berlin und in anderen Großstädten, dass diese Selbstverständlichkeit zur Disposition gestellt wird. Schon heute gibt es an unterschiedlichen Stellen im öffentlichen Raum mehrsprachige Hinweistafeln. Als Beispiel nenne ich die Hinweistafeln der KVB, auf denen das Schwarzfahren verboten wird. Das ist auch sachgerecht. Denn die Klientel, für die derartige mehrsprachige Hinweistafeln gemacht werden, erreichen Sie nur, wenn Sie sie in einer Sprache ansprechen, die sie verstehen, in der sie träumen und in der sie untereinander hinter verschlossener Tür reden. Mit Hinweistafeln in einer Sprache, die sie nach außen hin gelegentlich als Fremdsprache sprechen, werden Sie diese Menschen nicht wirklich erreichen. Deshalb müssen Sie solche mehrsprachigen Hinweistafeln anbringen.

Wie lange wird es wohl dauern, bis auch das Ortschild von Köln-Vingst mehrsprachig wird?

Grund genug gäbe es ja eigentlich. Wenn Sie in Vingst eine Volksabstimmung machen würden, ob Klein-Vingst ins Türkische übersetzt auf der Ortstafel untergebracht werden sollte, könnte dieser Vorschlag schon jetzt eine Mehrheit bekommen. Wir leben immerhin in einer Demokratie. Deshalb müsste ein solcher Vorschlag, der von der Mehrheit gewollt und gefordert würde, eigentlich auch umgesetzt werden, oder etwa nicht?

Dank solcher Mechanismen können Sie feststellen, dass hier Veränderungsprozesse in Gang gesetzt worden sind. Das findet im wirklichen Leben bereits statt, wird aber bislang im politischen Apparat und im Überbau einfach nicht reflektiert. Deshalb gilt es, auf diesem Feld zu handeln, und zwar jetzt, da die Antwort auf die Frage, welche Sprache die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist, noch eindeutig ausfällt, ehe diese Eindeutigkeit im Laufe der Zeit, spätestens mit dem Wechsel zur nächsten Generation verloren geht.

Meine Damen und Herren, deshalb ist dieser Antrag richtig und wichtig. So vernünftig, wie sich der CDU-Bundesparteitag bei der Abstimmung über diese Frage verhalten konnte, so vernünftig werden hoffentlich auch Sie, meine Damen und Herren, entscheiden, wenn es jetzt darum geht, diesen Inhalt hier im Kölner Rat zu beschließen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die antragstellende Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 3:

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1 auf:

3.1 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Archäologische Zone, hier: Wettbewerbsergebnis“ AN/2544/2008

Die Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor, Herr Dr. Müser. Besteht Nachfragebedarf? - Bitte schön.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung im Zusammenhang mit einer Frage an die Verwaltung. In der letzten Sitzung wurde mir von der Verwaltung mitgeteilt, dass eine Vorlage zur Beantwortung meiner Anfrage im November/Dezember erstellt würde. Ich bin natürlich davon ausgegangen, dass eine solche Vorlage dann auch in den Rat eingebracht wird. Mittlerweile musste ich mich belehren lassen, dass es in der Verwaltung bezüglich der Begrifflichkeit Probleme gibt. Meine Frage zielt auf Folgendes: Was sieht das Stadtrecht bezüglich Nachfragen zu schriftlich beantworteten Anfragen vor? Wie sollen diese eingebracht werden? - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dieser Fall ist in der Geschäftsordnung bislang nicht geregelt. Wenn Sie dazu eine Anfrage haben, machen Sie dazu bitte eine schriftliche Eingabe. Das kann ich Ihnen nur empfehlen. Dann werden wir diese entsprechend bearbeiten und beantworten.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 4.4.1 auf:

4.4.1 Antrag des Integrationsrates zur Änderung des § 27 der Gemeindeordnung NRW 1659/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage an Sie, Herr Oberbürgermeister. In der Vorlage geht es auch um die Beteiligung des Integrationsrates bei Personaleinstellungen. Die Verwaltung schlägt vor, ihn zu informieren. Das ist rechtlich alles völlig korrekt; gar keine Frage. Wir werden dem auch zustimmen.

Trotzdem hätten Sie als Oberbürgermeister ja einen gewissen Spielraum. Sie können natürlich von sich aus eine Form der Beteiligung entwickeln. Mich würde einfach einmal interessieren, ob Sie da nicht auf den Integrationsrat zugehen wollen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe Ihnen ja die Antwort gegeben. Ich habe

zugesagt, ihn frühzeitig zu informieren - und das ist ein Zugehen. - Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Meine Damen und Herren! Herr Detjen, wir haben in der Verwaltung ein gewisses Verfahren praktiziert. Die Gemeindeordnung schreibt nun einmal vor, dass der Rat dem Oberbürgermeister in Sachen Personaleinstellung keine Vorschriften machen kann. Von daher kann der Oberbürgermeister jetzt auch nichts anderes vorschlagen.

In der Praxis machen wir es so wie dargestellt. Ähnliches gilt bei der Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Auch dort findet eine Information statt. Das Ganze erfolgt natürlich so, dass wir die Vertreter - entweder der Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik oder des Integrationsrates - schon im Vorfeld mit beratender Stimme in die Verfahren einbinden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bredehorst. - Dann kann ich abstimmen lassen.

(Beigeordnete Marlis Bredehorst: Es muss über die Verwaltungsvorlage abgestimmt werden!)

- Ja, natürlich; über die Verwaltungsvorlage. Herr Detjen hat ja keinen Antrag gestellt, sondern eine Nachfrage, die beantwortet worden ist.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Vorlage? - Pro Köln stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit beschlossen und aufgenommen.

Nun rufe ich auf:

5. Ortsrecht

5.1 Satzungen

5.1.1 Satzung Bürgerbegehren/Bürgerentscheid/Ratsbürgerentscheid 0071/2008

Hier soll abgestimmt werden wie AVR, Anlage 12.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Thelen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

In Anbetracht der Zeit, der Weihnachtszeit und vor allen Dingen der im AVR getroffenen Vereinbarungen verzichte ich auf meine Rede, möchte sie aber zu Protokoll geben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. Danke.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen] reicht bei den Stenografen sein Redemanuskript zu Protokoll ein [siehe Anlage 1])

Weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Wie vorhin schon angekündigt, rufe ich jetzt die folgenden beiden Punkte gemeinsam auf:

5.1.2 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) 3072/2008

5.1.6 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) 5276/2008

Das Zweite ist eine Ergänzung des Ersten. Wir haben das Ganze in zwei Vorlagen eingepackt.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über TOP 5.1.2 abstimmen - wie AVR, Anlage 5. Gegenstimmen? - Gegen die Linke. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage, die Ihnen unter Tagesordnungspunkt 5.1.6 vorliegt. Gegenstimmen? - Gegen Die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

5.1.3 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung 4247/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? -

Von pro Köln. Somit bei Enthaltung von pro Köln einstimmig beschlossen.

Nun rufe ich auf:

5.1.4 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 4558/2008

Meldet sich jemand dazu zu Wort? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

5.1.5 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 4974/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau May.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz fassen. Deswegen bleibe ich auch hier unten stehen.

Ich werde diese Vorlage ablehnen; denn was darin vorgesehen ist, bringt den Gebührenzahler kein Stück weiter. Die Müllmengen gehen zurück. Hier muss der Einzelne immer noch ein großes Behältervolumen nehmen - wobei eine Reduzierung auf 30 Liter in Ausnahmefällen auch recht wenig ist.

Bisher habe ich jedes Jahr hierzu den Änderungsantrag gestellt, dem Beispiel anderer Kommunen zu folgen, die das Behältervolumen bereits reduziert haben. Jedes Jahr wurde dagegen gestimmt. Jetzt sind wir aber in der Situation, dass die Müllmengen geringer werden, weil die Bürger sortieren. Im Übrigen haben wir gerade ausführlich über die Wirtschaftskrise diskutiert, die auch dazu führen wird, dass immer mehr Leute immer weniger wegschmeißen können.

Das bedeutet, dass die Müllmengen sukzessive weiter sinken werden. Der Bürger muss aber eine große Tonnage bezahlen. Das ist ungerecht.

Aus diesem Grunde kann ich diese Vorlage nur ablehnen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke. - Herr Dr. Fladerer.

Dr. Alexander Fladerer (SPD): Ich möchte es kurz machen. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt die vorliegende Satzung. Die großen Fraktionen von CDU, SPD und Grünen stehen ja auch voll hinter dem entsprechenden Satzungsentwurf.

Ich möchte für meine Fraktion noch einmal betonen, dass wir uns insbesondere sehr darüber freuen, dass jetzt der von uns vorgeschlagene Volls-service in bisherigen Teilservicegebieten eingeführt wird. Damit haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, zu entsprechenden Mehrkosten einen Volls-service der AWB in Anspruch zu nehmen, wenn sie dies wünschen. Besonders interessant ist das für Seniorinnen und Senioren, von denen dieser Wunsch an uns herangetragen wurde, und für Berufstätige, die sich nicht jede Woche um ihre Tonne kümmern können. Sie haben jetzt Alternativen. Sie haben Wahlmöglichkeiten. Diese Flexibilisierung der Satzung begrüßen wir.

Die Gebührengerechtigkeit, die mit der Einführung der virtuellen 30-Liter-Tonne hergestellt wird, ist ebenfalls ganz im Sinne aller Fraktionen.

Von daher ist diese neue Abfallsatzung ein großer Schritt nach vorne, den wir in einem großen Diskussionsprozess zusammen mit der Verwaltung und unter Beratung durch externen Sachverstand erreichen konnten. Das war vorbildlich - ganz im Gegensatz zu der Diskussion um die Abfallgebühren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich abstimmen lassen kann. Gibt es Gegenstimmen? - Frau May - wie angekündigt -, die FDP und pro Köln stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu:

5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

5.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 3073/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln und Die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu:

5.2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) - Abwassergebührensatzung - Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie die Entsorgung von Schmutzwassergruben 5390/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Paul.

Dr. Michael Paul (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ja schon Tradition: Alle Jahre wieder kommen zum Ende des Jahres die Verwaltungsvorlagen, in denen die Gebührenerhöhungen für das Folgejahr beschlossen werden sollen.

Wir als Politik und wir als Stadtverordnete haben hier eine besondere Verantwortung; denn bei den Gebühren handelt es sich um Entgelte unserer Bürgerinnen und Bürger, die sich keinen anderen Anbieter der Leistung aussuchen können. Unsere Bürgerinnen und Bürger, die Gebührenzahler, sind an dieser Stelle „gefangen“. Sie können sich zum Beispiel im Falle der Abwassergebühren nicht aussuchen, von wem sie denn ihr Abwasser reinigen lassen. Deshalb ist hier eine besondere Sorgfalt erforderlich.

2009 - das haben wir heute schon verschiedentlich gehört - wird sicherlich ein ganz besonderes Jahr werden. In diesem Jahr werden wir uns auf Landes- und Bundesebene, auf europäischer Ebene und sogar weltweit für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger aussprechen. In der internationalen Gemeinschaft besteht eigentlich Einigkeit darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten sind.

Das müssen wir natürlich auch hier im Stadtrat berücksichtigen, wenn wir die verschiedenen Gebührensatzungen, die uns heute vorliegen, zu überprüfen haben. Meine Damen und Herren, in der heutigen Situation dürfen wir nicht alle Kosten, deren Überwälzung auf die Bürgerinnen

und Bürger rechtlich möglicherweise zulässig ist, auch tatsächlich auf sie überwälzen.

Ich kann Ihnen eines sagen: Schauen Sie sich den unter Tagesordnungspunkt 9.30 vorliegenden Wirtschaftsplan der Stadtentwässerungsbetriebe an. Für das Jahr 2008 weist die Anstalt des öffentlichen Rechts StEB handelsrechtliche Gewinne in Höhe von 15 Millionen Euro aus. Sogar im Falle der Alternative 1, also bei einer Nullrunde in Sachen Gebührenerhöhung für das Jahr 2009, werden es immerhin noch über 8 Millionen Euro handelsrechtliche Gewinne sein. In dieser Situation ist es aus unserer Sicht geboten, die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter zu belasten. Vielmehr ist es angezeigt, die Kosten hier von den Unternehmen selbst tragen zu lassen.

Deshalb werden wir heute der Alternative 1 der vorliegenden Vorlage zu den Abwassergebühren zustimmen. Wir werden nicht die Verwaltungsvorlage in ihrer ursprünglichen Fassung, die eine Gebührenerhöhung vorsieht, unterstützen.

Dies gilt - das kann ich an dieser Stelle auch schon sagen - für sämtliche Gebührensatzungen, die wir heute zu beschließen haben. Unter den nächsten beiden Tagesordnungspunkten haben wir ja noch die Abfallgebührensatzung und die Straßenreinigungssatzung zu behandeln. Die CDU-Fraktion wird keine Gebührenerhöhung für das Jahr 2009 mitmachen.

(Beifall bei der CDU - Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem Bürger fällt auch überhaupt nicht auf, dass Sie im Wahljahr keine Gebühren erhöhen! - Unruhe bei der CDU)

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, dass wir im Jahr 2009 in einer besonderen Situation sind. Ich sage Ihnen aber auch Folgendes: Unser Abstimmungsverhalten ist in eine langfristige Strategie eingebettet. Diese langfristige Strategie lautet, dass die Gebührenerhöhung für die Bürgerinnen und Bürger nicht höher ausfallen darf als die allgemeine Preissteigerung. Das muss in dieser Stadt auf Dauer sichergestellt sein.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Im Übrigen werden wir heute unter Tagesordnungspunkt 9.13 in Sachen Abfallwirtschaft ja noch wichtige Schritte nach vorne machen. So werden wir es ermöglichen,

eine Schwankungsreserve einzurichten, durch die wir Gebührenerhöhungen ausgleichen können.

Im Jahr 2009 befinden wir uns in einer besonderen Situation. Was die Abwassergebühren angeht, ist eine Beschränkung auf eine Nullrunde nicht nur vollkommen gerechtfertigt, sondern auch geboten und von uns allen zu fordern. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Paul. - Herr Dr. Fladerer, bitte.

Dr. Alexander Fladerer (SPD): Herr Oberbürgermeister, bevor ich meine Rede zu diesem Thema halte, möchte ich die Verwaltung bitten, einmal darzustellen, inwieweit die Gebührenerhöhung notwendig ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Schaaf als Chef der StEB ist ja heute bei uns zu Gast. Vielleicht kann er etwas dazu sagen. Außer ihm begrüße ich hier auch die Vertreter der AWB, Herrn Winkelhog, sowie der Rheinenergie und der Stadtwerke Köln, Herrn Dr. Schmitz, ganz herzlich.

(Karl Klipper [CDU]: Die sind aber schon mehrere Stunden hier!)

- Ja. Ich habe die ganze Zeit nicht dorthin geguckt, weil ich zugeschaut habe, wie du deinen Antrag heute durchbekommen hast, Karl. Das war so begeisternd. Einstimmig! - Bitte schön, Herr Schaaf.

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will sehr gerne Stellung nehmen und begründen, warum es erforderlich ist, die Gebühren zu erhöhen.

Wir haben als Stadtentwässerungsbetriebe vorgeschlagen, die Gebühren um 3,9 Prozent anzuheben. Glauben Sie mir: Das tun wir nicht leichtfertig, weil natürlich klar ist, dass Gebührenerhöhungen generell sehr kritisch betrachtet werden.

Ich darf Ihnen aber sagen, dass wir aus dieser Gebührenerhöhung heraus eine Belastung erzeugen, die bei circa 20 Cent pro Einwohner und Monat liegt. Insofern handelt es sich um eine moderate Belastung, denke ich.

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass wir in die Gebührenkalkulation gleichzeitig eine Reduzierung der Schmutzwassermengen einbezogen haben; denn die Bürger sparen vermehrt Wasser. Das führt natürlich zunächst einmal zu einem geringeren Verbrauch. Dieser geringere Verbrauch entlastet die Bürger dann aber auch bei den Abwassergebühren. Würden wir das berücksichtigen, kämen wir im Ergebnis auf 2,9 Prozent. - Dies als klare Aussage dazu, in welchem Umfang unser Vorschlag zu einer zusätzlichen Belastung führt.

Ich darf des Weiteren erwähnen, dass wir mit diesen Belastungen unter dem Niveau von 1995 liegen. Um einmal Vergleichszahlen zu nennen: Von 1995 bis heute sind die Verbraucherpreise um 25 Prozent gestiegen. - Insofern kann man das auch entsprechend einordnen, glaube ich.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es in dieser Ratsvorlage Varianten. Es ist auch die Variante enthalten, keine Gebührenerhöhung vorzusehen.

(Josef Müller [CDU]: Dafür stimmen wir!)

Das würde bedeuten, dass die Einnahmen der Stadtentwässerungsbetriebe aus Gebühren circa 7 Millionen Euro geringer ausfallen als mit der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung. Die Folge wäre, dass wir diese 7 Millionen Euro zusätzlich als Kredit aufnehmen müssten. Das bedeutet, dass es in den nächsten Jahren dementsprechend zu einer - dann natürlich über die Zeit verzögerten - Belastung kommen würde. Letztendlich wären die Aufwendungen in diesem Fall also in der Zukunft zu zahlen. Diese Konsequenz ergäbe sich, wenn die Nullvariante zum Tragen käme.

Dass wir uns gemeinsam mit dem Verwaltungsrat der StEB auch im Vorfeld sehr intensiv mit der Frage der Gebührenentwicklung auseinandergesetzt haben, können Sie daran ermessen, dass wir bereits vor gut einem Jahr ein sogenanntes Liquiditätsgutachten in Auftrag gegeben haben, in dessen Rahmen betrachtet wird, wie die künftigen Anforderungen an die Arbeit der Stadtentwässerungsbetriebe insbesondere im Hinblick auf die Investitionen aussehen, welche Auswirkungen sie auf die

Gebühren haben werden und wie wir auf Dauer zu einer tragfähigen Gebührenentwicklung kommen.

Die Gebührenentwicklung für 2009, die wir hier zu betrachten haben, beinhaltet als wesentliche Ursache die Inbetriebnahme von Anlagen, die jetzt in die Abschreibung und in die Verzinsung hineingehen. Der Baupreisindex spielt hierbei auch eine Rolle. Das Ganze kommt also nicht aus dem operativen Ergebnis, obwohl die Preissteigerungen bei uns natürlich genauso ankommen wie bei allen anderen. Vielmehr liegt der Schwerpunkt ganz klar bei den Investitionen. In den letzten Jahren haben wir auch massiv in den entwässerungstechnischen Hochwasserschutz investiert. Natürlich schlägt sich dies auch in entsprechenden Kosten nieder, die wir hier mit einkalkuliert haben.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Maximalvariante, damit Sie auch erkennen, dass wir keineswegs irgendwelchen Extremen nachjagen. Die Maximalvariante beinhaltet praktisch alle vom KAG eröffneten Kalkulationsmöglichkeiten. Dies würde im Ergebnis zur Notwendigkeit einer Gebührenerhöhung um 15 Prozent führen. - Sie sehen die Größenordnungen, um die es hier geht.

Meine Damen und Herren, so viel zur groben Begründung. Ich kann das gerne noch detaillieren, wenn es gewünscht wird. Dies sind aber die Gründe und die Motive, aus denen wir Ihnen diesen Vorschlag gemacht haben. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Schaaf. - Herr Klipper möchte eine Frage stellen. Bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Herr Schaaf, ich hätte gerne folgende Frage von Ihnen beantwortet: Sie arbeiten mit kalkulatorischen Kosten. Kalkulatorische Kosten bei Zinsen und Abschreibungen werden nie im handelsrechtlichen Ergebnis untergebracht - jedenfalls die Differenz nicht. Wenn ich es richtig hochrechne, weisen Sie handelsrechtlich in einem Zeitraum von drei Jahren einen Gewinn von bis zu 30 Millionen Euro aus. Ist es richtig, dass diese 30 Millionen Euro, die von den Bürgern bezahlt worden sind, nach der jetzigen Planung anschließend im Jahr 2010 in den

allgemeinen Haushalt fallen sollen und nicht den Bürgern zurückgegeben werden?

(Zurufe: Das kann doch gar nicht sein! -
Das geht doch gar nicht!)

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Herr Klipper, in der Vorlage zum Wirtschaftsplan 2009 wird eindeutig vorgeschlagen, dass die handelsrechtlichen Überschüsse im Gebührenhaushalt verbleiben und damit dann einen kreditreduzierenden Effekt auslösen.

Karl Klipper (CDU): Nein. Es geht ja nicht um einen Kredit, sondern darum, dass zwischen der GuV des Handelsrechtes und der Gebührenberechnung, bei der Sie mit kalkulatorischen Kosten arbeiten, eine Differenz von 7 Millionen Euro besteht. Wenn diese Differenz über drei Jahre bis zum Jahr 2010 - so ist uns das jedenfalls vorgestellt worden - oder bis knapp 2011 vorliegt, werden Sie einen Gewinn von zumindest mehr als 20 Millionen Euro erwirtschaften. Ich habe die Zahlen nicht mehr genau im Kopf; ich meine, dass es sogar knapp 30 Millionen Euro sind.

Dieser Gewinn soll dann abgeführt werden, anstelle ihn den Bürgern in Form von Reduzierungen zurückzugeben.

An diesem Punkt sagen wir: In der heutigen Zeit macht es keinen Sinn mehr, eine maximale Gebührekalkulation - mit kalkulatorischen Kosten und teilweise einem angenommenen Zinssatz von über 7 Prozent - vorzunehmen. Heutzutage haben wir viel niedrigere Zinsen, die in die Handelsbilanz eingehen. Die Differenz hat nach meiner Auffassung in der heutigen Zeit den Bürgern zugute zu kommen und nicht dem Unternehmen.

Wenn Sie in Zukunft aufgrund anderer Investitionen effektive Kostensteigerungen haben werden, können Sie dann ja in den Rat kommen, damit wir Gebührenerhöhungen beschließen. Zum heutigen Zeitpunkt werden wir aber nicht für Gebührensteigerungen auf kalkulatorischer Basis stimmen, die Ihre Handelsbilanz in den nächsten drei Jahren akkumuliert um bis zu 30 Millionen Euro erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Herr Klipper, ich will das gerne beantworten. Wir haben als Stadtentwässerungsbetriebe keinen Vertrag über eine Gewinnabführung an die Stadt. Das heißt, dass der Rat jeweils mit dem Jahresabschluss entscheidet, was mit den Überschüssen zu geschehen hat. Der Vorschlag im Wirtschaftsplan ist genau der, dass sie im Gebührenbereich verbleiben und damit dem Gebührenzahler unmittelbar zugute kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der SPD - Karl Klipper
[CDU]: Das geht ja nicht!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck hat auch eine Frage. Bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Schaaf, ich habe nur noch eine Verständnisfrage. Sie haben gesagt, die Erhöhung belaste jeden Einwohner mit 20 Cent zusätzlich. Anschließend haben Sie aber von einer Gebührensteigerung von 7 Millionen Euro gesprochen. Wenn ich 20 Cent mal zwölf Monate rechne, habe ich 2,40 Euro. Multipliziere ich das mit 1 Million Einwohner, komme ich auf 2,4 Millionen Euro. Woher holen Sie die restlichen Millionen?

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Wir haben natürlich auch die Industrieanteile zu berücksichtigen. Außerdem kommt neben der Schmutzwassergebühr noch die Niederschlagswassergebühr hinzu.

Ralph Sterck (FDP): Am Ende landet die ja auch wieder beim Bürger, weil der sie natürlich entsprechend umgelegt bekommt.

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Aber die Steigerung der Gesamtbelastung für einen Vier-Personen-Haushalt liegt bei rund 9,70 Euro, aufs Jahr betrachtet.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Hamm.

Johannes-Werner Hamm (CDU): Herr Schaaf, zunächst eine eher rhetorische Frage: Vielleicht können Sie uns erklären, wie sich 20 Cent pro Kopf pro Monat komischerweise immer wieder zur dritten Miete aufsummieren. Das ist ja kaum möglich, scheint im Ergebnis aber so zu sein. Wir haben es vielfach lesen können.

Nun meine konkrete Frage: Sie haben jetzt dargelegt, dass Sie dem Gebührenzahler am Ende des Jahres bei entsprechendem Gewinn die Gebühren zurückgeben wollen. Meine Frage: Weshalb wollen Sie sie ihm erst nehmen, wenn Sie sie ihm am Ende des Jahres doch zurückgeben wollen? Das kann man ja einfacher haben.

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Herr Hamm, zunächst zur dritten Miete: Man muss die Gebührensätze in Köln in der Tat einmal von der Größenordnung her einordnen. Wir in Köln gehören nachweislich zu den Städten mit den geringsten Gebühren im Abwasserbereich bundesweit - nur um den Vergleich herzustellen.

Jetzt zu Ihrer konkreten Frage: Es ist nicht so, dass wir die Mehreinnahmen aus den Gebühren den Bürgern später wieder zurückgeben wollen. Vielmehr können wir dieses Geld nutzen, um damit die Ausgaben für Investitionen zu bestreiten, sodass wir dafür keine Kredite aufzunehmen brauchen. Wir nehmen das Geld also nicht erst und zahlen es hinterher an die Bürger zurück, sondern wir entlasten die Bürger in der Zukunft, weil sie diese Lasten ansonsten natürlich künftig entsprechend tragen müssten. Das ist der Grund.

(Karl Klipper [CDU]: Das sind aber doch zwei verschiedene Sachen!)

- Ja, natürlich. Ich spreche jetzt von Liquidität.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Eine Frage von Herrn Dr. Paul. Bitte.

Dr. Michael Paul (CDU): Ich habe noch eine zweigeteilte Frage.

Die erste Frage: Habe ich Sie richtig verstanden, dass auch die hier vorgeschlagene Hauptvariante letztlich eine Gebührenunterdeckung vorsieht, nämlich geringere Gebühren, als wir sie nach dem

Kommunalabgabengesetz an sich bei den Bürgerinnen und Bürgern erheben könnten?

Die zweite Frage: Gibt es Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Vorschlags?

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Herr Dr. Paul, das ist richtig. Als wir seinerzeit das PwC-Gutachten vorgestellt und diskutiert haben, haben wir ja klar dargestellt, dass wir etwa die Hälfte dessen ausschöpfen, was das KAG an maximaler Gebührenkalkulation erlaubt. - Das ist das eine.

Was Ihre zweite Frage nach der Rechtmäßigkeit angeht: Ich selbst habe keine Hinweise, dass die Varianten, die jetzt hier in den Vorlagen insgesamt eingebracht sind, nicht alle rechtmäßig wären.

(Karl Klipper [CDU]: Klare Aussage!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Fragen? - Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herr Schaaf, Sie haben gerade gesagt, dass die Überschüsse für Investitionen verwendet werden und somit für die Bürger wirksam werden. Auf der anderen Seite kann man Ihrer Kalkulation ja entnehmen, dass Sie mit kalkulatorischen Zinsen und kalkulatorischen Abschreibungen arbeiten. Das heißt, dass es bei der Berechnung der Gebühren doch gar keine Rolle spielt, mit welchen Mitteln Sie die Investitionen tatsächlich tätigen. Oder werden Sie dann auf die Veranschlagung von kalkulatorischen Zinsen verzichten?

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Nein. Die Grundlagen für die Gebührenkalkulation ergeben sich ja eindeutig aus dem Kommunalabgabengesetz. Das werden wir also natürlich auf dieser Basis machen. Es ist einfach so, dass die Liquidität, die wir durch entsprechende Einnahmen haben, letztlich die Verschuldung der Stadtentwässerungsbetriebe vermindert; denn wir haben in dieser Situation ja nicht plötzlich eine Kostensenkung, sondern müssen dann für diese Kosten entsprechend Kredite aufnehmen. Das ist der Zusammenhang.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser hat noch eine Nachfrage.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Entschuldigung; das kann nicht die Antwort gewesen sein. Die tatsächliche Belastung mit Krediten und Zinsen spielt bei der Gebührenberechnung, in die kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen eingehen, doch absolut keine Rolle. Deswegen ist es auch vollkommen unerheblich, wie Sie die Investitionen finanzieren, ob Sie sie über den Markt oder über Eigenkapital finanzieren. Nach dem, was Sie gerade beschrieben haben, gehen doch kalkulatorische Zinsen ein, die vollkommen unabhängig von der tatsächlichen Liquidität oder dem tatsächlichen Ursprung der Investition berechnet werden.

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Herr Dr. Müser, es ist richtig, dass wir zwei Dinge haben. Das eine ist die Kalkulation der Gebühren nach KAG; das andere ist unser Wirtschaftsplan mit dem kaufmännischen Rechnungswesen.

Es ist aber so, dass wir, wenn wir in den Bereichen des KAG entsprechende Nullrunden fahren, natürlich insgesamt weniger Einnahmen bekommen, wodurch wir letztendlich in die Situation hineinlaufen - nicht in 2009, aber in der weiteren Entwicklung -, dass wir keine Überdeckung und keine Überschüsse haben, sondern irgendwann den Punkt erreichen, an dem wir Unterdeckungen haben. Das ist der Zusammenhang. Das ist die Auswirkung.

(Karl Klipper [CDU]: Dann warten wir doch einmal ab!)

Deswegen ist es unser Vorschlag gewesen, zu sagen: Wir sehen, dass wir ganz bestimmte Liquidität gewinnen, um diesen Weg auf jeden Fall zu vermeiden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Im Moment sehe ich keine weiteren Fragen. Herzlichen Dank, Herr Schaaf. - Dann können wir wieder zur Rednerliste zurückkommen. Als Nächsten rufe ich Herrn Dr. Fladerer auf.

Dr. Alexander Fladerer (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe

hat dem Verwaltungsrat und dem Rat der Stadt Köln für 2009 vorgeschlagen, die Abwassergebühren um durchschnittlich 3,9 Prozent zu erhöhen, was einer Gebührenerhöhung - wir haben es eben gehört - von 9,70 Euro im Jahr für einen Vier-Personen-Haushalt entspricht. Die effektive Steigerung beträgt allerdings nur 2,9 Prozent, da von einem geringeren Frischwasserbezug für 2009 ausgegangen wird.

Trotz dieser - ich betone: maßvollen - Gebührenerhöhung liegt das Gebührenniveau in Köln im Vergleich zu allen deutschen Großstädten und den Städten NRWs im unteren Viertel und damit noch unter dem Niveau von 1995.

Der Grund für die Gebührenerhöhung liegt in der letzten Tarifierhöhung, die sich mit rund 1 Million Euro auswirkt, aber vor allem in der Erhöhung der kalkulatorischen Kosten aus Abschreibungen und Verzinsungen infolge Inbetriebnahme neuer Anlagen sowie in den höheren Baupreisen.

Aufgrund weiterer Inbetriebnahmen von Anlagen und dem Auslaufen von Energielieferungsverträgen in 2009 sind auch für 2010 weitere Gebührenerhöhungen zu erwarten.

Alle Fraktionen im Verwaltungsrat waren sich über Jahre hinweg darin einig, dass auch nach den Hochwasserschutzmaßnahmen in Zukunft immer von einer moderaten jährlichen Gebührenerhöhung ausgegangen werden muss,

(Walter Grau [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Zuruf von Karl Klipper [CDU])

um die hohen Sanierungskosten für das Kanalnetz in Höhe von circa 1 Milliarde Euro stemmen zu können.

Hier unterscheidet sich die Sachlage auch grundsätzlich von den diskutierten Abfallgebührenerhöhungen; denn die StEB läuft Gefahr, die dringend notwendigen Kanalsanierungen mit teuren Krediten finanzieren zu müssen und defizitär zu werden - oder auf die Sanierung zu verzichten, was langfristig noch teurer würde. Bei der AWB hingegen fallen Gewinne an, mit denen der Gebührenzahler entlastet werden kann. Daher liegt eine grundsätzlich andere Sachlage vor.

(Lachen von Karl Klipper [CDU])

Herr Schaaf hat die Auswirkungen einer unterlassenen Gebührenerhöhung bei der StEB eindrucksvoll geschildert. Die SPD wird daher schweren Herzens dieser Gebührenerhöhung zustimmen.

(Josef Müller [CDU]: Aha!)

Zur Position der CDU, die hier erschreckend polemisch und billig agiert:

(Widerspruch bei der CDU)

Nicht erst seit Beginn der bundesweiten Diskussion über ein Konjunkturprogramm, sondern bereits im September dieses Jahres hat die CDU-Fraktion beschlossen, keiner Gebührenerhöhung vor der Kommunalwahl mehr zuzustimmen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Beim öffentlichen Personennahverkehr hat sie zwar eine Ausnahme gemacht; diese Gebührenerhöhung hier will sie heute aber ablehnen.

Ich frage mich, Herr Oberbürgermeister Schramma: Was haben Sie unternommen, um Ihre Partei davon zu überzeugen, dass sie Ihrem - Ihrem! - Beschlussentwurf in der Vorlage folgt? Denn ich kann ja wohl davon ausgehen, dass Sie Ihrer Vorlage zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD - Josef Müller [CDU]: Wir stimmen der Alternative des Oberbürgermeisters zu!)

Dass Ihre Fraktion Sie in der letzten Zeit häufig im Regen stehen lässt, wenn es um die Unterstützung Ihrer Politik geht, war ja für jeden offensichtlich. Ich frage mich: Geht das jetzt bis zur Kommunalwahl so weiter? Wollen Sie als CDU-Spitzenpolitiker in wichtigen kommunalpolitischen Fragen die Rolle von Regierung und Opposition gleichzeitig spielen und sich ausschließlich auf das seriöse und verantwortungsvolle Verhalten des Kernbündnisses verlassen?

Wir meinen, dass der Oberbürgermeister der viertgrößten Stadt in Deutschland seine Führungsrolle verantwortlich übernehmen und in seiner Funktion offensiv für seine Positionen kämpfen sollte.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Das tut er doch! - Beifall bei der CDU)

In Sachen Abwassergebühren war das für uns bisher nicht erkennbar. Ich nehme Sie aber gerne beim Wort. Überzeugen Sie Ihre Fraktion! Lassen Sie uns zusammen der notwendigen Gebührenerhöhung zustimmen.

(Beifall bei der SPD - Josef Müller [CDU]: Nein! Das macht ihr schön alleine!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die nächste Rednerin ist Frau Ulke.

Sabine Ulke (Bündnis 90/Die Grünen): Schaum habe ich jetzt nicht vor dem Mund. Ich möchte aber noch einmal einen großen Unterschied zwischen der Politik der Grünen und der Politik der CDU deutlich machen.

(Josef Müller [CDU]: Darauf legen wir auch Wert! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann schreit doch nicht dazwischen!)

- Ja, genau. - Wir setzen uns auch in Wahlkampfzeiten für eine nachhaltige Politik ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben eben unterschiedliche Argumente gehört, die auf jeden Fall für eine Gebührenerhöhung sprechen. Der für mich wichtigste Grund ist, dass wir nicht dauerhaft ohne Erhöhungen auskommen. Würden wir heute auf die Gebührenerhöhung von 3,9 Prozent verzichten - und zwar nur für eine gewisse Zeit, nämlich bis nach dem Wahlkampf -, ständen wir anschließend vor einer Gebührenerhöhung in der Größenordnung von 7 Prozent.

(Josef Müller [CDU]: So etwas habe ich noch nie gehört!)

Dass man sich mit Erhöhungen bei den Wählern nicht beliebt macht, ist klar. Ich glaube aber auch, dass es wichtig ist, in Zeiten von Finanzkrisen und im Wahlkampf ehrlich zu bleiben. Aus diesem Grund werden wir dieser Erhöhung zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann darf ich Herrn Breite für die FDP bitten.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass man uns von der FDP keine Wahlkampf motivation vorwerfen kann, wenn wir dieser Gebührenerhöhung nicht zustimmen; denn wir sagen das vor der Wahl und machen es auch nach der Wahl. Das haben wir schon 1999 gezeigt, als wir entsprechend unserem Memorandum bis 2004 keine Gebühren- und Steuererhöhungen beschlossen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Seit die SPD mitmacht - und auch die Grünen -, seit 2004, gab es eine Steuer- und Gebührenerhöhung nach der anderen. Wir haben gezeigt, dass es auch anders geht.

(Lachen bei der SPD - Demonstrativer Beifall von Martin Börschel [SPD])

- Da klatscht die SPD. Sie macht deutlich, dass sie das auch gerne machen würde. Anscheinend fehlt ihr aber das Know-how dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darum wird es nichts.

Herr Schaaf, ich habe die Begründungen und auch Ihre Ausführungen schon verstanden. Gebührenerhöhungen kann man selbstverständlich immer sehr gut mit der Nachhaltigkeit erklären. Sie haben ja deutlich gemacht, dass man sie sozusagen als Vorversicherung braucht. In der jetzigen Wirtschaftskrise würden viele andere Unternehmen auch gerne höhere Preise durchsetzen. Das geht aber nicht.

Nach meiner Meinung sollten unsere städtischen Betriebe auch deutlich zeigen, dass es zurzeit schlichtweg nicht geht, kalkulatorisch Nachhaltigkeit für zukünftige Jahre zu machen, weil ja irgendetwas kommen könnte oder weil man irgendetwas finanzieren muss. Wir sagen: Dafür ist die jetzige Zeit überhaupt nicht geeignet. Nehmen Sie sich bitte ein Beispiel an anderen Unternehmen. - Darum lehnen wir die Gebührenerhöhung ab.

Ich freue mich, dass die CDU ihr ebenfalls nicht zustimmt. Dies ist ein gutes Zeichen dafür, dass wir wieder zu den Jahren 1999 bis 2004 zurückkommen, in denen es in Köln keine Gebührenerhöhungen gab. Das haben die Bürgerinnen und Bürger seinerzeit sehr dankbar angenommen.

Ich hoffe, dass SPD und Grüne auch noch zu der Einsicht gelangen, dass Gebührenerhöhungen der falsche Weg sind. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Die Vorlage der Stadtentwässerungsbetriebe ist eine völlig andere Vorlage als die AWB-Vorlage. Beides ist etwas völlig Unterschiedliches. Die StEB ist ein kommunales Unternehmen, aber nicht Bestandteil des Stadtwerke-Konzerns. Es gibt keinen Gewinnabführungsvertrag wie bei der AWB. Außerdem bestehen gesetzliche Pflichten zu Investitionen in die laufende Infrastruktur.

Es ist auch sinnvoll, dass das so geregelt ist; denn wir wissen alle, wie es in England abgelaufen ist.

(Josef Müller [CDU]: Dann sagen Sie doch nur: Ich stimme zu!)

In England hat man die Abwasserrohre verrotten lassen, Herr Müller. Deswegen war dieser Kurs völlig falsch.

(Jochen Ott [SPD]: Haben in England auch Kommunisten regiert? - Weitere Zurufe und Gegenrufe)

- In der DDR auch; genau. - Herr Müller, wenn Sie Ihren Horizont erweitern wollen, würde ich Ihnen dringend empfehlen, einmal den Roman *Die Elenden* von Victor Hugo zu lesen. In diesem sehr spannenden Roman, der sehr einfach zu lesen ist,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

gibt es eine sachliche Beschreibung über die Abwasserleitungen in Paris. Es ist zwar schon 150 Jahre her, dass dieser Roman geschrieben wurde. Er ist aber sehr spannend zu lesen. Ich kann diese Lektüre wirklich nur empfehlen.

Die StEB muss also Investitionen tätigen, damit die Abwasserleitungen in einem betriebsbereiten Zustand sind. Lassen Sie sich das Wort „betriebsbereit“ einmal auf der Zunge zergehen, meine Damen und Herren. Wir kennen es nämlich aus einem anderen Zusammenhang. Denken Sie an das Cross-Border-Leasing. In

allen entsprechenden Verträgen steht, die Stadt Köln - oder wer auch immer - müsse dafür sorgen, dass die Anlagen betriebsbereit seien.

Das heißt: Sie spielen mit dieser Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Erst haben Sie Cross-Border-Leasing gemacht, und jetzt sind Sie noch nicht einmal bereit, dafür zu sorgen, dass die Anlagen in einem betriebsbereiten Zustand sind.

(Josef Müller [CDU]: Doch!)

Ich bin ein Gegner von Cross-Border-Leasing; gar keine Frage. Auf jeden Fall können wir jetzt aber nicht das Risiko eingehen, dass die Leitungen nicht mehr betriebsbereit sind. Deswegen ist es richtig, dass Investitionen durch das Unternehmen getätigt werden.

(Josef Müller [CDU]: Was haben Sie für Ihre Zustimmung bekommen?)

Im Übrigen sind Investitionen in der heutigen Zeit auch angesagt. Investitionen in kommunale Infrastruktur sind der richtige Weg.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie interessiert nur der Barwertvorteil bei Cross-Border-Leasing, aber nicht die Sicherheit.

Im Übrigen, meine Damen und Herren von der CDU: Es ist ja gesagt worden, dass dann Kredite aufgenommen werden müssen.

(Karl Klipper [CDU]: Kennen Sie den Unterschied zwischen einer GuV und einer Bilanz?)

So viel zu Ihrer Argumentation der langfristigen Strategie, Herr Paul! Es ist langfristig natürlich sehr gut, Kredite aufzunehmen. Vielleicht wissen Sie ja auch schon eine Bank, bei der die StEB dann diese Kredite aufnehmen kann.

(Karl Klipper [CDU]: Oppenheim! Für Sie!)

- Oppenheim, genau. Sehen Sie, Herr Klipper weiß das schon. Als ob ich mir das gedacht hätte: nicht Sparkasse, sondern Oppenheim. Ja, natürlich!

(Jochen Ott [SPD]: Daraus wird ein Schuh!)

Also soll dieser Weg beschritten werden. Wir werden das Ganze aber auf einen langfristigen Weg führen, glaube ich.

Herr Oberbürgermeister, ich bin auch gespannt, wie Sie heute stimmen werden; denn bei der letzten Ratssitzung haben Sie ziemlich gegen unseren Antrag „Alternative Lösungsmöglichkeiten in den Verwaltungsvorlagen“ gewettert. Dass Sie sich jetzt die Alternativen zu eigen machen und die CDU sich sogar hinter den Alternativen verschanzt, finde ich schon sehr interessant. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.Köln und der SPD - Walter Grau [CDU]: Herr Detjen, bekommen Sie jetzt einen Beigeordneten?)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Jörg Detjen, inzwischen weiß ich gar nicht mehr, ob dein Antrag zu den Alternativen wirklich so gut war; denn jetzt verschanzt sich die CDU in der Tat dauernd hinter den Alternativen. Vielleicht muss man doch noch einmal darüber nachdenken.

Ich möchte aber noch auf einen Sachverhalt hinweisen, weil Uli Breite hier eben einen grandiosen Beitrag über die „glorreiche“ Zeit von 1999 bis 2004 geleistet hat. Es ist bald Weihnachten. Dann erzählt man natürlich auch Weihnachtsmärchen.

(Josef Müller [CDU]: Das sind keine Märchen, sondern Tatsachen!)

Bei Abwasserbetrieben sollte man aber doch einen Schlusstrich ziehen und nicht in Legendenbildung verfallen. Die damalige Gebührenstabilität ist durch Abschmelzung, durch Vermögensverzehr, finanziert worden. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wohin das führt, wissen wir auch. Und das wird hier verschleiert.

Die Einnahmen aus Cross-Border-Leasing haben ja auch zum Aufbau von Vermögen geführt, das dann auch abgeschmolzen wird. Das ist doch die ganze Geschichte.

(Ralph Sterck [FDP]: Das Geld gehört doch den Gebührenzahlern!)

Genau diese Politik ist nicht nachhaltig, sondern zerstörerisch.

Was hier geboten wird, ist kruder Populismus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Und dann stellen Sie hier den Antrag, man solle gegen Links- und Rechtsextremismus zu Felde ziehen! Da muss ich ehrlich sagen: Räumt erst einmal in eurem Laden auf! Ich habe bei den Bürgern um Verständnis dafür zu werben, wie Kommunalwirtschaft funktioniert. Es wird aber nur dummes Zeug erzählt und populistischen Tendenzen Vorschub geleistet. Das kann man sich wirklich nicht bieten lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Frank, bei aller Wertschätzung: Ihre Argumentation kann ich nicht richtig nachvollziehen. Wir haben gerade von Herrn Schaaf gehört, dass der Überschuss, den die StEB durch die Gebühren der Bürger erwirtschaftet, dann wieder investiert wird. Unabhängig davon, dass die Bürger dieses Geld ja bereits eingezahlt haben, werden die kalkulatorischen Zinsen aber noch einmal berechnet. Das heißt, dass die Bürger doppelt bezahlen. Zum Ersten stellen sie der StEB Geld zur Verfügung, und zum Zweiten werden sie trotzdem auch noch durch die kalkulatorischen Zinsen belastet.

Das Gleiche gilt für die Abschreibungen. Hier werden nicht die tatsächlichen Abschreibungen zugrunde gelegt, sondern die des Wiederbeschaffungszeitwertes. Das Ganze wird also immer zum Neuwert berechnet.

Daher stellt sich doch die Frage, ob 2009 wirklich der richtige Zeitpunkt ist, um erstens durch die Bürger der StEB neues Kapital zur Verfügung stellen zu lassen, zweitens die Bürger mit den Zinsen dafür auch noch zusätzlich zu belasten und drittens die Bürger zusätzlich noch für die Differenz zwischen den tatsächlichen Investitionen und irgendwelchen zukünftigen Investitionen, die ja noch nicht getätigt wurden, zu belasten. Das ist in 2009 mit Sicherheit nicht

der Fall, wenn wir auf der anderen Seite hören, dass die Landes- und die Bundesregierung alles Mögliche unternehmen, um die Bürger zu entlasten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass wir immer noch wie vor 30 Jahren leben. Kameralistik, Kameralistik! Es wird Geld eingenommen, und zwar unabhängig davon, ob ich investiere. Kredite werden einfach mit eingerechnet. Es wird alles durcheinandergeworfen - obwohl die StEB schon seit mehreren Jahren bilanziert, obwohl beim Haushalt hier ebenfalls bilanziert wird und obwohl damit die Kosten, die entstehen, auch ganz klar definiert sind.

Ich habe bisher noch nicht die Aussage gehört, dass die Gebühren nicht kostendeckend seien. In die Gebühren fließen sämtliche Positionen der Kosten ein. Das sind beispielsweise die Personalkosten, die Steigerung der Personalkosten, die Abschreibungen, die Zinsen - eben alle effektiven Kosten. Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr 8 Millionen Euro Gewinn und im nächsten Jahr einen prognostizierten Gewinn in Höhe von 15 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass eine Gesellschaft, die zu 100 Prozent dieser Stadt und damit den Bürgerinnen und Bürgern gehört, auf einmal anfängt, sich fett zu fressen, und die Bürgerinnen und Bürger darunter zu leiden haben - auch wenn es für einen Vier-Personen-Haushalt nur 9,70 Euro pro Jahr sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Man kann doch nicht Gebühren ansetzen, die über den effektiven Kosten liegen - obwohl darin jede Zukunftsinvestition, alle Verbesserungen der Technik und sämtliche Reparaturen enthalten sind.

Die Leitungen sind alle perfekt, Herr Detjen; daran müssen Sie einmal denken. Es werden sämtliche Reparaturen durchgeführt. Ich danke Herrn Schaaf auch ausdrücklich dafür, dass er einen technisch hervorragenden Betrieb hat.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] und
Ulrich Breite [FDP])

Deswegen muss man die Bürger aber nicht über die Maßen belasten. Es hat doch keinen Sinn, dass Sie kalkulatorische Kosten zusätzlich zu den anderen Kosten packen und damit den Gewinn gemäß Handelsbilanz - in die jeder schauen kann - in eine unangemessene Höhe steigen lassen.

Ich plädiere dafür, es in diesen schwierigen Zeiten genauso zu machen wie alle anderen und die Gebührenerhöhung auf null zu setzen. Wenn Herr Schaaf im nächsten Jahr feststellen sollte, dass die Gebühren aufgrund des Programms nicht ausreichen, dann können wir im nächsten Jahr darüber diskutieren, ob wir sie erhöhen.

(Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja blanke Heuchelei! Sie Pharisäer!)

- Nein. Sie kapierten noch nicht, dass man mit Ehrlichkeit besser ankommt als mit Ihrer Polemik.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Sie Pharisäer!)

- Herr Ott, wenn Sie ein bisschen Ahnung von kaufmännischer Buchführung und von Bilanzierung hätten, würden Sie jetzt nicht lachen. Das ist nämlich der Grundsatz, nach dem Gebühren immer kalkuliert werden: mit den effektiven Kosten und nicht mit dem anderen. Der Unterschied von Abgaben gegenüber Steuern besteht darin, dass Abgaben nur für effektive Kosten berechnet werden dürfen - mit Ausnahme dieses Falles hier, wo Sie kalkulatorische Kosten mit hineinpacken. Das ist aber ein Wahlrecht und kein Muss. Deswegen ist es so.

(Martin Börschel [SPD]: Es ist doch nicht wahr, was Sie sagen! Dann wäre das, was der Oberbürgermeister hier vorgelegt hat, ja eine rechtswidrige Vorlage!)

- Doch, das steht da drin. Schauen Sie nach. So ist es.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Das, was Herr Kollege Klipper gesagt hat, ist natürlich vollkommen richtig; denn jedes Jahr Gebührenstabilität ist natürlich ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger. Wir können doch nicht scharf darauf sein, die Gebühren möglichst früh zu erhöhen,

(Beifall von Josef Müller [CDU])

obwohl nach den Kalkulationen auch ohne Gebührenerhöhung eigentlich noch ein Gewinn herauskommt.

Von daher muss es das Ziel dieses Rates sein, das Ganze jedes Jahr neu zu prüfen und zu schauen, ob eine Erhöhung wirklich notwendig ist.

Ich muss sagen: Das bisher hier Dargelegte hat mich nicht davon überzeugt, dass diese Notwendigkeit in diesem Jahr für die StEB besteht.

Im Übrigen hat ja nicht derjenige hier im Rat recht, der am lautesten schreit oder der am meisten Applaus bekommt. Herr Frank, was Sie eben hier vorgetragen haben, ist absolut schizophren; denn die Gebührenstabilität von 1999 bis 2004 haben Sie doch mitgetragen. Damals waren Sie doch mit im Bündnis dabei. Es gab ja die Koalition von FDP, CDU und - -

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein, in der Koalition nicht. Aber Sie haben immer mit am Tisch gesessen, und Sie haben die ganzen Beschlüsse mit gefasst, die wir hier - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben nicht jeden Beschluss mit gefasst!)

- Nicht jeden Beschluss, aber - -

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Natürlich, Frau Moritz. Ihr wart damals noch stolz darauf, dass ihr sagen konntet: Wir halten die Gebühren hier fünf Jahre stabil. - Welchen Grund hätte es für die Grünen denn gegeben, sich für Gebührensteigerungen auszusprechen? Das habt ihr damals entsprechend mitgetragen.

Mit dem Vermögensverzehr haben Sie ebenfalls unrecht, Herr Frank. Das Vornehmste, das wir mit dem von den städtischen Gesellschaften bzw. hier von der StEB angehäuften Vermögen - durch Gewinne, durch Cross-Border-Leasing -

tun können, ist doch, es denjenigen zurückzugeben, die das Ganze bezahlt haben. Das sind die Kölner Bürgerinnen und Bürger. Ihnen gehört dieses Geld.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Das ist doch das Richtige. Dorthin muss das Geld. Deswegen war die Politik, die Sie damals mit unterstützt haben, auch genau die richtige.

Und was haben Sie mit Ihrer linken Mehrheit als Erstes gemacht? Damit komme ich zu einem anderen Bereich - wir haben die Sache jetzt ja etwas exemplarisch an den StEB-Gebühren festgemacht; gleich kommen wir auch noch zu weiteren Gebührenerhöhungen, zum Beispiel der Abfallgebühren -, bei dem das vom Kollegen Paul gerade benutzte Wort „gefangen“ ebenfalls zutrifft.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ein Unterschied!)

- Ja, natürlich. - Als Erstes haben Sie mit Ihrer linken Mehrheit vor genau drei Jahren bei der Ratssitzung im Dezember 2005 verhindert, dass wir die kleine Chance nutzen konnten, die wir hatten, durch Wettbewerb, nämlich durch Ausschreibung von Müllabfuhrleistungen in einzelnen Bezirken, Gebührenstabilität im Abfallbereich zu schaffen. Das war das Erste, was Sie zusammen mit den Linken hier kaputt gestimmt haben.

(Beifall bei Teilen der CDU - Unruhe bei der SPD)

Jetzt bekommen Sie die Quittung. Nun müssen Sie die Gebühren erhöhen - und schaffen ein Modell, mit dem Sie die AWB im Grunde genommen bis zum Jahre 2018 festlegen wollen, weil Sie Angst haben, die FDP könne nach der Kommunalwahl hier wieder den Fuß in die Tür bekommen

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir zittern!)

und an dieser Stelle Wettbewerb vorschreiben. Sonst würden Sie das Ganze ja nicht so weit vorziehen.

Das ist die Antwort, die wir gegeben haben. Indem wir hier Wettbewerb vorgesehen haben und auch unsere eigenen städtischen Gesellschaften diesem Benchmark unterworfen haben, haben wir eine Möglichkeit aufgezeigt, wie man die Gebühren stabilisiert.

Sie haben das verhindert. Deswegen brauchen Sie jetzt auch keine Krokodilstränen darüber zu vergießen, dass Sie hier die Gebühren erhöhen müssen.

Jedes Jahr Gebührenstabilität ist ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger. Das sollten Sie den Menschen mitgeben - gerade in diesen schweren wirtschaftlichen Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. - Herr Schaaf hat noch einmal um das Wort gebeten.

Otto Schaaf (Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR): Ja. Vielen Dank. - Ich möchte nur noch auf einen Punkt hinweisen, weil es sich bei dem Zusammenhang zwischen der Kalkulation nach KAG und dem, was wir im Wirtschaftsplan ausweisen, in der Tat um eine sehr komplexe Materie handelt. Tatsache ist aber, dass wir im Wirtschaftsplan - das können Sie dort auch jederzeit nachvollziehen - eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme und damit im Ergebnis eine steigende Verschlechterung der Finanzsituation der StEB haben.

(Martin Börschel [SPD]:
Schuldenfinanziert! So ist es!)

Das ist der Grund, aus dem wir Ihnen vorgeschlagen haben, eine solche Gebührenerhöhung vorzusehen. - Dies vielleicht noch einmal zur Klarstellung.

(Martin Börschel [SPD]: Ein schuldenfinanziertes Wahlkampfgeschenk, das Sie hier machen! - Gegenruf von Karl Klipper [CDU]: Falsch! - Weiterer Gegenruf von der CDU: Absoluter Quatsch!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Bacher, bitte.

Götz Bacher (SPD): Lieber Herr Oberbürgermeister, da Sie als verantwortungsvoller Chef der Verwaltung diese Vorlage nicht ohne Not erstellt haben, habe ich mich eigentlich nur zu Wort gemeldet, um Ihnen gegenüber mein Bedauern darüber zum

Ausdruck zu bringen, dass Sie von Ihrer Fraktion so im Regen stehen gelassen werden.

(Josef Müller [CDU]: So ein Quatsch! -
Weitere Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ja, das ist doch so. - Ich hätte auch erwartet, dass dies seitens der Verwaltung noch einmal deutlich gemacht worden wäre.

(Teilweise Beifall bei der SPD - Walter Grau [CDU]: Es war eben nicht überzeugend!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Müller.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte namens meiner Fraktion beantragen, dass wir zuerst über die Alternative 1 abstimmen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die
Gebührenbedarfsberechnung (0 %
Erhöhung) der
Stadtentwässerungsbetriebe Köln,
AöR (StEB) für das Jahr 2009
(Anlage 12) zustimmend zur
Kenntnis, ...

Das ist Ihr Vorschlag als Alternative in der Verwaltungsvorlage und über die bitte ich abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion. - Weitere Wortmeldungen?

(Josef Müller [CDU]: Lass abstimmen!)

- Ja, ja; wir stimmen jetzt ab. - Zunächst einmal wird über die drei von mir vorgeschlagenen Möglichkeiten abgestimmt. Ich habe ja drei Vorschläge gemacht, die auch - -

(Lachen bei der SPD)

- Warum lachen Sie denn jetzt?

(Martin Börschel [SPD]: Lächerlich!)

Ich habe drei Vorschläge gemacht. Der erste bedeutet eine Nullvariante, der zweite eine gemäßigte Variante und der dritte das Maximum nach KAG. Das ist doch völlig klar zu sehen.

Jetzt lasse ich zunächst einmal über die Alternative 1 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Michael Zimmermann [SPD]: Über den Antrag abstimmen?!)

Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Dr. Müser, Frau May und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei der SPD, den Grünen, den Linken und pro Köln - und damit abgelehnt.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben sich nicht an die Geschäftsordnung gehalten! Unglaublich!)

- Ach, Herr Ott; Sie kennen die Geschäftsordnung doch gar nicht.

Jetzt kommt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist unverschämt! Sie halten sich nicht an die Regeln!)

- Hören Sie jetzt bitte zu. Wir sind jetzt in der Abstimmung, und zwar in der Abstimmung über die Beschlussvorlage. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Martin Börschel [SPD]: Also über Ihren Vorschlag?)

- Über die Beschlussvorlage.

(Martin Börschel [SPD]: Welche denn? - Jochen Ott [SPD]: Über welche denn? Sie haben eben gesagt, dass es drei gibt!)

- Herr Ott, Sie müssen einmal lernen, dass Lautstärke nicht überzeugt. Lernen Sie das bitte einmal.

Der Beschlussvorschlag ist eindeutig als Beschlussvorschlag definiert. Das andere nennt sich Alternative. Sie haben eben doch genau zugehört, oder?

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben gesagt, dass Sie drei Vorschläge gemacht haben!)

- Jetzt geht es um den Beschlussvorschlag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Jochen Ott [SPD]: Vorlesen!)

Das ist die Fraktion der Grünen; das ist - -

(Michael Zimmermann [SPD]: Worüber lassen Sie abstimmen?)

- Herr Zimmermann, schauen Sie doch bitte einmal in den Text. Dort steht ganz am Anfang: Beschlussvorschlag.

(Jochen Ott [SPD]: Also Ihr Vorschlag? - Michael Zimmermann [SPD]: Vorlesen!)

- Es sind alles drei meine Vorschläge. Haben Sie das noch nicht verstanden, Herr Zimmermann? Wir haben uns doch eben schon einmal lange darüber unterhalten.

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt wird es peinlich!)

Ich bin jetzt übrigens in der Abstimmung.

(Zuruf von Karin Wiesemann [SPD])

- Frau Wiesemann, das entscheide ich und nicht Sie.

(Jochen Ott [SPD]: Extrem peinlich! Amtsmissbrauch ist das!)

Ich bin in der Abstimmung. Jetzt geht es um den Beschlussvorschlag.

(Jochen Ott [SPD]: Welchen? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Damit Sie es endlich einmal lesen, Herr Zimmermann: Er sieht 3,9 Prozent Erhöhung vor.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr Vorschlag?)

Über den Beschlussvorschlag lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Sie können jetzt mitstimmen oder auch nicht. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, Die Linke.Köln und meine Stimme. Gibt es Gegenstimmen?

(Martin Börschel [SPD]: Es wird immer lächerlicher, was Sie machen!)

- Nein, das ist überhaupt nicht lächerlich.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist einem Rat der Stadt Köln nicht würdig! 2 000 Jahre!)

- Ach, hören Sie -- Dagegen sind die CDU-Fraktion, die Fraktion pro Köln, Dr. Müser und Frau May. Enthaltungen? - Keine.

(Götz Bacher [SPD]: Was hier abläuft, habe ich in 29 Jahren noch nicht erlebt! Das ist skandalös! - Beifall bei der SPD)

- Herr Bacher, hören Sie bitte kurz zu. Ich habe das Verfahren im Nachhinein auch für Sie noch einmal speziell erklärt. Noch einmal: Wir haben einen Änderungsantrag. Über einen Änderungsantrag wird zuerst abgestimmt.

(Jochen Ott [SPD]: Nein! Jetzt lügen Sie auch noch! Das ist ja unglaublich!)

- Wenn Sie ganz ruhig bleiben, verstehen Sie es vielleicht auch. - Dieser Änderungsantrag bezog sich auf die Alternative 1. Über ihn haben wir abgestimmt, und er ist abgelehnt worden - unter anderem mit Ihren Stimmen.

Zweitens haben wir dann über die Beschlussvorlage abgestimmt. Sie hat eine Mehrheit bekommen. Damit ist die Abstimmung jetzt beendet - Punkt. Deshalb können wir nun zum nächsten Punkt übergehen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD] meldet sich zu Wort)

- Sie können natürlich noch etwas sagen, Herr Börschel. Die Abstimmung ist aber abgeschlossen.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Ich möchte noch eine Erklärung abgeben und Sie als Sitzungsleiter damit auch um rechtliche Prüfung bitten, die wir uns andernfalls ausdrücklich an anderer Stelle vorbehalten.

Wenn Sie über einen Änderungsantrag der CDU abstimmen lassen, ist zunächst darüber abzustimmen, ob man diesem Antrag im Verfahren folgen will. Sie haben aber sogleich in der Sache abstimmen lassen,

(Widerspruch bei der CDU)

da Sie einen Hauptbeschlussvorschlag gemacht haben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister, es ist Ihre Entscheidung - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel, ich muss Sie berichtigen.

Martin Börschel (SPD): Aber Sie lassen mich bitte erst zu Ende reden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja, bitte.

Martin Börschel (SPD): Es ist Ihre Entscheidung, zu einem beliebigen Ergebnis dieser rechtlichen Prüfung kommen zu können. Wir werden uns vorbehalten, dann an anderer Stelle eine weitere Prüfung in Auftrag zu geben; denn es ist ein rechtsmissbräuchliches Verfahren, wie Sie hier die Sitzung leiten. Das möchte ich namens der SPD-Fraktion ausdrücklich rügen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel, da bin ich, auch wenn ich kein Jurist bin, anderer Meinung. Als ein Änderungsantrag gestellt worden ist, hätten Sie die Gelegenheit gehabt, Ihrerseits in der gleichen Form einen Antrag zu stellen. Das haben Sie versäumt. So habe ich diesen Änderungsantrag aufgerufen.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD] - Jochen Ott [SPD]: Sie haben eine Beschlussvorlage hereingegeben! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich denke, dass dieser Punkt jetzt beendet ist. Herr Börschel hat ja eine Erklärung abgegeben. Damit wird er das rechtlich prüfen lassen. Ich bin aber ziemlich sicher, dass wir da auf der richtigen Seite sind.

(Martin Börschel [SPD]: Zunächst prüfen Sie ja!)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den nächsten Punkten.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist lächerlich! Rechtsmissbrauch! Das Allerletzte! Bei keinem Parteitag und in keinem Parlament gibt es so etwas! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Darf ich um etwas Ruhe bitten? Ich möchte gerne mit der Sitzung weitermachen. - Ich rufe auf:

5.2.3 2. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung 5433/2008

5.2.4 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 5444/2008

Meine Damen und Herren, gestern in der Sondersitzung des Betriebsausschusses, im Vorfeld der heutigen Sitzung und auch zu Beginn der Sitzung gab es eine Menge Gespräche zu den Gebührensatzungen - bis zur letzten Minute und noch während dieser Ratssitzung.

Herausragend dabei ist sicherlich die gestern im Betriebsausschuss erklärte Bereitschaft der AWB-Geschäftsführung, durch eine erhöhte Abführung einen wichtigen Beitrag zur Gebührenstabilität zu leisten.

Im Ergebnis sehe ich Handlungsbedarf und den politischen Willen, alle Wege zu prüfen, um irgendwie auf eine Gebührenerhöhung verzichten zu können oder diese so gering wie möglich zu halten.

Genauso wie im eben diskutierten Fall haben wir hier ebenfalls eine schwierige Situation - ich erinnere nur an die heute wieder angesprochene Finanzkrise - und deshalb auch den unbedingten Willen, an dieser Stelle alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Deswegen hatte ich zu diesen Positionen ursprünglich auch verschiedene Alternativen als Vorlagen der Verwaltung erstellt.

Meine Damen und Herren, wie schon gesagt, hat uns die AWB gestern positiv überrascht.

(Zuruf von Karin Wiesemann [SPD])

- Frau Wiesemann, wenn Sie zuhören, kommen Sie vielleicht auch besser hinter das, was ich sage.

In diesem Sinne nehme ich die beiden Vorlagen zu den Abfallgebühren und zu den Straßenreinigungsgebühren von der heutigen Tagesordnung herunter und werde Ihnen eine Vorlage zu den Gebühren in Form einer Dringlichkeitsentscheidung - denn wir müssen dieses Thema noch bis Ende des Jahres erledigen; der Gebührenhaushalt wird für das komplette Jahr erstellt - in den nächsten Tagen vorlegen.

Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind. - Bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hierzu möchte ich nur die Erklärung abgeben, dass zu Beginn der Tagesordnungsdebatte meine Frage exakt in die Richtung ging, ob die Verwaltung und der Oberbürgermeister diese Vorlage zurückziehen würden - mit dem Ziel, noch in diesem Jahr zu einer anderen Entscheidung zu kommen.

Ich stelle sehr erfreut fest, dass Sie, anders als die Mehrheit dieses Hauses, die Zeit dieser Ratssitzung noch genutzt haben und zu einem positiven Ergebnis gekommen sind.

Wundern tut es mich sehr wohl; denn die Erkenntnisse - Sie haben ja auf die gestrige Sitzung rekurriert - waren vorhin natürlich auch schon vorhanden. Das Ergebnis zählt. Mich wundert nur, dass Sie zu Beginn auf meine Frage ausdrücklich gesagt haben, die Vorlagen blieben auf der Tagesordnung.

(Widerspruch bei der CDU - Karl Klipper [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

Jetzt ziehen Sie sie zurück. Dann ist es auch in Ordnung. Wir freuen uns jedenfalls.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel, das liegt aber auch daran, dass ich in der letzten Woche von Herrn Böllinger noch eine andere Auskunft auf meine Anfrage bekommen habe. Wenn sich in der Zwischenzeit die Meinung dort geändert hat, bin ich ja sehr froh.

(Martin Börschel [SPD]: Nicht seit Sitzungsbeginn!)

- Sie wissen doch - Sie waren ja auch die ganze Zeit vor der Tür und haben mitverhandelt -, dass das Thema bis zur letzten Sekunde hier erörtert worden ist.

Wir ziehen die Vorlagen jetzt zurück und werden uns bemühen, in den nächsten Tagen eine Lösung vorzuschlagen.

(Beifall von Johannes-Werner Hamm [CDU])

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

5.3.1 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)

3033/2006

(Petra May [Einzelmandatsträgerin] meldet sich zu Wort)

- Frau May, wollen Sie etwas zu Tagesordnungspunkt 5.3.1, Landschaftsplan Köln, sagen?

(Petra May [Einzelmandatsträgerin]: Nein, zu den Punkten davor!)

- Nein. Die haben wir jetzt abgeschlossen, Frau May.

(Petra May [Einzelmandatsträgerin]: Ich hatte aber schon gewinkt!)

- Dazu gibt es jetzt keine Wortmeldungen. Diese Punkte sind erst einmal zurückgestellt worden. Wir sind jetzt bei TOP 5.3.1, Frau May.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

5.3.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Volkshochschule Köln 4890/2008

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

5.3.3 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2009 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuhrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim 4948/2008

(Zuruf)

- Wie Verwaltungsvorlage, ja.

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau May, bitte.

(Herbert Gey [CDU] meldet sich zu Wort)

- Jetzt habe ich schon Frau May aufgerufen. Sie hatte sich vorher gemeldet.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Ja. Ich hatte mich auch eben frühzeitig gemeldet. Deswegen bin ich jetzt auch aufgestanden, damit ich nicht übersehen werde.

Ich werde diese Vorlage ablehnen. Ich werde es ablehnen, dass wir verkaufsoffene Sonntage haben. Ich kann Ihnen auch sagen, warum.

Verkaufsoffene Sonntage gibt es bei uns schon seit längerer Zeit. Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt oder das Konsumverhalten insgesamt, dass mehr Geld ausgegeben worden wäre, sind durch die Sonntagsöffnung aber nicht zu verzeichnen. Auf der anderen Seite sind durch die Sonntagsöffnungen allerdings die Kosten für die Geschäfte gestiegen, insbesondere die Personalkosten. Außerdem werden die Geschäfte, die nicht in der Innenstadt liegen, dadurch benachteiligt.

Es ist an der Zeit, eine solche arbeitnehmer-unfreundliche Regelung abzuschaffen.

In den USA sind Geschäfte häufig 24 Stunden geöffnet. Es gibt keinen Sonntag mehr, was auch negative Auswirkungen auf das Familienleben hat. Davor warne ich.

Wir sehen auch, welche Folgen das dortige Konsumverhalten haben kann. Ein übermäßiger Konsum zulasten der Kreditkarte führt nämlich schließlich zur Wirtschaftskrise, die auch uns in Deutschland trifft.

Es ist mir wichtig, hier auf diesen Punkt hinzuweisen.

Eigentlich müsste die CDU mit mir stimmen; denn allein schon aus der christlichen Ethik heraus müsste sie dafür eintreten, dass keinen Sonntag gearbeitet wird.

Die Situation in den Krankenhäusern können Sie damit nicht vergleichen; das ist eine ganz andere Grundlage. Den Konsumtempeln brauchen wir aber nicht zu frönen.

Vor allen Dingen brauchen wir das Weihnachtsgebäck nicht am Sonntag zu kaufen. Jetzt könnte man es auch an den Samstagen kaufen.

Ich halte dies für absolut falsch und wollte das hier für die Niederschrift zum Ausdruck bringen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. - Herr Gey, bitte.

Herbert Gey (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau May, selbstverständlich stimmen wir für die verkaufsoffenen Sonntage, das heißt, wir stimmen so, wie es in der Vorlage steht, also ohne die Einschränkung, die von der Bezirksvertretung Lindenthal gemacht worden ist. So hat sich die Konsensrunde entschieden. Alle Bezirksvertretungen haben das mitgetragen. Wir stimmen gemäß der Verwaltungsvorlage.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite.

(Unruhe)

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht ja um zwei Punkte. Beim ersten Punkt - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich bitte um Ruhe. Ich kann Herrn Breite nur schlecht verstehen. Ich würde gern hören, was er sagt.

Ulrich Breite (FDP): Die Beschlussvorlage enthält ja zwei Punkte. Im ersten Punkt geht es um Punkt 24.3. Hier gibt es einen Dissens; hier vertreten wir eine andere Meinung. Aber da es ja um die verkaufsoffenen Sonntage geht und die Händler darauf warten, werden wir der gesamten Vorlage so zustimmen. Ich will nur zu Protokoll geben, dass wir in diesem ersten Punkt eine andere Meinung vertreten. Dem praktischen Verfahren, um das es geht, stimmt meine Fraktion selbstverständlich zu. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Frau May noch einmal, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Ich möchte eins noch anbringen: Herr Gey, seien Sie vorsichtig, dass Sie nicht der Bannstrahl des Kardinals trifft.

(Heiterkeit)

Er könnte dazu aufrufen, die CDU nicht zu wählen. Denken Sie daran, dass der Sonntag heilig ist. Das ist nicht nur so dahergesagt, sondern gehört zu unserer Tradition.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gut. - Ich sehe im Moment keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP, Die Linke, Dr. Müser sowie meine Stimme. Gegenstimmen? - Von Frau May. Enthaltungen? - Von pro Köln. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 5299/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 9 auf:

9. Allgemeine Vorlagen

Es sind insgesamt 35 Vorlagen. Bitte überlegen Sie, bei welcher Vorlage Sie es für wichtig erachten, etwas zu sagen.

9.1 Jugendkriminalität - „Das Kölner Haus des Jugendrechts und weitere Bausteine für ein gemeinsames Netz des Jugendrechts“ 1593/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mir wurde von der Verwaltung signalisiert, dass zu den ausstehenden Kosten unter Punkt 2 noch Ausführungen gemacht werden. Ich bitte darum, diese vorzutragen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte, Herr Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Müser, die Kosten für die Jugendgerichtshilfe verändern sich nicht. Das Mietniveau wird sogar noch niedriger als in der derzeitigen Anmietung. Von daher brauchen Sie sich zu Mehrkosten bei der Jugendgerichtshilfe keine Sorgen zu machen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Dann lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen Die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

9.2 Einrichtung von zwei Mehrstellen für die Graffitiabeseitigung bei der Gebäudewirtschaft (GW) 3952/2008

Hier soll wie AVR, Anlage 2, abgestimmt werden. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

9.3 Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Köln 2007 4214/2008

Die Abstimmung soll wie im Rechnungsprüfungsausschuss, Anlage 1 Ziffer 1, erfolgen. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Kaske, bitte.

Axel Kaske (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In diesem Jahr hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss letztmalig mit einer kameralen Jahresrechnung befasst. Inzwischen ist die Umstellung von der kameralen Sollrechnung zur doppelten Buchführung bereits erfolgt. Unsere Haushalte 2008 und 2009 haben wir schon nach den neuen Regeln verabschiedet. Die neuen Regeln haben uns von den Fesseln des Haushaltssicherungskonzeptes befreit. Endlich sind wir wieder selbstständig und handlungsfähig. So weit, so gut.

Machen wir uns nichts vor: Im NKF angekommen ist diese Stadt noch nicht. Viele denken noch in Einnahmen und Ausgaben und wollen nicht akzeptieren, dass das neue System

auch kaufmännische Regeln mit sich bringt. Ein seit Jahren von mir angesprochenes Thema, nämlich die regelmäßige Inventur, also die Vermögenserfassung, wird jetzt dringend. Die diesbezügliche Antwort der Verwaltung auf die Zwischenberichte zur Rechnungsprüfung ist immer wieder die gleiche: Wir können die erforderlichen Leistungen nicht erbringen; wir haben Personalprobleme.

Kritisch mit Blick auf die Zeit sehe ich auch die Entwicklung anderer Elemente des NKF. So ging ich im letzten Jahr etwa zur gleichen Zeit noch davon aus, dass der Rechnungsprüfungsausschuss 2008 die Eröffnungsbilanz vorlegen und dieser Rat darüber befinden würde. Die Planung der Verwaltung sah dies auch so vor. Heute wissen wir, dass es nicht so gekommen ist. Vielmehr ist jetzt davon auszugehen, dass dem Rat ein Entwurf für die Eröffnungsbilanz erst zum letztmöglichen Termin zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Das wird Ende März 2009 sein. Gleichzeitig ist das jedoch auch der Termin für den ersten Jahresabschluss, und zwar für 2008. Dass dies nicht unbedingt eine günstige Konstellation ist, liegt auf der Hand. Wir reden im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz über das umfangreiche Vermögen und die Schulden der größten Stadt Nordrhein-Westfalens. Gleichzeitig ist mit der Prüfung der Schlussbilanz auch eine große Zahl von Geschäftsvorfällen zu kontrollieren. Jede erforderliche Änderung der Eröffnungsbilanz zieht eine Korrektur der Schlussbilanz nach sich. Das bedeutet viel Arbeit, sowohl für die in der Verwaltung dafür Zuständigen als auch für die Prüfer. Mit Blick auf die zur Verfügung stehende Zeit überkommt mich Skepsis, ob das alles bis Ende nächsten Jahres zu leisten ist.

Zurück zur geprüften Jahresrechnung. Wir haben ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis für das Jahr 2007. Alle Altfehlbeträge konnten abgedeckt werden. Dies war und ist für die Handlungsfähigkeit der Stadt mehr als gut. Neben der günstigen Wirtschaftslage und dem damit verbundenen Gewerbesteuerzuwachs im Jahre 2007 haben zu dieser Verbesserung Haushaltsausgabenreste alter Prägung in Höhe von 207 Millionen Euro beigetragen. Diese konnten nach den Regeln des NKF in 2008 noch nicht übertragen werden. Damit wurde das Rechenergebnis systembedingt verbessert. Das ist allerdings ein Einmaleffekt, der zukünftig keine Rolle mehr spielen wird. Dennoch ist das ein insgesamt erfreuliches Ergebnis.

Ebenso erfreulich ist, dass wir bei unserer Prüfung bezüglich der Kassen- und Haushaltsbewirtschaftung wiederum keine Mängel feststellen konnten. An dieser Stelle möchte ich ein ausdrückliches Lob an Ihre Mannschaft, Herr Stadtkämmerer, richten.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:
Danke schön!)

Anders sieht es beim Vollzug des Verwaltungshandelns aus. Hier haben wir, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zum Teil erhebliche Mängel festgestellt, und zwar nicht nur bei der Prüfung der Jahresrechnung, sondern auch bei unseren Prüfungen insgesamt im Verlaufe des Jahres 2008.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Musst du das jetzt erwähnen.

(Heiterkeit)

Axel Kaske (SPD): Was sein muss, muss sein; wir sind schließlich der Rechnungshof. Welche Mängel haben wir festgestellt? Zunächst einmal haben wir festgestellt, dass diese Mängel immer wieder auftreten und fast alle Verwaltungsbereiche betreffen. Lassen Sie mich nur einige nennen, und zwar solche, die nicht gleich eine Presseberichterstattung auslösen, die aber unser Haushaltsergebnis - das haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gegebenenfalls bisher nicht bemerkt - belasten.

Ein Beispiel ist die Bearbeitung der sogenannten Kasseneinnahmenreste, inzwischen ein Dauerbrenner in jedem Jahresbericht unseres Rechnungsprüfungsamtes. Diese haben sich im Jahre 2007 von 90 Millionen Euro auf 110 Millionen Euro, also um 20 Prozent, erhöht. Wenn wir im Ausschuss in auffälligen Einzelfällen, also da, wo sich die Kasseneinnahmenreste verdoppelt haben, nach den Gründen fragen, wird uns von den Dezernentinnen und Dezernenten berichtet, dass es Personalprobleme gegeben hätte oder gebe, man aber diese im nächsten Jahr wohl lösen werde. Ich habe die Hoffnung, dass uns hier das NKF helfen wird; denn zukünftig heißen diese Kasseneinnahmenreste - ein, wie ich finde, sehr harmloser Begriff - ganz verständlich, nämlich: offene Forderungen. Vielleicht hilft diese neue Formulierung Ihrer Verwaltung, Herr Oberbürgermeister, der Bearbeitung der Forderungen der Stadt mehr Gewicht zu verleihen. Die Kämmererei würde so zum Beispiel

Kreditzinsen für unnötige Zwischenfinanzierungen sparen. Dieses Geld könnten wir an anderer Stelle sinnvoll einsetzen.

Und da ich schon einmal beim Thema Geld bin, das die Stadt regelmäßig durch die schleppende Bearbeitung in der Verwaltung verliert, will ich kurz auch über die Skontoverluste reden. In der Regel machen sie 2 Prozent einer Rechnung, die die Stadt zu zahlen hat, aus. Sie mögen einwenden, 2 Prozent sei doch keine Größe bei der Menge. Schauen Sie genau hin: Bezogen auf das Auftragsvolumen der Stadt verlieren wir Hunderttausende Euro, und zwar jedes Jahr. Das ist wiederum Geld, das wir sicherlich sinnvoll für unsere Stadt einsetzen könnten. Der Grund, der uns für mangelnde, weil zu schleppende Bearbeitung der Rechnungen durch die Verwaltung regelmäßig genannt wird, lautet wie gehabt: Personalprobleme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt, zu vorgerückter Stunde will ich Sie nicht noch mit anderen Problemfeldern belasten, muss aber abschließend noch Folgendes Thema beleuchten: Wir haben der Verwaltung zugegebenermaßen strenge Regeln gegeben. Diese betreffen Bedarfsprüfungen, Vergaberegeln, das Vier-Augen-Prinzip usw. Diese Regeln halten Sie vorbildlich ein. Warum haben wir eigentlich diese Regeln? Die Antwort auf diese Frage ist klar: Wir wollen nie mehr ein Jahr wie 1998 erleben, unter dem wir lange Zeit zu leiden haben. Ich habe jedoch zunehmend den Eindruck, dass der unrühmliche Anlass, nämlich Korruption, inzwischen mehr und mehr in Vergessenheit gerät. In Ihrer Verwaltung, Herr Oberbürgermeister, mehren sich die Stimmen, die beschreiben, dass diese Regeln hinderlich, unwirtschaftlich, zeitverzögernd, ja, unnötig seien und man im Übrigen aufgrund von Personalproblemen und Zeitzwängen gar nicht in der Lage sei, auf die Einhaltung dieser selbst gesetzten Regeln zu achten.

Meine Damen und Herren, ich kann an dieser Stelle nur empfehlen. Ich weiß, dass das sehr lästig ist, aber wir haben nun einmal das Vergaberecht zu beachten, und zwar sind wir nicht nur an das deutsche, sondern sind auch an das europäische gebunden. Wir müssen dem Rechnung tragen; denn wenn wir das nicht tun -- Schon heute landet beinahe jede zweite Vergabe, die wir machen, vor der Vergabekammer; das ist Fakt. Wenn das geschieht, dann verzögert das die gesamte Situation noch zusätzlich. Aus diesem Grunde schlage ich vor: Machen Sie doch einmal eine

Problemanalyse. Woran liegt es denn eigentlich? Das liegt zum Teil auch an den sehr problematischen Leistungsverzeichnissen, die die Stadt herausgibt. Es kann nicht richtig sein, dass von einem Bewerber zum Beispiel gefordert wird, zwei oder drei Firmen als Referenzen zu benennen und auch noch deren Telefonnummern anzugeben. In dieser schnelllebigen Zeit existiert die eine oder andere Firma inzwischen vielleicht gar nicht mehr. Was folgt dann? Der Bewerber fliegt aus der Ausschreibung, weil seine Angaben nicht korrekt waren.

Ich denke, es gibt sicherlich bessere Möglichkeiten. Die handelnden Personen sollten sich in Zukunft an einen Tisch setzen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Faktoren beraten, wie man die Projekte, die jetzt aufgelegt werden, schneller umsetzen kann. Hier sollte nicht mit heißer Nadel gleich an der Aufhebung der Vergaberichtlinien gearbeitet werden. Sicherlich finden wir noch andere Möglichkeiten, wie wir uns in letzter Konsequenz vor Problemen, die solche Sachen nach sich ziehen, schützen können.

Ich schenke mir jetzt Ausführungen zu der Problematik, die in der Rechnungsführung noch einmal aufgetaucht ist. Herr Oberbürgermeister, dennoch möchte ich Sie im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitten, hier gegenzusteuern. Nur wenn die Verwaltungsspitze eindeutig, ohne Wenn und Aber, auf die Einhaltung all dieser Regeln besteht, bleibt uns ein zweites '98 erspart.

Beinahe hätte ich es vergessen zu sagen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben sehr viele motivierte und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es wäre dankenswert, wenn Sie sich diesen Leuten auch mal etwas mehr annehmen würden. Sicherlich würde dies der Motivation, die zum Teil an einigen Stellen nicht mehr so gegeben ist, nochmals einen Schub geben. Das wäre im Interesse der gesamten Stadtverwaltung.

Damit möchte ich für heute zum Ende kommen, allerdings nicht, ohne mich auch in diesem Jahr im Namen aller Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes für die gute Zusammenarbeit mit unserem Ausschuss und für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Als Ergebnis der Beratung der Jahresrechnung 2007 und nach einstimmiger Beschlussfassung

empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss Ihnen folgenden Beschlusstext:

Nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss beschließt der Rat gemäß § 94 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW in der bis zum 31.12.2004 geltenden Fassung die Jahresrechnung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2007. Aufgrund des Prüfungsergebnisses erteilen die Ratsmitglieder dem Oberbürgermeister die vorbehaltlose Entlastung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kaske. - Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Da es auch keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich jetzt über den Beschlusstext, den der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Kaske, gerade vorgelesen hat, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich danke dem RPA ganz herzlich für seine intensive und auch mühevollte Arbeit. Mit diesem Ergebnis nehmen wir sicherlich eine ganze Reihe von Ratschlägen auch in der Verwaltung gerne an und auf.

9.4 Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle 4312/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die FDP. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

**9.5 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße sowie**

Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, Finanzstelle 6903-1201-0-6305, Umbau Hst. Severinstraße, Hj. 2009 4344/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

9.6 Konzept für die Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln 3624/2008

Hier soll abgestimmt werden wie AVR, Anlage 11. Diese Vorlage enthält unter anderem Mittel zur Unterstützung der Städtepartnerschaftsvereine. Ich bitte die Ratsmitglieder, die Mitglied im Vorstand eines dieser Vereine sind und nicht durch den Rat in das Gremium gewählt worden sind, zu prüfen, ob sie nach § 10 unserer Geschäftsordnung ihre Befangenheit anzeigen möchten. Wenn das gewollt wird, kann das nun geschehen. Dann können Sie bei der Abstimmung den Saal verlassen. - Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen, unter Nichtteilnahme einiger Ratsmitglieder.

9.7 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2009 4353/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

**9.8 Wohnen für Hilfe - Studentische Wohnraumversorgung
Konzeptionelle Erweiterung und Anbindung des Projektes an das Amt für Wohnungswesen 4556/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

9.9 Zusetzung einer weiteren Beraterstelle bei der Kontakt- und Informationsstelle Wohnungswechsel, wohn mobil, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 4741/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

**9.10 Förderung des Vereins Christlich-Islamische Gesellschaft (CIG e.V.)
4773/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

**9.11 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
4947/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die FDP. Enthaltungen? - Bei der Linken. Mit großer Mehrheit beschlossen.

**9.12 Räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums im EL-DE-Haus durch Anmietung der derzeit von einer Galerie gemieteten Räume nebst notwendigen Umbaumaßnahmen
5054/2008**

**Änderungs- beziehungsweise
Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/2577/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zum Änderungsantrag spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das NS-Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus ist eine sehr bemerkenswerte Institution, die beispiellos einen bestimmten Abschnitt deutscher und europäischer Geschichte thematisiert und lebendig hält. Warum macht diese Institution das? Grund dafür ist, dass in diesen Zeitabschnitt ein entsetzlicher Krieg und grausame Verbrechen gefallen sind, die für die Nachwelt präsent gehalten und insbesondere der jungen Generation vermittelt werden sollen. Das ist in Teilen interessengeleitet, aber zweifellos wird das nicht das einzige Motiv gewesen sein, das zur Herausbildung solcher Einrichtungen überall in Deutschland geführt hat. Vielmehr sind die Auswirkungen eines derart dramatischen Ereignisses, wie es der Zweite Weltkrieg war, und derartige Einschnitte, wie sie die NS-Diktatur in Deutschland hatte, bis in die heutige Zeit

präsent und haben ihre Auswirkungen. All das wird in dieser Einrichtung thematisiert.

Der Vollständigkeit halber muss aber dann auch die ganze Geschichte erzählt und nicht nur ein Ausschnitt abgebildet werden; denn zur Geschichte dieses Verbrecherregimes und zur Geschichte des unglaublichen Mordens, das seinerzeit stattgefunden hat - das wird im EL-DE-Haus dokumentiert -, gehört auch die Kontroverse der totalitären Ideologien im 20. Jahrhundert. Der Archipel Gulag war für Auschwitz konstitutiv. Das erfährt der Besucher des EL-DE-Hauses jedoch nicht.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Sie haben den Antrag aus einer Zeitung abgeschrieben!)

Wenn Sie diese Einrichtung jetzt räumlich erweitern, nutzen Sie doch bitte diesen Platz konstruktiv und lassen Sie die ganze Geschichte erzählen. Darauf zielt unser Antrag ab.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Abgeschrieben haben Sie den!)

- Dass Professor Ernst Nolte dem Pate gestanden hat, stelle ich hier gar nicht in Abrede.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Von hinten bis vorne abgeschrieben! Nur die Interpunktionsfehler, die sind von Ihnen!)

Er hat dazu eine Ausarbeitung gemacht, die Sie sich, zumindest diejenigen unter Ihnen, die nicht so versiert sind wie Herr Dr. Lemper, einmal zu Gemüte führen sollten. Setzen Sie sich bitte mit diesem Thema auseinander und überprüfen Sie, ob das EL-DE-Haus in Zukunft dafür genutzt werden sollte, den Totalitarismus und dessen Folgen im Gesamtzusammenhang darzustellen.

(Beifall von pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zuerst über den Änderungsantrag von pro Köln abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage - wie Ausschuss Kunst und Kultur, Anlage 4 - abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

**9.13 AWB 2018 - Verlängerung der
Leistungsverträge zwischen Stadt Köln
und AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln
GmbH & Co. KG
5222/2008**

**Änderungs- beziehungsweise
Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke.Köln
AN/2580/2008**

**Änderungs- beziehungsweise
Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/2552/2008**

Dazu gibt es zwei Änderungsanträge, zum einen von der CDU, zum anderen von SPD, Grünen und Linken.

Können wir direkt darüber abstimmen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Ja!)

oder wird dazu noch das Wort gewünscht? -

(Josef Müller [CDU]: Der Michael Paul sagt etwas dazu!)

Zuerst spricht Dr. Paul.

(Michael Zimmermann [SPD]: Wir haben auch einen Änderungsantrag gestellt!)

- Ja, ich hatte ja gerade nach Wortmeldungen gefragt. Herr Dr. Fladerer wird dann zum zweiten Änderungsantrag sprechen. Das hat er mir schon signalisiert, Herr Zimmermann.

Dr. Michael Paul (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es handelt es sich um eine sehr wichtige Vorlage, weil darin thematisiert wird, wie es mit der Abfallwirtschaft in Köln in Zukunft weitergehen soll. Nach bisheriger Lage laufen die Leistungsverträge, die wir als Stadt mit der AWB geschlossen haben, im Jahre 2013 aus. Heute wird vorgeschlagen, diese Verträge bis 2018 zu verlängern. Für uns als CDU-Fraktion hat sich die Frage gestellt, ob das für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vorteilhaft ist oder nicht. Nachdem wir die Vorlage intensiv studiert haben, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es vorteilhaft für Köln ist, sich bis zum Jahre 2018 der AWB als *dem* zentralen Dienstleister für Müll und Sauberkeit in dieser Stadt zu bedienen.

Die Vorlage der Verwaltung hat allerdings einen Schönheitsfehler - darum unser Änderungsantrag -: Wir wollen, dass auch beschlossen wird, was mit den möglichen Einsparungsgewinnen, den Effizienzgewinnen, passieren soll. Wir sagen: Diese müssen den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt finanziell zugutekommen, da diese Gewinne von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschaftet worden sind. Die AWB hat ja fast ausschließlich Geschäftsbeziehungen zur Stadt Köln und damit zu den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Wir haben uns in den letzten Tagen - das wurde ja auch schon an anderer Stelle vorgetragen - sehr intensiv damit beschäftigt, ob wir in dieser Frage zu einem Konsens der Fraktionen, die auch den Haushalt beschlossen haben, kommen können. Wir waren auch schon sehr nahe beieinander und hatten eine Formulierung gefunden, die, mit Ausnahme des Eingangssatzes, im jetzt dem Rat vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke im Rat, wortgleich ist.

Es ist positiv ausgedrückt ein bisschen wie im Kindergarten: „Wenn Ihr die Gebührenerhöhung nicht mitmacht, lassen wir Euch bei dem Dreierantrag draußen“. Man kann es aber auch anders sehen. Das ist ein Stück weit politische Erpressung: Entweder die CDU stimmt einer Gebührenerhöhung zu, dann darf sie auch einen solchen gemeinsamen Antrag mittragen, oder, wenn sie der Gebührenerhöhung nicht zustimmt, dann wird der Antrag eben mit der Linken gemacht. Das ist die politische Kultur, die hier jetzt in diesen Rat eingezogen ist.

(Beifall bei der CDU)

In Berlin betont die SPD immer, dass sie sich nicht vor den Karren der Linken spannen lässt. Was haben wir hier heute? Wir haben einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linken im Rat der Stadt Köln. Das ist das, was uns in Zukunft offensichtlich droht, meine Damen und Herren, wenn es denn im Rat so weitergeht.

Ich finde es sehr schade, dass wir nicht zu einem Konsens kommen konnten. Ich glaube nämlich, die Abfallwirtschaftsbetriebe hätten es verdient, ein Zeichen zu bekommen, dass sie den breiten Rückhalt des Rates haben. Das wird nun nicht möglich sein, weil wir selbstverständlich unserem Änderungsantrag zustimmen werden und uns, sollten wir keine Mehrheit dafür erhalten, in der Abstimmung über die Vorlage insgesamt

enthalten werden. Das heißt aber nicht, dass wir nicht dafür sind, die AWB als unseren zentralen Partner in Sachen Müll und Sauberkeit in Köln bis zum Jahre 2018 anzuerkennen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Paul. - Herr Dr. Fladerer, bitte.

Dr. Alexander Fladerer (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich bin sehr traurig,

(Jürgen Koch [CDU]: Heul doch!)

dass wir über eine Vorlage, die bei den großen Fraktionen grundsätzlich einhellige Zustimmung findet, im Zeichen dieser Chaostage des Oberbürgermeisters und seiner Verwaltung diskutieren müssen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Seien Sie in Ihren Äußerungen vorsichtig, lieber Herr Fladerer. Reißen Sie sich am Riemen, sonst kassieren Sie gleich eine Rüge von mir.

(Unruhe)

Dr. Alexander Fladerer (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich weiß nicht, welche Beleidigung Sie aus dem Wort „Chaostage“ ableiten. Tatsache ist: Das, was ich in der Diskussion um die Abfallgebühren, die in Verbindung mit der Vorlage AWB 2018 entfacht worden ist, in den letzten drei Wochen erlebt habe, war ein Nichtagieren Ihrer Verwaltung. Stattdessen wurden die Fraktionen aufgefordert, zu politischen Lösungen zu kommen und mit den SWK, den AWB zu verhandeln, weil sich die Verwaltung nicht in der Lage sah, die entsprechenden Moderationsprozesse durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wir haben die ganze Zeit moderiert, auch mit der Gewerkschaft.

Dr. Alexander Fladerer (SPD): Die Diskussionen zogen sich bis heute hin. Es ist ein Unding, dass dem Rat keine entscheidungsreifen Vorlagen präsentiert werden, sondern sogar noch heute die Vorlagen zurückgezogen und dann ersetzt werden müssen -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das wollten Sie doch so.

Dr. Alexander Fladerer (SPD): - durch ein Ergebnis, das unsere Verhandlungen erst ermöglicht haben, zumindest was die Abfallgebührensatzung betrifft.

Zur Vorlage AWB 2018. Die SPD begrüßt diese Vorlage, weil sich die AWB als Unternehmen in kommunaler Hand toll entwickelt hat. Sie hat Gewinne erwirtschaftet, die jetzt - die Diskussion um die Gebühren für 2009 hat das gerade gezeigt - genutzt werden können, um den Gebührenzahler zu entlasten. Wir haben allerdings ein Problem mit den Verträgen - das will ich auch ganz klar benennen -: Als sie 2001 geschlossen wurden, wurde ein Junktim vereinbart, sodass es jetzt nach einem gewissen Automatismus erfolgt.

Es gab sehr viele haushaltsrechtliche und gebührenrechtliche Bedenken, ob man, wenn sich die AWB so toll entwickeln, diese Gewinne tatsächlich dazu nutzen kann, den Gebührenzahler zu entlasten. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht, übrigens schon am Freitag letzter Woche, also deutlich vor der CDU, in dem wir genau dazu eine Lösung entwickelt haben. Wir bitten daher alle Fraktionen, unserem Antrag zuzustimmen.

Wir wollen zum einen, dass der Bürger an der Verbesserung der AWB und den entsprechend höheren Gewinnen partizipieren kann.

Wir wollen zum andern aber auch - das ist der zweite Punkt unseres Änderungsantrags -, dass sich die AWB als Unternehmen, wenn wir den Vertrag bis 2018 verlängern, in einem Benchmarking vergleichen lassen muss. Das wollen wir beim Eigenbetrieb ansiedeln; denn dieser bestellt ja die Leistungen bei den AWB. Deshalb ist es richtig, dass der Leistungsbesteller und nicht der Leistungserbringer für das Benchmarking verantwortlich ist. Spätestens im September jeden Jahres soll dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit, Grün beziehungsweise dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe, der

in Personalunion agiert, berichtet werden, wie sich das Unternehmen entwickelt hat. Wenn es sich gut entwickelt hat, also Gewinne eingefahren hat, dann können wir entscheiden, wie diese Gewinne aufgeteilt werden sollen: für ein Mehr an Sauberkeit, zur Steigerung von Qualität und Service und zur Entlastung der Gebührenzahler. Das alles muss gerecht verteilt werden. Wir können das Fell allerdings erst dann verteilen, wenn der Bär erlegt ist.

Die nun vorliegende Vorlage gibt uns diese Möglichkeit. Einerseits stellen wir dadurch dem Gebührenzahler eine Gebührenentlastung in Aussicht; die begrüßen wir. Andererseits geben wir den AWB und deren Mitarbeitern damit Sicherheit bis 2018, und das freut uns; denn dadurch kann das Unternehmen bis 2018 gesichert kalkulieren und wirtschaften. Es profitieren also alle. Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem, was Herr Fladerer zum Vertrag 2018 gesagt hat, jetzt nichts mehr hinzufügen, sondern auf den Vorwurf von Herrn Paul eingehen. Natürlich ist es Kinderei, wenn wir uns nicht, trotz fast gleicher Ansichten, auf einen gemeinsamen Antrag einigen können. Wir hatten uns ja gestern darauf geeinigt, und wir hätten das heute gemeinsam abstimmen können. Aber es geht nicht an, dass sich die CDU die Rosinen herauspicks und dann, wenn es um die Gebührenerhöhung geht, den Schwanz einzieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Wir haben seit 2001 eine AWB erlebt, die uns alle wirklich stolz machen kann. Die AWB haben in den letzten Jahren erheblich dazu beigetragen, dass die Nebenkosten in Köln unterdurchschnittlich gestiegen sind, also noch unter der Inflationsrate liegen. In einem Artikel des gestrigen *Stadt-Anzeigers* ging es um die Nebenkosten.

(Zuruf von der CDU)

- Es ging darum, dass die Nebenkosten zur zweiten Miete werden; das ist sicherlich richtig. -

Man könnte von der CDU schon erwarten, dass sie sich ein bisschen genauer mit diesem Thema beschäftigt. Wenn Sie genauer recherchierten, woher dieser Anstieg kommt, würden Sie feststellen: auf jeden Fall nicht aufgrund gestiegener Gebühren der städtischen Gesellschaften. Wasser ist seit vielen Jahren nicht teurer geworden; beim Abwasser sind wir heute auf dem Stand von 1995; die Straßenreinigung ist dieses Jahr sogar 0,8 Prozent billiger als 2001. Seit 2001 gab es nur Gebührenerhöhungen bei der Müllabfuhr: um 6,8 Prozent über den gesamten Zeitraum gesehen. Die Inflationsrate lag in dieser Zeitspanne bei insgesamt 16,2 Prozent. Die städtischen Unternehmen haben also entscheidend dazu beigetragen, dass die Gebührensteigerungen in Köln deutlich unter der Inflationsrate lagen -

(Zuruf: Ist die Rheinenergie kein städtisches Unternehmen?)

- Die Rheinenergie ist eine Ausnahme, weil sie ihre Energie von auswärts einkaufen muss. Sie wissen, dass Erdöl und Erdgas weltweit teurer werden. Die Rheinenergie kann nicht billiger einkaufen, als es der Weltmarkt hergibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jeder, der das verstehen will, versteht auch, dass die zweite Miete vor allem deswegen so hoch ist, weil die Energiepreise in den letzten Jahren explodiert sind. Es gibt zwei Mittel, um dagegegnzuhalten: Erstens müssen wir unsere Häuser besser in Schuss bringen, damit sie weniger Energie verbrauchen. Dafür kämpfen wir seit Jahren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens muss der Verbrauch weltweit gesenkt werden. Die entscheidende Triebfeder für die Preiserhöhung ist ja die Nachfrage in Ländern wie China und Indien verbunden mit einem gleichzeitigen Rückgang des Erdöl- und Kohlevorkommens. Das führt dazu, dass die Energiepreise langfristig nicht sinken werden. Wir wissen aber auch, dass die Energiepreise aufgrund der Finanzkrise zurzeit massiv verfallen. Der Ölpreis zum Beispiel liegt derzeit nicht einmal mehr bei der Hälfte im Vergleich zu dem von vor einem halben Jahr.

Das heißt, wir wissen heute bereits, dass die Nebenkosten im nächsten Jahr erheblich niedriger ausfallen werden, schon weil die Energiepreise um mehrere 100 Euro pro

Haushalt zurückgehen werden. Wenn die CDU in Kenntnis dessen sagt: Wir können den Kölner Bürgern 1,70 Euro mehr für die Straßenreinigung pro Jahr nicht zumuten, dann ist das absolut lächerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Wenn Sie ernsthaft glauben, Sie könnten mit 1,70 Euro Stimmen kaufen, schätzen Sie die Kölner Bürger als ziemlich blöde ein.

(Beifall von. Dr. Alexander
Fladerer [SPD])

Die Kölner Bürger wissen, dass Ihr Vorschlag, die AWB-Gebührenerhöhung bei der Straßenreinigung aus dem Haushalt zu bezahlen, bedeutet, dass sie das auch zahlen müssen, zwar nicht über Gebühren, aber über Steuern oder über reduzierte Leistungen der Stadt. Kein Kölner Bürger wird so blöde sein, diesen Zusammenhang nicht zu verstehen und Ihnen deswegen seine Stimme zu geben. Aber jeder sieht, dass Sie Ihren Oberbürgermeister hier im Regen stehen lassen und nach dem Motto handeln: Ob wir nun ein Haushaltsloch von 160 Millionen Euro oder von 163 Millionen Euro haben, ist doch egal - nach uns die Sintflut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Herr Brust in seinen Ausführungen Indien und China erwähnte, habe ich mich gefragt, was das jetzt mit dieser Verwaltungsvorlage zu tun hat, in der es um die Kölner AWB geht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Global denken! Nicht nur im Lokal
trinken!)

- Also werden die Gebühren erhöht, weil wir global denken. Ich hoffe, dass das bei anderen Gebührenerhöhungen nicht auch so begründet wird.

Selbstverständlich hat sich die AWB - das haben Herr Brust und Herr Fladerer zu Recht gesagt - seit 2001 hervorragend entwickelt. Das will hier auch keiner bestreiten. Die FDP-Fraktion kann

nur nicht verstehen, warum wir jetzt schon die Option wahrnehmen, den Vertrag bis 2018, also um zehn Jahre, zu verlängern. Auch wenn dieses städtische Unternehmen hervorragende Arbeit leistet, so können wir alle doch nicht voraussehen, was in den nächsten zehn Jahren passiert und mit welchen Zwangsläufigkeiten wir es vielleicht zu tun bekommen. Wir stecken gerade in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die der deutschen Politik alles abverlangt. Wir sind der Meinung: Bei aller Zuneigung zu den AWB - diesen ungedeckten Scheck können wir als Rat einfach nicht unterschreiben; denn damit schließen wir Leistungsverträge für die Bürgerinnen und Bürger, denen sie nicht ausweichen können.

Des Weiteren gebe ich zu bedenken, dass wir damit auch die Gesellschaftsstruktur der AWB zementieren, obwohl wir heute noch gar nicht wissen, ob es vielleicht einmal sinnvoll werden könnte - ich bleibe jetzt einmal bei städtischen Gesellschaften, sonst heißt es gleich wieder, die FDP wolle alles privatisieren -, die AWB mit der AVB zu verbinden und eine andere Gesellschaftsstruktur zu schaffen. Diese Möglichkeit lässt uns diesen Vertrag nicht, und das halten wir für falsch. Die Entscheidung, die dieser Rat fällt, wird ja nicht nur diesen Rat binden, sondern auch den nächsten und übernächsten Rat. Wir halten das für nicht zukunftsweisend, weil wir das heute gar nicht überblicken können. Darum lehnen wir diese Vorlage ab. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Um einen nahtlosen Übergang zu ermöglichen, will ich zuerst auf die Ausführungen von Herrn Breite eingehen. Herr Breite, schauen Sie sich einmal die Geschichte an. Ich nenne die Stichworte: Privatisierung der AWB und Rekommunalisierung der AWB. Es war ja eher ein Zufall, dass wir die AWB rekommunalisiert haben; das ist ja nicht bewusst von uns gesteuert worden; Trienekens lässt grüßen, sage ich dazu nur. Wir haben dieses Unternehmen rekommunalisiert, und zwar gegen den damals vorherrschenden neoliberalen Mainstream. Inzwischen ist dieses Unternehmen gut aufgestellt. Das muss man doch einfach einmal festhalten.

(Zurufe von der FDP)

- Das ist so. - Deswegen müssen wir das doch jetzt nicht ausschreiben, wie Sie es die beantragen. Wir wären ja dumm, wenn wir das machen würden. In der jetzigen Situation müssen wir die kommunalen Betriebe stärken, indem wir sie ausbauen und in sie investieren. Sie zu erhalten, das ist das Entscheidende. Darum müssen wir kämpfen. Die Zeit zeigt doch, wie wichtig das ist. Sie müssen Ihre Politik ändern. Ihr Liberalismus in dieser Frage ist schlicht und ergreifend out.

(Zurufe von Christraut Kirchmeyer [FDP] und Ralph Sterck [FDP])

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt eine Dringlichkeitsvorlage vor, mit der geklärt wird, dass es eine Nullrunde bei der Gebührenerhöhung geben wird; das ist gut so. Deswegen müssen wir uns hier nicht groß darüber streiten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann können Sie ja der Vorlage zustimmen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Selbstverständlich werden wir der Vorlage zustimmen; das ist jetzt gar nicht die Frage. Wir sind ja Mittragsteller dieses Änderungsantrages. Aber dass wir diesem Antrag unbedingt zustimmen werden, hat auch noch folgenden Grund: Auch die Gewerkschaften haben sehr intensiv darauf gedrängt, diesen Vertrag unter diesen Bedingungen zu verlängern.

Welche Lehre sollten wir aus dieser Diskussion ziehen? Ich glaube, wir müssen dreierlei in Ruhe abwägen: erstens die Gewinnerwartungen des Unternehmens, zweitens die Belastungen für die Gebührenzahler und drittens die Sicherung der Arbeitsplätze. Mir geht es auch um die Arbeitsplätze. Wir brauchen gute kommunale Unternehmen, und wir sollten um jeden zusätzlichen Arbeitsplatz kämpfen. Herr Winkelhog, ich glaube, darin sind wir uns einig. Deswegen haben wir diese Seite in unserem Änderungsantrag betont. Wir müssen mit der Belegschaft gemeinsam einen Weg finden, dass moderne Unternehmen auch gut bezahlen. Eine insgesamt zufriedene Arbeitnehmerschaft arbeitet gut, und für gute Arbeit muss man eben auch gutes Geld geben. Im Übrigen sollten wir auch noch einmal darüber nachdenken, dass, wenn städtische Unternehmen wie zum Beispiel die Rheinenergie enorm viel Gewinn machen,

auch der Kunde der Rheinenergie etwas davon haben muss, Stichwort: Sozialtarife. - Danke.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall, wie ich sehe. Dann lasse ich zuerst über die Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD, Grünen und Linken ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen? - Das sind die antragstellenden Fraktionen SPD, Grüne und Linke. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist der beschlossen. Beide Änderungsanträge sind ja Ergänzungen zur Vorlage, über die wir zum Schluss abstimmen werden.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, pro Köln und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Damit ist das abgelehnt.

Abschließend stimmen wir über die Vorlage mit dem Änderungsantrag von SPD, Grünen

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Und der Linken!)

und der Linken - danke schön, dass Sie das noch einmal betonen - ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, pro Köln, Die Linke und natürlich auch meine Stimme, weil ich ja die Vorlage gemacht habe. Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Bei der CDU und Frau May. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.14 auf:

9.14 Haushaltsjahr 2009:

Anmietung der 4. Etage des Objektes Venloer Straße 419-421 und einer Teilfläche des Objektes Venloer Str. 417 zur kostenfreien Überlassung an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. und zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen 4764/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

9.15 Arbeits- und Zeitplan zur Erstellung des Integrationskonzeptes 5106/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es wird abgestimmt wie Integrationsrat!)

- Es wird abgestimmt wie Integrationsrat, Anlage 2; ganz richtig. - Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich meine, das Integrationskonzept verdient es, dass man ein paar Worte dazu sagt. Zu der Vorlage der Verwaltung haben SPD und Grüne im Integrationsrat einen Ergänzungsbeziehungsweise Änderungsantrag gestellt. Damit wollen wir das, was in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen wird, präzisieren. Wir sind nämlich aufgrund der Art und Weise, wie diese Verwaltungsvorlage eingereicht worden ist, der Auffassung, dass das Integrationskonzept im Zweifelsfall auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden kann. Das möchten wir nicht. Wir sehen durchaus ein, dass die Arbeitsgruppenergebnisse von unterschiedlicher Qualität sind und dass es Bedarf gibt, die Vorschläge zu priorisieren. Ein Konzept daraus zu machen, bedarf einiger Zeit; das ist in Ordnung. Wir halten es jedoch für besser, wenn dieser Rat noch in der laufenden Periode zumindest ein vorläufiges Rahmenkonzept oder einen Rohentwurf verabschiedet, der dann die Grundlage für die weitere Diskussion in der Politik, aber auch in der Gesellschaft der Stadt bildet. Insofern bitten wir, die Verwaltungsvorlage in der Form, wie sie der Integrationsrat beschlossen hat, zu beschließen. Im Übrigen möchte ich die Verwaltung bitten, die Arbeitsgruppen, bei denen es noch nicht so gut geklappt hat, deutlich zu unterstützen, damit das Projekt Integrationskonzept dann nach der Wahl auch wirklich zu einem Abschluss kommen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. - Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

9.16 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung 2617/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Abgestimmt werden soll hier wie Ausschuss für Soziales und Senioren, Anlage 17, beziehungsweise - das ist identisch - wie Wirtschaftsausschuss, Anlage 8. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

9.17 Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Erstausrüstung für Plätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren bei Trägern der freien Jugendhilfe 4628/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

9.18 Koelnmesse GmbH, Zuführung zur Kapitalrücklage und Änderung des Wirtschaftsplans 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln 5017/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen.

(Josef Müller [CDU]: Das haben wir auch nicht erwartet!)

Ich möchte allerdings betonen, dass wir es für richtig halten, die Arbeitsplätze bei der Messe zu erhalten. Wir halten es auch grundsätzlich für denkbar, städtische Gelder zur Finanzierung der Messe einzusetzen; denn neben den Arbeitsplätzen bei der Messe direkt geht es hier ja auch um mehr Arbeitsplätze im Bereich Tourismus, Transport, Handwerk usw. Wir halten es für legitim und möglich, die Messe mit städtischen Geldern zu subventionieren, wenn sie Verluste macht. Wir wissen, dass die meisten Messestandorte in Deutschland städtisch subventioniert werden, sei es durch direkte Zahlungen oder durch Übernahme von Investitionen.

Aber die Vorlage, die hier heute auf dem Tisch liegt, sagt nicht klar und ehrlich, wie viele Millionen Euro die Messe jährlich braucht. Nur

auf einer klaren Grundlage wären wir bereit, darüber zu reden und gegebenenfalls auch zuzustimmen. Hier liegt eine Vorlage auf dem Tisch, die vorschlägt, Geld in das Loch zu stopfen, was durch die unseligen Geschäfte mit dem Oppenheim-Esch-Fonds gerissen worden ist. Wir sind nicht bereit, diese Geschäfte auf diese Weise nachträglich zu subventionieren. Gleichzeitig wird uns in dieser Vorlage ein Weihnachtsmärchen erzählt, nämlich: Durch das „Effizienzprogramm 2012 plus“ könnten auf wundersame Weise die relativ hohen Verluste der Messe in Gewinne umgewandelt werden, und das sei durch eine Kapitalerhöhung möglich, die wir noch dieses Jahr beschließen müssten. - Das wird nicht funktionieren, vor allem wenn man bedenkt, dass wir wirtschaftlichen schweren Zeiten entgegensehen. Da der Rat das „Effizienzprogramm 2012 plus“ nicht kennt, sehen wir keine Grundlage, diesen Wunschzettel hier abzunicken.

Die finanzielle Krise der Messe ist hausgemacht. Die Messehallen Nord sind auf 30 Jahre gerechnet zwischen 250 und 400 Millionen Euro zu teuer; das sind mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr. Ohne dieses Geschäft zulasten der Stadt und der Messe gäbe es keine hohen Verluste der Koelnmesse GmbH.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann wäre die Messe schon pleite.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Nein, die Messe wäre nicht pleite. Ein selbstfinanzierter Neubau von Hallen - dieser war möglicherweise nötig; das ist richtig - mit Kommunalkrediten auf einer anderen Grundlage, nämlich ohne die Extraprofiten für die Investoren, hätte nicht die Pleite der Messe bedeutet, sondern geringere Verluste, die wir gegebenenfalls mit städtischen Geldern hätten auffangen können.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Sie sind doch völlig ahnungslos! Worüber reden Sie überhaupt?)

- Herr Soénius, wer in diesem Fall ahnungslos ist oder wer diese Dinge zu verantworten hat, ist eine ganz andere Frage. Zu denen gehöre ich nicht. Der Ball liegt da eher bei Ihnen, Herr Soénius, und beim Oberbürgermeister

(Beifall bei Die Linke.Köln)

sowie den bürgerlichen Parteien, die dem hier zugestimmt haben.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Reden Sie doch von Dingen, von denen Sie etwas verstehen!)

Wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen, weil wir nicht glauben, dass das eine klare Vorlage zur Stützung der Messe ist, sondern eher ein Nachtrag zum Oppenheim-Esch-Geschäft, das nachweislich - da braucht sich Herr Soénius gar nicht so aufzuregen - teurer als nötig war, das nachweislich nur den Investoren Extraprofiten, der Stadt und der Messe jedoch Verluste gebracht hat, und das die jetzige Situation erst heraufbeschworen hat. Das hat auch der ehemalige Geschäftsführer der Koelnmesse GmbH, Herr Witt, so beschrieben. Es gibt keine Zustimmung von der Fraktion Die Linke zu dieser Vorlage. - Schönen Abend noch.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Si tacuisses, philosophus mansisses. Ich kann nur sagen: So viel Dummheit auf einmal habe ich noch nie gehört von jemandem, der wirklich keine Ahnung hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen die Vorlage? - Die Linke, Frau May und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

9.19 KVB: Regelung über die Finanzierung der Unterhaltungskosten der Nord-Süd Stadtbahn 5283/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

9.20 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum: 01.01.2009 bis 31.12.2010 3235/2008

Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

**9.21 Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Aufgaben hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Arbeitsmarktförderung zum 01.01.2009
3485/2008**

Es soll wie soll wie AVR, Anlage 6, abgestimmt werden, Wortmeldungen? - Keine.. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

**9.22 Ganztagsoffensive Sek. I - Änderungsbeschlüsse für die zur Umwandlung in Ganztagschulen vorgesehenen Realschulen und Gymnasien
4204/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

**9.23 Ganztagsoffensive Sek I - Auswirkungen auf den Ausbau von Ganztagsbereichen (Zeit-/Maßnahmenplan)
4631/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

**9.24 Verlängerung des Modellprojektes „Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln“
4750/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2579/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Ich kann es kurz machen: Der Lenkungsausschuss Sozialräume hat am Montagnachmittag getagt. Verwaltung, Politik und Wohlfahrtsverbände haben dort einstimmig eine Konkretisierung dieser Verwaltungsvorlage durch die Aufnahme des elften sozialraumorientierten Hilfsprojektes verabredet. Am Dienstag hat der Stadtvorstand gesagt: Wir bringen das nicht mehr in den Rat ein, sondern gehen in die nächste Runde. Wir sind der Meinung: Wenn sich alle einig sind und das sowieso klar ist, sollten wir das jetzt beschließen, damit der Träger möglichst am 01.01. oder am 15.01. beginnen kann.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. Dann machen wir das. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse zuerst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage mit dieser Änderung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig beschlossen. Damit ist das elfte sozialraumorientierte Hilfsangebot auf dem Weg, und es kann unverzüglich begonnen werden.

**9.25 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I - Programm „Geld oder Stelle“ und Ganztagsangebote für 10-14-jährige Schülerinnen und Schüler
4978/2008**

Hier soll wie Schulausschuss abgestimmt werden. Gibt es hierzu Wortmeldungen? -. Frau Blum, bitte.

Carola Blum (CDU): Genau. Es soll wie Sondersitzung Schulausschuss abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Frau Schlitt ist das einstimmig so beschlossen.

**9.26 Handlungsempfehlungen „Menschen ohne Papiere“
4988/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

**9.27 Änderung der Fachschule für Technik am Berufskolleg Hauptstraße 426-428, 51143 Köln (Porz), Erweiterung um einen Bildungsgang mit der Fachrichtung Gebäudesystemtechnik in Kooperation mit der Werner-von-Siemens-Schule, Eitorfer Straße 18, 50679 Köln (Deutz)
5116/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Manderla.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu dieser Vorlage hat es in der BV 1 von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU einen Änderungsantrag gegeben. Es geht ja hier um einen Beirat

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind noch einen Tagesordnungspunkt davor!)

- Entschuldigung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich komme zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9.27. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

**9.28 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord
Einrichtung eines Anwohnerbeirates zur Begleitung der weiteren Planung
5197/2008**

Dazu spricht jetzt Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Noch einmal: Wir möchten gerne dem Änderungsantrag der BV 1, den Bündnis 90/Die Grünen und CDU gemeinsam eingebracht haben, folgen und schlagen vor, so abzustimmen wie BV 1. Das heißt, zum einen soll dieser Beirat zehn Mitglieder haben, zum anderen soll der Klingelpützpark in keiner Weise angetastet werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben das Thema gerade im Stadtentwicklungsausschuss behandelt und es ohne Votum in den Rat geschoben, weil es dieselbe Kontroverse gab: Es gibt den Beschluss des Schulausschusses. Während wir beantragen, wie Schulausschuss abzustimmen, beantragt die CDU, wie BV 1 abzustimmen. Diese Kontroverse ist schon einmal ausgetragen worden, sodass wir eigentlich abstimmen können.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ist denn der Beschluss des Schulausschusses mit dem der BV 1 identisch?

(Zurufe: Nein!)

Wer ist dafür, wie BV 1 abzustimmen? - Das sind die CDU, Die Linke, pro Köln, Frau May, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Das dürften etwas zu wenig Stimmen sein.

Wer dafür ist, wie Schulausschuss abzustimmen, bitte ich um das Handzeichen? - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP und Herr Dr. Müser. Gibt es Enthaltungen? - Es gibt Enthaltungen bei der CDU-Fraktion und auch bei mir. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen. Damit ist die gesamte Vorlage wie Schulausschuss mit Mehrheit so durchgesetzt.

**9.30 Wirtschaftsplan 2009 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
5411/2008**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

Josef Müller [CDU]: Ich beantrage, über Alternative 1 abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das kann er nicht beantragen.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Herr Oberbürgermeister, die Abstimmung ist limitiert durch die Vorabstimmung!)

Ich kann jetzt eigentlich nur noch über den Beschlussvorschlag oder die Alternative 2 abstimmen lassen.

(Zuruf von Stadtkämmerer Peter Michael Soénius)

- Genau. - Deswegen schlage ich jetzt vor, nur über das, was wir unter Punkt 2 haben, abzustimmen: Beschlussvorschlag. Es wurde ja eben schon eine Entscheidung gefällt. Deshalb kann der Plan sich nur danach richten, was die Erhöhung von 3,9 Prozent beinhaltet, und deshalb können wir jetzt nur den Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellen. Es sind keine anderen Anträge mehr zulässig, weil diese beiden Punkte zusammenhängen und der eine Punkt eben schon beschlossen worden ist.

Wer für den Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne, Linke, pro Köln, Dr. Müser und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

9.31 Zuschuss für die Drogenhilfe Köln gGmbH zur Einrichtung und zum Betrieb der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II) 5300/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit beschlossen.

9.32 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 5347/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

9.34 AG Zoologischer Garten Köln Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln 5542/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

9.35 Ankauf eines Gemäldes für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud 5608/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Bei der Linken. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 11:

11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

11.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67444/04 Arbeitstitel: Im Weichserhof in Köln-Altstadt/Süd 3723/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen Die Linke.Köln.

Enthaltungen? - Keine. Es ist mit Mehrheit so beschlossen.

11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 64424/02 Arbeitstitel: Kinderheime Sülz in Köln-Sülz 5108/2008

Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

13. Erlass von Veränderungssperren

13.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd 3557/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

14.1 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier“ hier: Satzungsbeschluss 3601/2008

Es soll abgestimmt werden wie StEA, Anlage 8. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

14.2 Sanierung Vingst/Höhenberg Aufhebung der Sanierungssatzung Vingst/Höhenberg 4202/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

15. KAG-Satzungen Erschließungsbeitragsatzungen

15.1 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4376/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit beschlossen.

15.2 200. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 5000/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Wiederum gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16. Wahlen

Bei den Wahlen werde ich zum Teil mitstimmen, zum Teil nicht. Ich werde das jedes Mal sagen.

16.1 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge-Sterbeversicherung VVaG der Verwaltungsangehörigen der Stadt Köln 5339/2008

Hier werde ich mitstimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Mit der Stimme des OB einstimmig beschlossen.

16.2 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Wirtschaftsausschuss AN/2531/2008

Hier kann ich nicht mitstimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Ohne die Stimme des OB einstimmig beschlossen.

16.3 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss Soziales und Senioren

AN/2571/2008

Auch bei dieser Wahl kann ich nicht mitstimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig ohne die Stimme des OB beschlossen.

Auch die nächsten vier Wahlen unter 16.4, 16.5, 16.6 und 16.7 werden ohne meine Stimme stattfinden. Das werde ich dann nicht jedes Mal extra wiederholen.

16.4 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss AN/2572/2008

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

16.5 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Sportausschuss AN/2573/2008

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

16.6 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün AN/2574/2008

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

16.7 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen AN/2576/2008

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

17.1 Vertragszeichnungen EU-Projekt PORTICO 5268/2008

Ich möchte Herrn Professor Quander als Vertreter der Verwaltung bitten, dazu kurz etwas zu sagen.

Beigeordneter Professor Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der letzten Kulturausschusssitzung wurde über diese Dringlichkeitsentscheidung gesprochen. Wir wurden gebeten, bestimmte Ergänzungen zum Regelwerk vorzunehmen. Eine redaktionelle Überarbeitung des Vertragswerks ist aus rechtlichen Gründen jedoch nicht möglich, und sie ist auch nicht notwendig. Der Rat wird also gebeten, die ursprüngliche Beschlussfassung zu genehmigen.

Ich möchte für die Verwaltung die Erklärung abgeben, dass die beiden ergänzenden Maßgaben, die der Kulturausschuss in seiner Sitzung vom 2. Dezember 2008 einstimmig beschlossen hat, bei der Durchführung des Projektes gewährleistet sind.

Der Kulturausschuss stellte die Frage, ob es eine Überschneidung der EU-Förderung geben könnte mit der Förderung der Archäologischen Zone, die ja als Regionale-2010-Projekt Landesmittel erhält. Ich halte hierzu noch einmal fest: Erstens ist für das Regionale-2010-Projekt Archäologische Zone das EU-Projekt förderunschädlich. Es ergeben sich keine Überschneidungen zwischen diesen beiden Projekten, sehr wohl aber Synergieeffekte. Zweitens geht es hier in erster Linie um Studien. Wenn die Ergebnisse dieser Studien vorliegen und sich daraus bauliche Konsequenzen auf dem Rathausplatz ergeben sollten, wird selbstverständlich das beauftragte Architekturbüro mit der Umsetzung dieser Maßgaben beauftragt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Professor Quander. - Gibt es noch eine Nachfrage dazu? - Herr Sörries.

Peter Sörries (Bündnis 90/Die Grünen): Im Kulturausschuss haben wir das ein bisschen anders beschlossen. Es ging nicht um die Bauten auf dem Platz, sondern darüber hinaus auch um die Einbauten in das beschlossene Museum. Falls dort Einbauten vorgesehen werden, dann sind diese auch mit den Architekten abzusprechen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist doch klar.

Peter Sörries (Bündnis 90/Die Grünen): Nein. Die Erklärung von Herrn Quander betraf nur den Bau auf dem Platz, und dieser wird ja nicht angetastet. Uns ging es darüber hinaus auch um die Einbauten, also einschließlich Innenausbau. Des Weiteren beinhaltet der Beschluss auch Fragen der Finanzierung. Damit verbunden ist ja ein weiter Vorgriff auf die Jahre nach 2009. Diese Mittel müssen wir vorher im Kulturhaushalt einstellen, aber nicht über Erhöhungen, sondern aus dem laufenden Etat.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das muss geklärt werden durch die Verwaltung!)

War das eine Frage? Ich habe das nicht als Frage verstanden.

Peter Sörries (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, das war ein Beschluss des Kulturausschusses. Leider ist in der Niederschrift dieser Beschlüsse des Kulturausschusses nichts dazu aufgeführt. Deshalb bitten wir, dass Herr Quander das hier noch einmal klarstellt.

Beigeordneter Professor Georg Quander: Ich kann nur bestätigen, dass das so ist.

(Zuruf: Was ist denn so?)

- So, wie es Herr Sörries gerade gesagt hat. Bauten auf dem Platz sind selbstverständlich auch die Einrichtungen der Gebäude. Es geht nicht nur um die Außenfassade und das Dach. Wir wollen ja dort ein Museum errichten. Wenn es also neue Erkenntnisse zur Klimatechnik etc. gibt, betrifft das natürlich auch den Innenausbau dieser Gebäude. Auch über die Finanzierung ist gesprochen worden. Da wir für diese Jahre noch keinen Haushaltsentwurf haben, müssen wir es zunächst einmal aus dem Haushalt decken. Wie wir das machen müssen, werden wir dann sehen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gut. Dann können wir jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

17.2 Errichtung der „Kunststiftung im Museum Ludwig Köln“

5512/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist es einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit den öffentlichen Teil der letzten Sitzung dieses Jahres und bedanke mich ganz herzlich bei den noch anwesenden Gästen sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Presse. Vor dem Ratssaal wird, wie eingangs gesagt, in Kürze ein kleiner Umtrunk stattfinden, zu dem auch Sie eingeladen sind.

(Schluss: 20.22 Uhr)

Anlage 1

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen) zu Tagesordnungspunkt 5.1.1, „Satzung Bürgerbegehren/Bürgerentscheid/Ratsbürgerentscheid“

Die Anpassung der Hauptsatzung sollte nicht nur ein bürokratischer Akt sein, in dem die Neuregelungen der im Oktober 2007 novellierten Gemeindeordnung - GO - und auch Regelungen aus Gerichtsverfahren übernommen werden, sondern die Stadt sollte die Bedingungen für die Elemente direkter Demokratie so weit wie im Rahmen der GO möglich verbessern. Zu diesen Verbesserungen in der Satzung sollten Verbesserungen in Bezug auf die Information der Bürger und Bürgerinnen hinzukommen.

Nun zu unseren Ergänzungen bzw. Änderungsvorschlägen:

Die erste Änderung betrifft das Rederecht bei der Beratung des Rates über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens. CDU, SPD, FDP und Grüne wollen den Antragstellern in der Beratung über die Zulässigkeit Rederecht einräumen. Mit der Einräumung von Rederecht in der Zulässigkeitsdebatte können wir zwar den grundlegenden Fehler in der GO nicht heilen, dass nämlich der Rat selber und nicht eine unabhängige Instanz über die rechtliche Zulässigkeit eines gegen seine Entscheidung oder Entscheidungskompetenz gerichteten Verfahrens entscheiden kann. Aber wir können - auch wenn die Gerichte bisher anders geurteilt haben - doch den Versuch unternehmen, dass durch die Teilnahme der Antragsteller eine gleichgewichtigere Auseinandersetzung zur Zulässigkeit stattfindet. Ein Urteil darüber, ob ein Bürgerbegehren zu den im Katalog aufgezählten unzulässigen Bereichen gehört, mag ja vielleicht noch möglich sein. Im Blick auf die Forderung nach einem Kostendeckungsvorschlag habe ich jedoch große Zweifel, ob da immer eine eindeutige Entscheidung möglich ist. Aus all diesen Gründen ist ein Rederecht bei dieser Debatte geradezu geboten.

Auch der Änderungsvorschlag zum Tag der Abstimmung - ihn nach Möglichkeit mit einer zeitnahen Wahl zusammenzulegen - verbessert die Chancen direktdemokratischer Teilhabe.

Das Zustimmungsquorum von 20 Prozent in Nordrhein-Westfalen für große Städte ist aufgrund von Erfahrungen sehr hoch angesiedelt. Nach einer Studie der Universität

Marburg vom Februar dieses Jahres scheitern in Nordrhein-Westfalen in allen Städten mehr als 50 Prozent und in Städten über 500 000 Einwohner fast 90 Prozent der Bürgerentscheide an dieser Hürde. Der Durchschnitt in der Bundesrepublik liegt bei 13 Prozent. Auch hier könnte Bayern ein Vorbild sein; denn dort liegt die Zustimmungsquote zwischen 10 und 20 Prozent.

Der nächste Änderungsvorschlag korrigiert die Vorlage im Sinne der GO, dass nämlich für einen Ratsbürgerentscheid eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Ratsmitglieder notwendig ist.

Der Änderungsvorschlag zu § 7 Abs. 2 präzisiert die Vorlage im Hinblick auf die Größe der Stimmbezirke. Dies ist ein praktikabler Kompromiss zwischen der Größe der Stimmbezirke bei Wahlen und zu großen und damit bürgerunfreundlichen Stimmbezirken.

Ich möchte aber nicht verhehlen, dass wir Grünen es gerne gesehen hätten, wenn die Unterschriftenlisten für ein Bürgerbegehren in städtischen Einrichtungen wie zum Beispiel den Rathäusern ausgelegt würden - so wie gerade in Thüringen beschlossen. Uns wäre an dieser Stelle wichtig, dadurch auch symbolisch deutlich zu machen, dass es bei einem Bürgerbegehren um einen bedeutungsvollen demokratischen Akt geht, dass nämlich alle Bürger sich an die Stelle des im Rathaus tagenden Rates setzen können. Selbstverständlich teilen auch wir die Sorge, dass durch eine solche scheinbar offizielle Unterstützung eines Bürgerbegehrens ein falscher Eindruck entstehen könnte - so, als ob die Verwaltung den Inhalt des Begehrens mittrüge. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das schändliche, rassistisch motivierte Bürgerbegehren von pro Köln gegen den Bau der Moschee in Ehrenfeld. Wir haben dagegen geltend gemacht, dass die Angst vor solchen Begehren unser Handeln nicht leiten sollte, weil darin doch zum Ausdruck käme, dass wir den Bürgern und Bürgerinnen von Köln nicht zutrauten, in einer solchen Frage wie zum Beispiel der Religionsfreiheit mehrheitlich auf dem Boden unserer Verfassung zu stehen. Wir konnten in diesem Punkt jedoch keine Mehrheit erreichen - und diese ist nun einmal nötig und bei der Frage nach Verbesserungen der Bestimmungen zum Bürgerbegehren auch ein hohes Gut.

Als Ergänzungsvorschlag haben wir eingebracht, dass die Öffentlichkeit vollständig, aber auch bürgerfreundlich über die Elemente

direktdemokratischer Teilhabe informiert wird. Wegen der Forderung nach Vollständigkeit gehört der Katalog der unzulässigen Bereiche für Bürgerbegehren in die Hauptsatzung.

An dieser Stelle möchte ich aber noch einmal wiederholen, dass auch hier der Landesgesetzgeber von Anfang an - also von 1994 an - eine sehr restriktive Regelung getroffen hat. Es gibt durch die Novellierungen 2000, 2004 und 2007 Verbesserungen, was die Abstimmungsformen und die Quoren angeht. Daran wird erkennbar, dass die Gemeindeordnung im Sinne stärkerer Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen der verbessernden Fortschreibung bedarf.

Ich erwähne noch einmal, dass das zumindest für die CDU unverdächtige Land Bayern in diesem Bereich eine vorbildliche Gemeindeordnung hat. Vor allem im Bereich der Bauleitplanung gibt es in Bayern viele erfolgreiche Bürgerbegehren - und uns ist nicht bekannt, dass die Entscheidungen der Bürger qualitativ schlechter wären als die der Räte.

Ich erinnere daran, dass in Köln alle Bürgerbegehren für unzulässig erklärt wurden. Das schwächt die Bereitschaft der Bürger, sich einzumischen. Damit wird letztlich unsere Demokratie geschwächt.

Es fehlt noch viel, damit wir bei Formen direkter Demokratie Schweizer Verhältnisse erreichen. Wahrscheinlich werden wir das nie schaffen. Bayerische Verhältnisse zu erreichen, müsste aber doch möglich sein.